

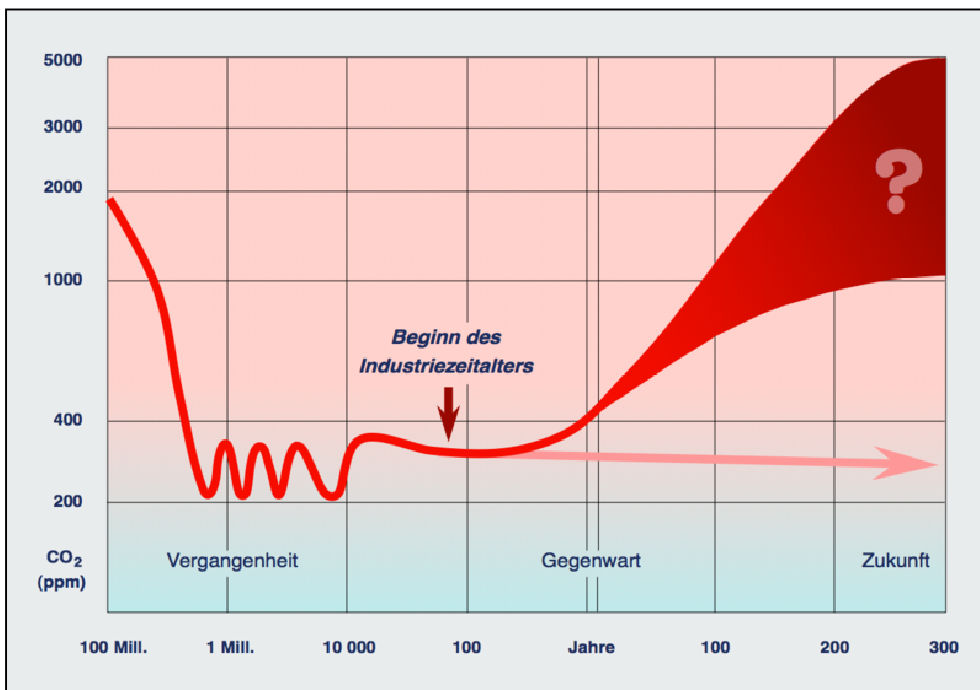
Nr.40

März  
I/2008

**DIE LINKE.**

# Tarantel

Zeitschrift der Ökologischen Plattform  
bei der Partei DIE LINKE



Oskar Lafontaine

Es ist unerlässlich, die Systemfrage zu stellen

Beschluss des Parteivorstands

Energiewende – sozial, ökologisch, verträglich

Stefan Rahmstorf

Klimaveränderungen und die Ozeane

## Termine

### **Frühjahrskonferenz der Anti-Atomkraft-Bewegung und Aktionswochenende mit Camp**

Ahaus, 01.-04.05.2008

Veranstalter: Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“, AKU Gronau, Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen

[www.oepf-nrw.de](http://www.oepf-nrw.de)

### **Bundestreffen der Ökologischen Plattform bei der Partei DIE LINKE**

Trier 17.-18.05.2008

Anmeldung: [oekoplattform@linkspartei.de](mailto:oekoplattform@linkspartei.de),  
Tel. 030 2411127 - möglichst bis 18.4.2008  
(v. a. wegen Übernachtung) – s. a S.36

### **DIE LINKE in der Kommune - wie ökologisch kann sie sein! Ökologische Konferenz**

Lebus 31.05.2008 Fürstenwalde

Veranstalter: Regionale Kontaktstelle des kommunalpolitischen Forums Brandenburg e. V. mit Unterstützung des KV DIE LINKE Märkisch-Oderland

s. a. S. 36

### **Klimaschutz –**

#### **Linke Perspektiven für die Zukunft Berlins**

Sonnabend, 07.06.2008, 10.00–18.00 Uhr

Veranstalter: Landesverband DIE LINKE Berlin unter Mitarbeit von LAG Umwelt und Fraktion DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus

[www.dielinke-berlin.de](http://www.dielinke-berlin.de)

#### **Grenzenlos und trotzdem nachhaltig wachsen?**

#### **Zur Archäologie des Wachstumsmythos im Lichte der modernen Nachhaltigkeitsdebatte**

Magdeburg, 12.06.2008

Gesprächskreis Nachhaltigkeit der Rosa Luxemburg Stiftung, Rosa Luxemburg Stiftung Sachsen-Anhalt (Götz Brandt u. v. a.)

Information: [hopfmann@rosaluxsa.de](mailto:hopfmann@rosaluxsa.de)

#### **Zukunftsfähigkeit und Wachstumskritik – ein Dialog zwischen**

#### **Gesellschafts- und Naturwissenschaften**

Verden, 11.-12.07.2008

mit Sandra Thieme, Brigitte Biehl, Marko Ferst u. v. a.

Exkursion im Hause: Energieversorgung des Öko-zentrums

Anmeldung: Dr. Sandra Thieme, Rosa Luxemburg Stiftung, wiss. Mitarbeiterin des Studienwerkes, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel.: 030 44310-136, E-Mail: [thieme@rosalux.de](mailto:thieme@rosalux.de)

## Editorial

Liebe LeserInnen,

in dieser Tarantel stellt die Energie- und Klimapolitik wieder einmal einen großen Schwerpunkt dar. Wir dokumentieren den Beschluss des Parteivorstands zu einer Energiewende. Der erfolgreiche Verlauf der

Konferenz „energie – macht – arbeit „ vom November letzten Jahres wird zum Ausgangspunkt dafür, die „Aktivitäten in diesem Politikfeld“ zu intensivieren und „die Verankerung als Querschnittsthema in anderen Politikbereichen“ voranzutreiben, wie es im Beschluss heisst. Gleichzeitig soll auch die „Vernetzung mit Verbänden und Initiativen“ vorangetrieben werden.

Die Konferenz brachte insbesondere das enge Wechselverhältnis von sozialer und ökologischer Frage zum Ausdruck. Dieser Zusammenhang wird auch in den Ausführungen von Oskar Lafontaine im „Freitag“ sehr deutlich. Im Beitrag von Judith Dellheim beschreibt schließlich der Begriff des sozial-ökologischen Umbaus den komplexen Prozess, „in dem sowohl .. Macht- und Eigentumsverhältnisse sowie die gesellschaftlichen Strukturen so verändert werden, dass die sozialen Lebensbedingungen ... erhalten und verbessert werden. Zugleich verändern die Menschen ihre Lebensweisen ...“

Damit ist der Übergang zu einem zweiten Thema gegeben: In der aktuellen Tarantel haben wir einen Abschnitt zur „Tiefenökologie“ aufgenommen, die sich als eine „ganzheitliche“ Umweltphilosophie und Ethik versteht, um den eigentlichen Ursachen für die heutige ökologische Krise auf die Spur zu kommen. Sie propagiert – im Gegensatz zum anthropozentrischen Weltbild – eine biozentristische Sichtweise. In diesem Beitrag wird – wie auch im Leserbrief zur Ursachenforschung in Richtung Wissenschaft – die Schlussfolgerung gezogen, dass die Naturwissenschaft entscheidend zur Entfremdung von der Natur und damit der Auslösung der ökologischen Krise beigetragen hat. Wir werden versuchen, in einer der nächsten Taranteln unsererseits Überlegungen zu diesen Sichtweisen einzubringen. – Außerdem ist auch die Fortsetzung des Nachdrucks zur Tiefenökologie vorgesehen.

Götz Brandt stellt mit seinem Beitrag zur Programmdiskussion konkret dar, wie weit es noch bis in den „Abgrund“ ist. Konkrete Fakten liefern auch die Auszüge aus populärwissenschaftlichen Veröffentlichungen von Stefan Rahmstorf, insbesondere aus dem Buch „Wie bedroht sind die Ozeane?“ Dieses Buch kann man den LeserInnen unbedingt empfehlen.

Im Januar sind Petra Beck als Mitglied und Heinz Preuß als Ersatzkandidat seitens der Ökologischen Plattform in den Bundesausschuss der Partei durch die Arbeitsgemeinschaften und Plattformen gewählt worden.

Da 266 Parteimitglieder in der Ökologischen Plattform offiziell gemeldet sind, konnten wir zwei Mandate für den Bundesparteitag erringen. Die Ergebnisse der Auszählung der kürzlich erfolgten Briefwahl werden wir auf dem Bundestreffen im Mai bekannt machen (Ankündigung siehe links und S. 36).

Dann stehen auch wieder Wahlen für die Gremien der Ökologischen Plattform an. Wir hoffen, dass dort zahlreiche Interessenten erscheinen.

Detlef Franek

# Klima- und Energiepolitik

## Es ist unerlässlich, die Systemfrage zu stellen

Oskar Lafontaine

### Sieben Antworten der Linken zur Klima- und Energiepolitik

#### 1. Klima- und Energiepolitik sind zwingend Sozial- und Friedenspolitik zugleich

Wir halten den gegenwärtigen Umgang mit den Energiereserven dieser Erde nicht für akzeptabel. Man kann ja noch verstehen, dass die Staaten versuchen, die vorhandenen Potenziale dieser Welt zunächst für ihren eigenen Wohlstand zu nutzen. Aber wenn dann diejenigen, die dort leben, wo sich die Energiereserven befinden, andere Vorstellungen von deren Nutzung haben, sehen sie sich den Drohungen und der militärischen Gewalt derer ausgesetzt, die diese Ressourcen für ihren eigenen Lebensstandard beanspruchen. Diese Außenpolitik der kalkulierten Gewalt lehnen wir ab.

Sie ist derzeit ganz konkret im Irak und in Afghanistan zu besichtigen. Die Linke ist die einzige Partei im Bundestag, die sich darauf festlegt: „Es ist nicht zulässig, sich der Energievorräte dieser Erde mit militärischen Mitteln zu bemächtigen.“

Dieser Verzicht auf Gewalt unterscheidet uns in besonderer Weise auch von den Grünen: Deutschland ist - auch mit Zustimmung der Grünen - mittelbar am Irak-Krieg beteiligt. Das hat das Bundesverwaltungsgericht festgestellt. Deutschland stellt Flughäfen, Überflugrechte und Ähnliches zur Verfügung. Deutschland ist am Afghanistan-Krieg beteiligt, mit Unterstützung der Grünen - der Hamburger Parteitag der SPD hat diese Politik gleichfalls erneut durchgewunken.

Der Afghanistan-Krieg wird letztendlich auch als Energiekrieg geführt, weil es hier um strategische Transitrechte für Öl und Gas geht, woran die Amerikaner nie einen Zweifel ließen. Es ist einfach naiv zu glauben, man wolle dort in erster Linie „Nationenbildung“, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit voranbringen.

Gerade sind mehrere Studien angesehener Forschungsinstitute in London und Washington zu den Folgen von Energieverknappung und Klimawandel erschienen. Beschrieben wird unter anderem das Risiko bewaffneter Konflikte in 46 Staaten mit 2,7 Milliarden Einwohnern. In weiteren 56 Ländern mit 1,2 Milliarden Menschen erwarten die Forscher politische Instabilitäten schon ab 2040. Somit wären 3,9 Milliarden Menschen von klimabedingten Ge-

waltausbrüchen bedroht. Das Center for Strategic and International Studies (CSIS) in Washington prophezeit gleichfalls brutale Verteilungskämpfe um schwindende Energiereserven.

Der aufkeimende Streit zwischen Dänemark und Russland um die mutmaßlichen Öl- und Gasvorkommen am Nordpol lässt ahnen, was auf uns zukommt. In den heraufziehenden Verteilungskämpfen sieht das CSIS den freien Welthandel untergehen, wovon der Exportweltmeister Deutschland mit 45 Prozent Exportanteil am Bruttoinlandsprodukt massiv betroffen wäre.

Deshalb ist die Linke für eine Politik der gerechten Lastenverteilung und fühlt sich durch den Friedensnobelpreis für Al Gore und dessen Kampf gegen den Klimawandel bestärkt - Klimapolitik muss eine Politik des Ausgleichs und des Friedens sein.

#### 2. Die Linke verbindet globale Energiepolitik mit der globalen sozialen Frage

Wir diskutieren einen globalen Emissionshandel, der den ärmeren Ländern und ihrer Fähigkeit, klimaschonend zu wirtschaften, zugute kommt. Wie kann das aussehen? Die UNO könnte hier zunächst einmal die Instanz sein, die diesen globalen Emissionshandel in Szene setzt, indem sie festlegt, wie viel CO<sub>2</sub>-Emissionen global zulässig sind. Aus dieser Menge ergäbe sich dann ein zulässiger Pro-Kopf-Ausstoß von Kohlendioxid, der für alle Erdenbürger gleich ist, weil alle das gleiche Recht haben, die unteilbaren Umweltgüter in Anspruch zu nehmen.

Wenn man diesen Ansatz billigt, ergibt sich für die Entwicklungs- und Schwellenländer ein deutlich geringerer Ausstoß von CO<sub>2</sub> als für die Industriestaaten. Dieses Missverhältnis würde dadurch entschärft, dass diejenigen, die mehr emittieren, als ihnen pro Kopf zusteht, entsprechende Beträge bei einer UN-Instanz oder der Weltbank einzahlen und damit quasi bei den Entwicklungsländern Ausstoßrechte kaufen. Diese Erträge sollten jedoch nicht einfach auf die Konten der jeweiligen Machthaber fließen, sondern den betroffenen Ländern nur für den Import moderner Umwelttechnologien und zum Schutz der Menschen vor den Folgen des Klimawandels zur Verfügung stehen.

#### 3. Das Herumfummeln an den Laufzeiten der Atomkraftwerke ist nicht verantwortbar

Die Forderung der Energieoligopolisten und besonders von der Union, man solle die Laufzeiten gerade der Kraftwerke verlängern, die den größten Risikofaktor darstellen, da die Anlagen veraltet seien, ist der Bevölkerung nicht zuzumuten. Wir bleiben dabei: Die Nutzung der Atomkraft ist nicht geeignet, die Energieversorgung der Zukunft zu sichern. Ungelöst sind die Abfallprobleme - nicht beherrschbar ist die gefährliche Gratwanderung zur militärischen Nut-

zung. Die Linke will daher eine Energieversorgung ohne Atomkraft.

Der Verweis auf die Notwendigkeit längerer Laufzeiten von Kernkraftwerken, wenn man keine Kohlekraftwerke baut, ist nicht richtig. Geht man von den Gesamtkapazitäten der Bundesrepublik für die Energieerzeugung aus, zeigt sich: Auch Verbrauchsspitzen lassen sich problemlos bedienen. Wir haben noch Luft, Atomkraftwerke stillzulegen, ohne weitere Großanlagen bauen zu müssen. Und wenn man schon neue Kraftwerke plant, dann kleine Anlagen, dann Blockheizkraftwerke mit Kraftwärmekopplungen - keine Großprojekte. Hier ist die Linke die einzige politische Kraft, die sich konsequent gegen die Oligopole in diesem Land stellt. Die anderen Parteien einschließlich der Grünen haben es in den vergangenen Jahren versäumt, gegen die Monopolisierung der Energiemärkte vorzugehen und durchgreifende Vorschläge zu machen, wie man dem hätte begegnen können.

Dies hat etwas mit Lobbyismus im Bundestag zu tun. Werden irgendwelche Energiegesetze vorgelegt, treten die Energiefachleute der Fraktionen an, die oft über enge Verbindungen zu den vier großen Energiekonzernen verfügen, so dass Gesetze verabschiedet werden, die deren Interessen entsprechen. Nur sind das eben nicht die Interessen der Verbraucher, auch nicht die Interessen der Wirtschaft, geschweige denn der Umwelt.

#### **4. Eine Rekommunalisierung der Energieversorgung ist ein Markenzeichen der Linken**

Wir sind gegen die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, weil dies zu höheren Preisen, sozialen Unzumutbarkeiten und privaten monopolartigen Strukturen führt. Als - zum Beispiel - der Hamburger Senat noch seine Anteile bei der HEW besaß, konnte er natürlich von deren Einnahmen profitieren. Die wiederum ließen sich für den öffentlichen Nahverkehr verwenden, wie das früher in allen großen und mittleren Städten der Bundesrepublik üblich war - bis hin zur Finanzierung eines Sozialtickets. Womit es nach dem Verkauf der HEW-Anteile prompt vorbei war.

Die von der Linken geforderte Rekommunalisierung hat viele Vorteile. Ich will das am Beispiel der Stadt Saarbrücken darstellen. Ich war dort Oberbürgermeister und weiß daher, wovon die Rede sein muss. Diese Stadt war nie abhängig von E.on, RWE oder Vattenfall, sie hatte eine eigene Energieerzeugung und konnte die auch steuern. Da gab es den Anteil an einem Kohlekraftwerk - kein Wunder in einem Land, in dem Kohle gefördert wurde -, da gab es auf der anderen Seite eben ein Heizkraftwerk, das mehrere Brennstoffe einsetzen konnte. Es stand mitten in der Stadt und stellte sehr früh eine ganz moderne Form der Energieversorgung dar. Es gab eine Gasturbine, um für den Spitzenverbrauch gerüstet zu sein. Das Entscheidende aber war: Saarbrücken

konnte selbst seine Energiepreise festlegen. Niemand brauchte Umsatzrenditen von 20 bis 30 Prozent, wie sie heute von den Energiemonopolisten angestrebt werden und als brutale Abzocke nur möglich sind, weil weder die EU-Kommission noch die Bundesregierung rechtzeitig eine stringente Wettbewerbsordnung geschaffen haben.

Die Rekommunalisierung der Energieversorgung ist ein Markenzeichen der Linken. Nur in kommunaler Verantwortung kommen auch kleine Anlagen zu ihrem Recht - kleine Blockheizwerke, die Strom- und Wärmezeugung koppeln, bis hin zum Gebrauch von Solaranlagen und Erdwärme.

Es glaube doch niemand, dass EnBW, RWE, E.on oder Vattenfall ernsthaft bereit wären, eine dezentrale, kleinräumige Energieversorgung zu unterstützen. Sie sind aufgrund ihrer Interessen umweltschädlich und nicht umweltfreundlich, so sind sie strukturiert, und so sind sie aufgebaut.

#### **5. Exakte Preisregulierung muss die schamlose Abzocke bei den Verbrauchern beenden**

Ein weiterer Punkt, in dem wir uns von allen anderen Parteien unterscheiden, ist die Preiskontrolle, die es in der Bundesrepublik Deutschland über viele Jahrzehnte gab. Als ich Ministerpräsident des Saarlandes war, musste jede Strompreiserhöhung selbstverständlich angemeldet und genehmigt werden - heute ist das von allen anderen Parteien abgeschafft worden. Die Linke fordert daher wie die Monopolkommission eine exakte Preisregulierung, um das schamlose Abkassieren bei den Verbrauchern zu beenden und einen funktionierenden Wettbewerb zu sichern.

#### **6. Die überregionalen Netze in öffentliche Verantwortung überführen**

Dass die großen vier Energiekonzerne neben den Großkraftwerken auch noch die Netze in der Hand haben, das ist - wenn man so will - eine Einladung zur Preistreiberi. Deshalb müssen die Netze in öffentliche Verantwortung überführt werden, damit der Staat tatsächlich so etwas wie Wettbewerb organisieren kann und nicht die Kartellabsprachen der Großen weiterhin die Netze beherrschen. Deshalb ist die Linke gegen eine Regelung, die sich die Bundesregierung von den marktbeherrschenden Großen Vier hat einreden lassen. Diese Anreizregulierung heißt, statt die Netze in öffentliche Verantwortung zu geben, soll eine Art gebremster Kostensenkungswettbewerb veranstaltet werden, der natürlich wieder die Großen bevorteilt, weil sie mehr und größere Möglichkeiten der Kostensenkung haben. Die kleinen Erzeuger - wenn es die überhaupt noch gibt -, also die Stadtwerke, geraten in Schwierigkeiten und die Konzentration wird forciert.

Das dauernde Wortgeklingel der großen Koalition zu Energiefreundlichkeit, Umwelt- und Klimaschutz entlarvt sich als Augenwischerei, wenn es um konkrete Lösungen geht. Daher unsere Position: Kein Anreizsystem zur Förderung der Interessen der Großkonzerne, sondern Überführung der Netze in öffentliche Verantwortung, damit ein funktionierender Wettbewerb organisiert werden kann.

## **7. Ist dieses Wirtschaftssystem geeignet, unsere Zivilisation zu bewahren?**

Wir sind die politische Kraft, die die Systemfrage stellt. Die Frage: Ist der herrschende Finanzkapitalismus, der auf die kurzfristige Rendite zielt und auf größeren Umsatz sowie größeren Gewinn orientiert - ist ein solches Wirtschaftssystem geeignet, die Umwelt zu schützen und unsere Erde zu bewahren? Die Formulierung der Grünen von der grünen Marktwirtschaft ist ein Placebo. Wer ernsthaft will, dass dem Anspruch, die Zivilisation zu erhalten, auch eine irgendwie tragfähige Antwort gegenübersteht, der muss diese Wirtschaftsordnung hinterfragen, die nicht auf Nachhaltigkeit hin orientiert ist. Die Antwort der Linken ist nun nicht: Alle Elemente unserer marktwirtschaftlichen Ordnung lehnen wir ab, aber sobald es um vorausschauende Weichenstellungen unserer Gesellschaft geht - Strom und Gas und Wasser sind nun einmal elementare Güter nicht nur der Wirtschaft, sondern der Zivilisation insgesamt -, da brauchen wir die öffentliche Verantwortung. Da brauchen wir staatliche Regulierung. Der bisherige Irrweg der Deregulierung bis zur Gesetzlosigkeit und der Privatisierung - sprich: der Auslieferung an das kurzfristige Gewinnmaximierungsdogma des Finanzkapitals - hat die Umwelt immer stärker belastet, die soziale Frage verschärft und notwendige Veränderungen verzögert.

Die Linke möchte den besseren Weg gehen, dafür werben wir.

*Quelle: „Freitag“, 30.11.2007*

## **Mit angezogener Handbremse**

**Bernd Brouns**

### **Schleppende Verhandlungen um ein Kyoto-Folgeabkommen auf dem UN-Klimagipfel in Bali**

Die Mahnungen der in 2007 veröffentlichten UN-Klimaberichte mündeten in zahlreichen wohlfeilen Absichtserklärungen und Betroffenheitsbekun-

dungen. Ob G8-Gipfel, UN-Generalversammlung oder UN-Sicherheitsrat, der „Klimawandel“ stand so oft wie nie zuvor auf der Tagesordnung internationaler Zusammenkünfte. Gemeinsam hatten all diese Treffen, dass sie lediglich unverbindliche Resolutionen verabschiedeten. Sie waren damit ein Show- und Warmlaufen für den UN-Klimagipfel in Bali (3. - 15. Dezember 2007), auf dem zentrale Weichen für den globalen Klimaschutz gestellt werden sollten.

Die Bali-Konferenz gab den offiziellen Startschuss für die Verhandlungen um ein Folgeabkommen zum Kyoto-Protokoll. Dieses enthält bislang Pflichten für Industrieländer, ihre Treibhausgasemissionen zwischen 2008 und 2012 im Vergleich zu 1990 zu vermindern oder deren Wachstum zumindest zu begrenzen. Damit ein neuer Klimaschutzvertrag nahtlos an Kyoto anknüpft, muss eine Einigung spätestens Ende 2009 auf dem UN-Klimagipfel in Kopenhagen erfolgen, da das neue Abkommen noch durch die nationalen Parlamente ratifiziert werden muss. Die Ausgangslage in Bali war damit ähnlich wie auf der Berliner Klimakonferenz 1995. Dort wurde das „Berliner Mandat“ beschlossen, das die Basis für die Verhandlungen bildete, die 1997 in Kyoto in das gleichnamige Protokoll mündeten.

Die Verhandlungen um die „Bali Roadmap“ waren jedoch ungleich komplexer als die ums Berliner Mandat. Ging es 1995 allein um Minderungsziele für Industrieländer, wurden in Bali vier tragende Säulen für einen Kyoto-Folgevertrag vereinbart. Neben der Minderung des Klimagasausstoßes in Industrie-, aber auch Entwicklungs- und Schwellenländern, soll dieser Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels, aber auch einen verbesserten Technologietransfer und die finanzielle Unterstützung von Entwicklungsländern enthalten.

### **Kein klares Bekenntnis zu Klimazielen**

Gestritten wurde in Bali bis zuletzt um zweierlei: Sollen Minderungskorridore für die globalen, aber auch die Industrieländeremissionen im „Bali-Aktionsplan“, dem zentralen Abschlussdokument, genannt werden? Und welchen Beitrag sollen Schwellen- und Entwicklungsländer zukünftig zum globalen Klimaschutz leisten?

Ein erster Entwurf des Bali-Aktionsplans enthielt in Anlehnung an die UN-Klimaberichte konkrete Klimaschutzziele. Um die schlimmsten Folgen des Klimawandels zu verhindern, müsse der Trend global ansteigender Emissionen in 10 - 15 Jahren umgekehrt und der globale Klimagasausstoß bis 2050 auf deutlich weniger als die Hälfte des 2000er Niveaus zurückgeführt werden. Die Industrieländer müssten dafür ihre Emissionen gegenüber 1990 um 25 - 40 Prozent bis 2020 vermindern. Diese Zielkorridore wurden nach beharrlicher Intervention von den USA, Japan, Kanada und Russland zunächst in eine Fußnote des Beschlusstextes verbannt und schließlich durch einen allgemeinen Verweis auf einige Kapitel

des UN-Klimaberichts ersetzt und entlarvten auch die diesbezügliche G8-Erklärung von Heiligendamm als scheinheilig.

Die mangelnde Bereitschaft der Industrieländer, den klimapolitischen Sonntagsreden wirkliche Taten folgen zu lassen, offenbarten auch aktuelle Emissionsdaten, die kurz vor Bali vom UN-Klimasekretariat veröffentlicht wurden. Denkbar schlechte Voraussetzungen also, um Schwellen- und Entwicklungsländer zu einem verstärkten Engagement im globalen Klimaschutz zu bewegen.

Diese sind bisher von verbindlichen Klimaschutzpflichten ausgenommen, um ihnen keine zusätzlichen Entwicklungsbarrieren aufzuerlegen. Um eine Klimakrise zu verhindern, müssen aber zukünftig zumindest die Schwellenländer ihr Emissionswachstum bremsen. Insbesondere die USA, Kanada und Japan drängten auf einen klaren Beschluss für stärkere Klimaschutzpflichten in Entwicklungsländern - während sie parallel die Verhandlungen um ambitionierte Klimaszutzziele für Industrieländer blockierten. Ein durchsichtiges Manöver, um die Verhandlungsdynamik zu bremsen. Bislang nämlich verbat sich die Verhandlungsgruppe der „G77 & China“, in der über hundert Entwicklungs- und Schwellenländern versammelt sind, jede Debatte um neue Verpflichtungen für Entwicklungsländer mit Verweis auf die fehlende Vorreiterrolle der Industrieländer.

Dieser Teufelskreis gegenseitigen Abwartens wurde in Bali aufgebrochen. Der „Bali-Aktionsplan“ enthält erstmals das Zugeständnis der Entwicklungsländer, sich im Rahmen eines Kyoto-Folgeabkommens zu „messbaren, dokumentierbaren und nachprüfbar“ Aktivitäten zur Minderungen ihrer Emissionen verpflichten zu wollen. Allerdings unter der Voraussetzung, dass von Seiten der Industrieländer finanzielle und technologische Unterstützung erfolge - und zwar ebenfalls „messbar, dokumentierbar und nachprüfbar“. Diese Kehrtwende der „G77 & China“ spiegelt das zunehmende Bewusstsein gerade in vielen der ärmsten Länder über die eigene Verwundbarkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels wider. Entscheidend aber war, dass auch zahlreiche Schwellenländer wie Südafrika und Mexiko, aber auch China die Notwendigkeit eigenen Handelns anerkannt haben. Als „*Conditio sine qua non*“ aber wurde erstmals schriftlich festgehalten: Ohne Gegenleistung des „Nordens“ passiert nichts. Diese Konditionierung setzten die großen Schwellenländer, allen voran Indien und China, gegen den erbitterten Widerstand der USA in den letzten Verhandlungsstunden durch.

Der Bali-Beschluss bietet noch eine zweite „terminologische“ Weichenstellung. Es wird dort erstmals von entwickelten und sich entwickelnden Ländern gesprochen, ohne Bezug auf die Anhänge der Klimakonvention oder des Kyoto-Protokolls zu nehmen. In diesen Anhängen sind die sogenannten entwickelten Länder aufgelistet, wobei deutlich die „Kalte-Krieg“-Kategorien der ersten und zweiten Welt durchscheinen. Alle Nicht-Anhang-Staaten waren definitionsgemäß Entwicklungsländer in den Klimaverhandlungen. Dadurch wurden so unterschiedliche Länder

wie Südkorea und Singapur einerseits und Burkina Faso und Äthiopien andererseits als Gleiche behandelt. Der Bali-Beschluss eröffnet nun die Möglichkeit, Klimaschutzpflichten und Transferleistungen nach tatsächlicher Leistungsfähigkeit und Bedürftigkeit von Ländern zu bemessen.

Laut Bali-Aktionsplan soll ein zukünftiges Klimaabkommen auch Anreize für den Schutz (tropischer) Wälder in Entwicklungsländern setzen. Angedacht ist, den Verzicht auf Rodungen durch Kompensationszahlungen seitens der Industrieländer zu entgelten. Unklar ist bislang aber, ob dafür im Gegenzug CO<sub>2</sub>-Zertifikate für vermiedene Emissionen ausgegeben werden. Dadurch würde der Tropenwaldschutz auf das Schutzziel „CO<sub>2</sub>“ verengt und abhängig von Entwicklungen auf den Emissionshandelsmärkten. Die Rechte der lokalen Bevölkerung sowie der Schutz der Biodiversität könnten dabei ins Hintertreffen geraten. Die von der Weltbank in Bali vorgestellte „Forest Carbon Partnership“ hat genau dies zum Ziel: einen Waldkohlenstoffmarkt. Wie in anderen Fällen scheint die Weltbank den Verhandlungen vorgreifen zu wollen, in dem sie über Pilotprojekte Fakten schafft.

### **Anpassung an das Unvermeidbare**

Der Menschen gemachte Klimawandel schreitet voran. Die Anpassung an die Folgen der nicht mehr vermeidbaren klimatischen Veränderungen wurde daher in Bali zur zweiten Säule eines Kyoto-Nachfolgeabkommens erkoren. In den Verhandlungen ging es vor allem um den sogenannten Anpassungsfonds für Entwicklungsländer. Dessen Einrichtung wurde bereits 2001, sein Regelwerk auf der Konferenz in Nairobi (2006) beschlossen. Strittig blieb allein die institutionelle Verankerung des Fonds. Hier verbuchten die Entwicklungsländer wiederum einen Teilerfolg. Die wesentlichen Entscheidungen über die Mittelvergabe werden nun in einem neuen Ausschuss getroffen, der unter dem Kyoto-Protokoll angesiedelt ist und in dem Entwicklungsländer über eine Mehrheit verfügen. Die Rolle von Weltbank und Globaler Umweltfazilität (GEF) hingegen bleibt hauptsächlich auf administrative Aufgaben beschränkt.

Das zentrale Problem im Bereich Anpassung an den Klimawandel aber bleibt: die unzureichende Ausstattung mit finanziellen Ressourcen. Der Anpassungsfonds wird durch eine Gebühr auf Projekte im Rahmen des Clean Development Mechanism (CDM) gespeist. Der CDM ermöglicht es Regierungen oder privaten AkteurlInnen aus Industrieländern, in Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern zu investieren und sich die dort eingesparten Emissionen auf das eigene „Emissionskonto“ gutschreiben zu lassen. Zwei Prozent der derart generierten Emissionszertifikate müssen von den Projektträgern an den Anpassungsfonds abgeführt werden. Laut UN-Klimasekretariat werden dadurch zwischen 2008 und 2012 voraussichtlich 80 - 300 Mio. US-Dollar pro

Jahr in den Fonds fließen. Die Bandbreite der unterschiedlichen Schätzungen von Weltbank bis UN-Entwicklungsprogramm zum zukünftigen Unterstützungsbedarf der Entwicklungsländer im Umgang mit dem Klimawandel hingegen reicht von 10 bis 85 Mrd. US-Dollar pro Jahr. Die Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder (LDC) hat daher in Bali gefordert, die Gebühr auch auf den Emissionshandel zwischen Industrieländern auszuweiten. Der pazifische Inselstaat Tuvalu hat in Bali ein ausführliches Konzept für die „Anpassungssäule“ eines Post-Kyoto-Abkommens vorgelegt und dort als zusätzliche Finanzquelle eine Gebühr auf den internationalen Flug- und Schiffsverkehr vorgeschlagen.

„Technologie(transfer)“ und „Finanzen“ wurden auf Betreiben der Entwicklungsländer zwar als weitere Säulen eines Post-Kyoto-Abkommens in den Bali-Aktionsplan aufgenommen. Doch blieb es bei dieser Feststellung, ohne dass substantielle Entscheidungen zu beiden Themen getroffen worden wären. Das Thema „Technologietransfer“ zeigt die Notwendigkeit eines breiteren Verständnisses von Klimapolitik jenseits des Kyoto-Prozesses, werden die Rahmenbedingungen für Technologietransfer doch maßgeblich in der WTO und dem dort verankerten System geistiger Eigentumsrechte festgelegt.

### **Ergebnisse der Klimakonferenz enttäuschend**

Gemessen an den Ausgangsbedingungen sind die Ergebnisse der Bali-Konferenz enttäuschend. Wann, wenn nicht nach dem „Klimajahr 2007“, hätten die internationalen Klimaverhandlungen endlich Schwung aufnehmen können?

Verantwortlich für das Schneckentempo der Verhandlungen sind maßgeblich die Bremserstaaten um die USA. Dies war nicht weiter erstaunlich. Trotzdem war die Verhandlungsstrategie der EU vom Ziel der Einbindung der USA in den klimapolitischen Prozess dominiert. Dabei hätten die Verhandlungen um zukünftige Klimaziele für Industrieländer auch konsequent in einer 2005 eigens dafür eingerichteten Verhandlungsgruppe unter den Kyoto-Mitgliedsstaaten, also ohne die USA, geführt werden können. Klare und schnelle Fortschritte dort hätten positive Wirkungen auf die anderen Verhandlungsfelder, von denen die USA als Mitglied der Klimakonvention nicht auszuschließen ist.

Nur eine Allianz der EU mit Schwellen- und Entwicklungsländern scheint die erforderliche Dynamik in die Verhandlungen bringen zu können, die eine Einigung auf ein Kyoto-Nachfolgeabkommen in den nächsten zwei Jahren herbeiführt. Die Schwellen- und Entwicklungsländer haben den ersten Schritt getan und in Bali ihre Bereitschaft gezeigt, sich in Zukunft zu eigenen Klimaschutzbemühungen zu verpflichten. Sie haben aber auch ihre Bedingungen genannt. Nun ist es an der EU, den nächsten Schritt zu tun. Dies wäre eine klare Vorreiterrolle im Klimaschutz zu Hause, um bis 2020 den Klimagasausstoß um

30 Prozent zu reduzieren. Vor allem aber müsste sie klare Zusagen über Finanzmechanismen zur Unterstützung von Schwellen- und Entwicklungsländern beim Klimaschutz und im Umgang mit dem Klimawandel geben. Es klingt profan, aber der politische Wille der EU, ein internationales Klimaabkommen voranzutreiben, das seinen Namen verdient, wird sich auch in zugesagten Euros für den Nord-Süd-Finanztransfer ablesen lassen.

*Quelle: analyse & kritik. Zeitung für linke Debatte und Praxis, 18. Januar 2008*

*Bernd Brouns ist Referent für Energie- und Umweltpolitik der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Von 2000 bis 2006 arbeitete er am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie zu Fragen internationaler Klimapolitik.*

## **Ratsbeschluss zu Luftverkehr und Emissionshandel ist ein Skandal**

**Eva Bulling-Schröter**

### **Rede im Bundestag am 17.01.2008**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein wichtiges Thema der letzten Wochen war die Einbeziehung des Luftverkehrs in den Emissionshandel; die politische Einigung des Rates hat für Wirbel gesorgt.

Für die LINKE ist dieser Beschluss skandalös, weil er jegliche Bemühungen, das atemberaubende Wachstum des klimaschädlichen Luftverkehrs wirksam zu bremsen, aushebelt.

Dass die Bundesregierung den Ratsbeschluss begrüßt, weil er „weitgehend den deutschen Verhandlungszielen“ entspräche, wie im BMU-Bericht über die Umweltratssitzung zu lesen ist, zeigt, wie ernst es die Koalition mit dem Klimaschutz nimmt.

Der Ratsbeschluss hat die Uhr wieder zurückgedreht auf den unakzeptablen Kommissionsentwurf. Alle fortschrittlichen Änderungen des EU-Parlaments wurden verworfen.

Nunmehr soll die zugeteilte Gesamtmenge nicht 90 sondern 100 Prozent des Durchschnitts der Jahre 2004 bis 2006 betragen. Das System soll nicht 2011, sondern erst 2012 starten. Und es sollen gerade einmal 10 Prozent der Rechte versteigert werden.

Warum hat die Bundesregierung hier nicht das Parlament unterstützt? Und warum hat sie nicht für eine 100-prozentige Versteigerung der Emissionsrechte gekämpft? Oder wenigstens für den Vorschlag des

EP, nach dem 25 Prozent der Zertifikate versteigert werden sollten? Minister Gabriel dürfte doch aus dem EU-Emissionshandelssystem bekannt sein, dass die kostenlose Vergabe nicht zu Preissenkungen, sondern ausschließlich zu leistungslos erzielten Extragewinnen der Betreiber führt!

Eine Studie der International Air Transport Association - IATA bestätigt dies. Danach werden die Fluggesellschaften den Marktpreis der kostenlos zugeteilten Emissionsberechtigungen voraussichtlich zu 75 Prozent auf den Ticketpreis überwälzen. Infolgedessen werden die Gewinne der Fluggesellschaften durch die Einbeziehung in den Emissionshandel nicht sinken, sondern steigen. Die erzielten „windfall profits“ werden höher sein als die Kosten der Emissionsvermeidung, so die Studie!

Wenn dem so ist, dann darf man fragen, wie bei einem solchen System eine ökologische Lenkungswirkung eintreten soll?

Dies gilt umso mehr, als sich laut IATA-Schätzung der Ticketpreis durch das System lediglich um 1,5 bis 3,5 Prozent erhöhen wird. Dies wird niemanden vom Wochenendtrip nach Barcelona abhalten. Zudem ignoriert die Bundesregierung offensichtlich die Aussagen des Weltklimarates IPCC, nach der die indirekten Effekte des Flugverkehrs, wie NO<sub>x</sub> und Wasserdampf, die Treibhauswirkung je Tonne ausgestoßenen CO<sub>2</sub> um den Faktor 2 bis 4 erhöhen. Ansonsten hätte sie ja die Forderung des EU-Parlaments unterstützt - und nicht blockiert - nach der der Zukauf von Emissionsberechtigungen aus dem ETS oder aus CDM/JI (*Joint Implementation .. Gemeinschaftsreduktion – d. Red.*) zur Nutzung im Flugverkehr nur mit dem Faktor 2 je angefordertes Zertifikat gestattet sein sollte. Nun geht Kohlendioxid nur mit Faktor 1 ein.

Die Verzahnung mit dem EU-Emissionshandel sowie darüber mit CDM und JI wird dazu führen, dass der Flugverkehr fast ungezügelt wachsen kann. Er kann zumindest um 20 Prozent zunehmen, denn das soll ja nun die Obergrenze der möglichen CDM/JI-Anrechnung sein.

Das ganze Problem hätte man umgangen, wenn der Emissionshandel im Flugbereich ein eigenes abgeschlossenes System wäre. Dann entstünde nämlich für dessen Emissionen ein echter Deckel. Der wird aber angehoben, wenn Emissionsrechte aus dem Energie- oder Industriesektor hinzu gekauft werden können. Und zwar vergleichsweise billig, da ja die Umweltwirkungen im Emissionsfaktor nur zu einem Viertel berücksichtigt werden.

Der Antrag der Grünen entspricht im Wesentlichen unserer Kritik, wir unterstützen ihn und hoffen, dass das EU-Parlament den Ratsbeschluss zurückweist.

Auch den Antrag der Grünen Fraktion zur Einbindung des Schiffsverkehrs in die Reduktionsverpflichtungen des Kyoto-Nachfolgeprotokolls und zur Minderung der Schiffsemissionen können wir unterstützen. Zu den Einzelheiten werden wir uns sicher im Ausschuss verständigen.

Quelle: <http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1300472455>

*Eva Bulling-Schräter ist Mitglied des Bundestags und umweltpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.*

## **Kohlekraft – nein, danke!**

**Heiko Balsmeyer**

25 neue Kohlekraftwerke sind für Deutschland in Planung. Das größte soll in Lubmin entstehen, im Wahlkreis der Bundeskanzlerin. Internationales Vorbild beim Klimaschutz wird man so nicht. Im Land des Investors, in Dänemark, wäre ein solcher Neubau verboten. Dass Lubmin, ein beschaulicher Ort am Greifswalder Bodden, damit werben kann, ein echter „Geheimtipp“ zu sein, dürfte mit seiner unmittelbaren Nachbarschaft zum einzigen ehemaligen Atomkraftwerk der DDR zusammenhängen. Auf dem Gelände des früheren AKW – es war von 1973 bis 1990 in Betrieb – will das dänische Staatsunternehmen Dong Energy in diesem Jahr mit dem Bau eines Steinkohlekraftwerks beginnen. 2012 soll der neue Meiler planmäßig ans Netz.

In mehrfacher Hinsicht handelt es sich um ein sensibles Gebiet. Schließlich befindet sich nicht nur das Seebad Lubmin in unmittelbarer Nähe, auch Rügen und Usedom sind nicht fern. Am Greifswalder Bodden grenzen ein so genanntes FFH-Gebiet (Geltungsbereich der europäischen Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie), ein Vogel- und ein Naturschutzgebiet sowie ein Naturpark an. Weder aus der Sicht des Natur- und Artenschutzes noch aus der des Tourismus bietet es sich daher an, ausgerechnet an die Ostseeküste ein Kohlekraftwerk mit zwei Blöcken zu je 800 Megawatt zu bauen.

Für Dong Energy dürfte das Gelände besonders attraktiv sein, weil die Infrastruktur für ein Kraftwerk bereits vorhanden ist. Zwei Kanäle führen zur Ostsee. Sicher nicht ganz zufällig wurde direkt am Auslaufkanal ein Hafen gebaut, der seit dem vergangenen Jahr mit einer Betriebserlaubnis ausgestattet ist. Der Hafen liegt im Komplex der Energiewerke Nord, die für den Abbau des Atomkraftwerks sowie den Betrieb eines atomaren Zwischenlagers zuständig sind. Offenbar versucht der Betreiber, sein Grundstück mit politischer Unterstützung zu vermarkten. Der Bau des Hafens auf dem Privatgrundstück wurde nach dem Mittelstandsbericht der Landesregierung mit öffentlichen Mitteln gefördert.

Mit dem quasi werkseigenen Hafen kann die Kohle vom Weltmarkt über die Meere direkt zum Kraftwerk geschippert werden. Eine schnelle Verbindung zum Hochspannungsnetz ist noch aus den Zeiten des AKW vorhanden. Die für 380 Kilovolt ausgelegte Lei-



tung führt zum Umspannwerk Wolmirstedt und soll zukünftig auch zum Einspeisen von Windenergie aus Offshore-Anlagen genutzt werden.

Beim Betrieb des geplanten Kraftwerks ist Umweltdumping im Wortsinne, d. h. die massenhafte Versenkung einer Vielzahl giftiger Stoffe in der Ostsee, bereits eingeplant. Ein vom WWF in Auftrag gegebenes Gutachten zeigt auf, dass künftig Quecksilber, Dioxine/Furane, Schwefel und Staub in nicht geringen Mengen in die Natur geblasen werden dürften. Was den Stickstoff angeht, sind im Kraftwerk weder Maßnahmen zur Reduzierung der ausgestoßenen Menge noch ihre Überwachung vorgesehen. Auch bei Quecksilber und Dioxinen/Furanen soll auf eine mögliche Abscheidung verzichtet werden.

Das Gutachten des Hamburger Instituts Ökopol kommt zu dem vernichtenden Urteil: „Das Kraftwerk entspricht in vielen Punkten nicht dem Stand der Technik.“ Der Betrieb würde voraussetzen, dass die Bundesrepublik internationale Konventionen verletzt. So hat sie sich beispielsweise in der so genannten Helsinki-Konvention dazu verpflichtet, die Emissionen von Quecksilber in die Ostsee zu senken. Mit dem neuen Kraftwerk käme eine Tonne Quecksilber jährlich hinzu.

Für das Klima sind Kohlekraftwerke bekanntlich besonders schädlich. Ein Neubau, wie ihn Dong Energy in Lubmin plant, wäre in Dänemark schlicht verboten. Die örtliche Bürgerinitiative erwartet Emissionen von jährlich zehn bis 16 Millionen Tonnen des schädlichen Kohlendioxids. Dong setzte seine eigenen Angaben hinsichtlich des Kohlendioxids vor der ersten Anhörung bereits von sieben auf zehn Millionen Tonnen herauf. Da an der Ostseeküste vor allem der Tourismus und weniger die Industrie blüht, würde allein durch das Kraftwerk in Lubmin die Emission von CO<sub>2</sub> in Mecklenburg-Vorpommern in etwa verdoppelt. Derzeit werden im Nordosten der Republik jährlich 13 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> aus den Schornsteinen gejagt.

Überhaupt scheint das Kraftwerk erheblich überdimensioniert. Weit und breit sind keine industriellen Abnehmer für den Strom vorhanden. Auch die Abwärme kann dementsprechend nicht genutzt werden und dürfte stattdessen den Greifswalder Bodden mit unbekanntem Folgen erwärmen.

Am 18. Dezember fand ein erster Erörterungstermin zu dem geplanten Kohlemeiler statt. Nach einer von den örtlichen Bürgerinitiativen organisierten Demonstration kam es bei der Anhörung zum Eklat. Der Berliner Rechtsanwalt Peter Kremer, beauftragt von den Umweltverbänden WWF, BUND und NABU, von zwei Bürgerinitiativen und etwa 1300 Einzelpersonen, beantragte die Absetzung des Termins. Er begründete seinen Antrag mit der Befangenheit der Mitarbeiter des Staatlichen Amtes für Umwelt und Natur. Jenes Amt ist für das Genehmigungsverfahren zuständig und unterliegt der Aufsicht des Wirtschaftsministeriums. In einem Dossier soll das Wirtschaftsministerium, geführt vom Landesvorsitzenden der CDU, Jürgen Seidel, zuvor dem Investor Dong Energy dargelegt haben, warum „zwingende Gründe

des überwiegend öffentlichen Interesses“ für den Bau des Kraftwerks vorlägen. Anwalt Peter Kremer erläuterte, es sei allein die Aufgabe des Investors, dergleichen zu erklären. Das Schreiben mit dem Briefkopf des Ministeriums fügte Dong nach Kremers Informationen dem Genehmigungsantrag bei.

Über eine Stunde lang mussten die Beteiligten auf die Reaktion der Landesregierung warten. Sie ließ schließlich die Ablehnung der Anträge von den Mitarbeitern des Staatlichen Amtes für Umwelt und Natur mitteilen. Daraufhin verließen die Gegnerinnen und Gegner des Kohlekraftwerks den Raum und erklärten, unter diesen Voraussetzungen sei eine sachliche Auseinandersetzung mit den Behörden sinnlos.

In der vergangenen Woche erließ das Staatliche Amt für Umwelt und Natur erwartungsgemäß den „ersten Vorbescheid für die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit“ des Meilers. Auch ist die Einwendungsfrist für immissions- und naturschutzrechtliche Aspekte bereits ausgelaufen. Der vorgesehene Erörterungstermin für diese Fragen ist der 29. April. Die nächsten Bescheide sollen dann im Mai oder Juni verschickt werden.

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern kann trotz 15,1 Prozent Arbeitslosigkeit auch die Aussicht auf 140 neue Arbeitsplätze nicht von der Sinnhaftigkeit des Kraftwerks überzeugen. Zumindest, wenn man den Ergebnissen einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag der Rostocker Ostsee-Zeitung glaubt. Danach sprachen sich im Dezember 55 Prozent der Befragten gegen den Bau aus, lediglich 35 Prozent waren dafür. Während sich bei den Anhängern der SPD Zustimmung und Ablehnung mit jeweils 47 Prozent die Waage hielten, war die Ablehnung in der CDU-Anhängerschaft mit 59 Prozent besonders groß. Lediglich 33 Prozent der Konservativen können sich für die geplante Dreckschleuder ausreichend begeistern.

Geht es nach den Menschen in Lubmin, wäre die Sache schon längst vom Tisch. Im April vergangenen Jahres hatten sich bei einer Bürgerbefragung 80 Prozent gegen das Kraftwerk ausgesprochen. Angesichts dieser Stimmung hält es der Fraktionschef der Linken im Schweriner Landtag, Wolfgang Methling, für durchaus bedenkenswert, als „ein Zeichen direkter Demokratie“ eine Volksbefragung zu starten. Denn diese hätte offensichtlich auch gute Aussichten auf Erfolg.

Wie es gehen kann, zeigte das saarländische Enseldorf. Ende November wurde dort der Bau eines Kohlekraftwerks mit einer Bürgerbefragung gestoppt. Der Stromkonzern RWE zog seinen Genehmigungsantrag zurück.

*Quelle: Jungle World, 10.1.2008*

## Energiewende – sozial, ökologisch, friedlich

### Beschluss 2008-61 des Parteivorstands DIE LINKE vom 28. Januar 2008

1. Der Parteivorstand begrüßt den erfolgreichen Verlauf der energiepolitischen Konferenz „klima & energie – macht – arbeit“ in Hamburg (2. - 4. November 2007) und die gute Zusammenarbeit mit der Bundestagsfraktion DIE LINKE. bei der Vorbereitung der gemeinsamen Konferenz. Diese Konferenz hat zur Profilbildung der Partei in diesem Politikfeld einen wichtigen Beitrag geleistet. Die Vorlage „Auswertung der Konferenz ‚klima & energie – macht – arbeit‘“ wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

2. Energie- und Klimaschutzpolitik ist eines der Schwerpunktthemen der Partei DIE LINKE. Die Aktivitäten in diesem Politikfeld werden intensiviert, und die Verankerung als Querschnittsthema in anderen Politikbereichen wird vorangetrieben. Dazu ist es erforderlich, dass Energieversorgung und Klimaschutz als Daseinsvorsorge verstanden und von den führenden Repräsentanten der Partei auf allen Ebenen vertreten werden.

3. Das zur Konferenz veröffentlichte Thesenpapier und der Beschluss des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS vom 4. Dezember 2006 zur Energiepolitik werden zustimmend zur Kenntnis genommen. Sie bilden die Grundlage der zukünftigen Energie- und Klimaschutzpolitik der Partei DIE LINKE und sollen bei der Erarbeitung des Parteiprogramms berücksichtigt werden. Auf der Basis dieser beiden Papiere wird eine Broschüre erarbeitet, in der die grundlegenden Positionen der Partei DIE LINKE zur Klimaschutz- und Energiepolitik dargelegt werden. Nach Vorlage des detaillierten inhaltlichen Konzepts der Broschüre erfolgt die Abstimmung mit dem Bundesschatzmeister.

4. Der Parteivorstand beauftragt das Parteivorstandsmitglied Wolfgang Methling mit der Vorbereitung einer Beschlussvorlage für eine Folgekonferenz zur Energie- und Klimaschutzpolitik, die Ende 2008/Anfang 2009 stattfinden soll.

5. Die Landesverbände werden aufgefordert, energie- und klimapolitische Konferenzen auf Landesebene durchzuführen. Der Parteivorstand unterstützt diese Planung u. a. durch Erstellen einer Referentinnen- und Referentendatei.

6. Die Vernetzung mit Verbänden und Initiativen im Bereich Energie- und Klimaschutzpolitik wird durch den Parteivorstand, die Bundesarbeitsgemeinschaft „Umwelt-Energie-Verkehr“ und die Ökologische Plattform aktiv vorangetrieben.

## Auswertung der Konferenz „klima & energie – macht – arbeit“ vom 2. bis 4. November 2007 in Hamburg

### Hintergrund

Der Vorstand der Linkspartei.PDS verabschiedete am 04. Dezember 2006 die energiepolitischen Positionen „Energiesicherheit – gerecht und umweltverträglich“ und beauftragte den damaligen stellvertretenden Parteivorsitzenden Wolfgang Methling mit der Vorbereitung einer energiepolitischen Konferenz im Herbst 2007. Der neue Parteivorstand DIE LINKE unterstützte das Vorhaben und betonte, dass die Bedeutung und der Stellenwert der Konferenz darin bestehen, dass dies die erste große Konferenz des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion der LINKEN nach der Parteineugründung sein wird. Eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern aus dem Parteivorstand, der Bundestagsfraktion DIE LINKE, der Ökologischen Plattform, der Bundesarbeitsgemeinschaft Umwelt-Energie-Verkehr und des Landesverbands Hamburg organisierte daraufhin unter Leitung von Wolfgang Methling die Konferenz „energie & klima – macht – arbeit“, die vom 2. - 4. November 2007 in Hamburg stattfand. Die Konferenz wurde gemeinsam mit der Bundestagsfraktion DIE LINKE ausgerichtet.

### Konferenzbilanz

„Rotes Herz mit grüner Lunge“ überschrieb die taz am 5. November 2007 den Artikel über die energiepolitische Konferenz. Die enge Verwobenheit von sozialer und ökologischer Frage ging als zentrale Botschaft von der Konferenz aus. Energie- und Klimapolitik wurde als ein Querschnittsthema diskutiert, das in viele andere Politikbereiche (Wirtschafts- und Sozialpolitik, Entwicklungszusammenarbeit, Sicherheitspolitik u. a.) hineinreicht. Das zur Konferenz von Bundestagsfraktion und Parteivorstand veröffentlichte Thesenpapier „Energiewende – sozial, ökologisch, friedlich“ hob neben der sozial-ökologischen Dimension hervor, dass eine Energiewende - weg von fossilen Brennstoffen, hin zu erneuerbaren Energien und Energieeinsparung - darüber hinaus eine bedeutende friedenspolitische Investition ist. Linke Energie- und Klimapolitik muss zudem Macht- und Eigentumsstrukturen in der Energiewirtschaft hinterfragen. Auf der Konferenz wurde zudem unter dem Gesichtspunkt „Ökologie stellt die Systemfrage“ mehrmals die Zukunftsfähigkeit kontinuierlichen wirtschaftlichen Wachstums infrage gestellt.

Arbeiteten sich die Diskussionen auf der Konferenz „Wie ‚grün‘ muss DIE LINKE. sein?“ der Bundestagsfraktion DIE LINKE (in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung) im Mai 2007 noch sehr an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und herkömmlichen Ansätzen in der Umweltpolitik ab, so waren die Vorträge und Diskussionen auf dieser Konferenz stärker

davon geprägt, ein eigenes „linkes“ Profil in der Energie- und Klimapolitik herauszuarbeiten. Dies gilt sowohl für die inhaltlichen Diskussionen als auch für die mediale Wahrnehmung und das Wirken in die Partei. Maßgeblichen Anteil an der Wirkung nach außen und innen hatte das Auftreten der beiden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion Oskar Lafontaine und Gregor Gysi, der stellvertretenden Parteivorsitzenden Katja Kipping und der parlamentarischen Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion Dagmar Enkelmann.

Insgesamt besuchten über 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer über alle drei Veranstaltungstage hinweg die Konferenz (Freitag: ca. 270; Samstag: ca. 170; Sonntag: ca. 100). Angesichts des weit außerhalb der Hamburger Innenstadt gelegenen Veranstaltungsorts war diese Publikumsresonanz überaus zufriedenstellend.

Die Konferenz hat zudem die Vernetzung mit sozialen und Umweltbewegungen befördert und wichtige Kontakte zu Verbänden, Institutionen und Organisationen vertieft. Neben zahlreichen Bundestags- und Landtagsabgeordneten und Mitgliedern des Parteivorstandes nahmen beispielsweise Referentinnen und Referenten von Attac, „Bahn von unten“, BUND, Bundesverband Erneuerbare Energien, DGB, Euro-solar, Greenpeace, Wuppertal Institut, „x-tausendmal quer“, die Vorsitzende des BUND, der Leiter des IFS Hamburg, die Umweltsenatorin von Berlin, der Bürgermeister von Lubmin und Betriebsratsvorsitzende von Vattenfall teil. Mehr als zehn Initiativen haben sich zudem mit Informationsständen dem Publikum vorgestellt. Besonders erfreulich ist, dass an der Konferenz zahlreiche an der Politik der LINKEN interessierte Bürgerinnen und Bürger aus Hamburg und Umgebung teilgenommen haben. Für viele von ihnen waren Inhalt und Verlauf der Konferenz ein starker Beweggrund, sich zukünftig in der LINKEN zu engagieren.

Eine Dokumentation der Redebeiträge auf der Konferenz sowie weitere Hintergrundpapiere sind verfügbar unter:

[http://die-linke.de/politik/themen/energiepolitik/energiekonferenz\\_hamburg/](http://die-linke.de/politik/themen/energiepolitik/energiekonferenz_hamburg/)

## Medienresonanz

Vorberichterstattung zur bzw. anlässlich der Konferenz:

Interviews/Artikel in Freitag, Junge Welt (2x), Neues Deutschland, Kieler Nachrichten; DPA.

Regionale Berichterstattung:

Interviews/Kommentare/Artikel in taz-Nord (3x), Hamburger Morgenpost (MOPO), Hamburger Abendblatt, Kieler Nachrichten, NDR-Fernsehen und NDR online.

Medienresonanz – überregional:

Interviews/Artikel in TAZ, Junge Welt, Neues Deutschland, DPA, Telepolis (Internetzeitung), WELT-Newsticker, SR-Online.

Eigene Pressearbeit:

Pressekonferenz und -mitteilung am 31. Oktober 2007 von Wolfgang Methling und Hans-Kurt Hill im KL-Haus zur Vorstellung von Konferenz und Thesenpapier: zwei Kamerateams (ARD/Phönix; RTL/n-tv); keine schreibende Presse.

Pressekonferenz am 2. November 2007 vor Konferenzbeginn mit Gregor Gysi, Wolfgang Methling und Hamburger Spitzenkandidaten; v. a. zahlreiche Vertreter/innen der regionalen Presse; NDR-Fernsehen.

2 Pressemitteilungen zu Konferenzende am 4. November 2007 von Bundes- und Landespartei.

Artikel von Oskar Lafontaine im Freitag 48 vom 30.11.2007

## Organisation

Die Konferenz wurde in einer Vorbereitungsgruppe aus Parteivorstand, Bundestagsfraktion, Hamburger Landesverband und Parteistrukturen (BAG, ökologische Plattform) vorbereitet. Dies schuf einige Synergieeffekte, erhöhte aber auch den Abstimmungsbedarf und damit den Vorbereitungsaufwand. Dem geschäftsführenden Vorstand wird ein Erfahrungsbericht über die Konferenzorganisation mit Vorschlägen für die Vorbereitung künftiger Konferenzen vorgelegt. (Verantwortlich: Bernd Ihme, Bernd Brouns, Mignon Schwenke)

## Schlussfolgerungen

Die Konferenz bildet einen Startpunkt für eine weitergehende energie- und klimapolitische Profilbildung sowie die Verankerung energie- und klimapolitischer Themen in anderen Politikfeldern und Aktivitäten der Partei. Nach Auswertung der Konferenz erscheinen weitere Aktivitäten und programmatische Debatten insbesondere zu folgenden Themenkomplexen sinnvoll und notwendig:

- Gemeinwohlorientierung statt Profitmaximierung, v. a. Rekommunalisierung der Energieversorgung;
- kommunale Handlungsmöglichkeiten für den Ausbau erneuerbarer Energien; energieautarke Kommunen;
- Wirtschaftswachstum und sozial-ökologischer Umbau;
- Energiewende mit Friedensdividende: alternative Energieaußenpolitik;
- Klimaschutz sozial gestalten statt elitärer Umweltpolitik: sozial-ökologische Ausgestaltung umwelt- und energiepolitischer Instrumente;

- Energiearmut verhindern: steigende Energiepreise sozial abfedern und private Haushalte bei Energieeinsparung unterstützen;
- Förderung der Verbraucher/innenrechte im Energiesektor;
- Energieszenarien: Weiterentwicklung von Szenarien für eine Energiewende hin zu einer Vollversorgung mit erneuerbaren Energien; Beschleunigung des Ausstiegs aus der Atomenergie; Fragen der (De-)Zentralisierung der Energieversorgung durch den Ausbau erneuerbarer Energien; stoffliche Nutzung der Steinkohle;
- Klimapolitik als internationale Strukturpolitik: Klimapolitik bedarf einer Neuausrichtung internationaler Handelspolitik und der multilateralen Entwicklungsbanken.

Quelle: <http://www.die-linke.de/index.php?id=1571>

## Energiapolitische Leitlinien der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg

### Wolfgang Thiel

Die Landesregierung konnte Mitte des Jahres dem Landtag im von ihr vorgelegten Bericht „Integriertes Klimaschutzmanagement“ nicht nachweisen, wie die in der aktuellen Landes-Energiestrategie angestrebte notwendige Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes auf 53 Millionen Tonnen jährlich bis 2010 erreicht werden soll. Wollte man dieses Ziel durch Festhalten an der Braunkohleverstromung im jetzigen Umfang anstreben, wie von Ministerpräsident Platzeck und Wirtschaftsminister Junghanns in trauter Einigkeit auch in der Aktuellen Stunde im vergangenen Monat Oktober bekräftigt, müssten z. B. der komplette Straßenverkehr und die Industrie im Lande abgeschafft werden. Will man dies nicht, was irgendwie nachvollziehbar ist, dann kann Brandenburg seine Klimaschutzziele nur erreichen, wenn jetzt der Abschied von der Braunkohleverstromung eingeleitet wird: sozialverträglich und mittels eines wahrhaftigen Strukturwandels in der Lausitz. Ein dazu notwendiges Zeitfenster bleibt noch, und die alternativen Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen, zur Steigerung der Energieeffizienz und verstärkten Energieeinsparung stehen - entgegen dem offiziellen Mainstream - zur Verfügung.

Das sind die Kernaussagen der Leitlinien, die die Landtagsfraktion der Energiekonferenz des Landesverbandes am 29.09.2007 in Cottbus vorgelegt hatte. Nur zwei Fakten: 1. Im Jahr 2010 soll von einem prognostizierten Primärenergieverbrauch in Brandenburg in Höhe von 709 PJ ein Anteil von 35,5 PJ

aus erneuerbaren Energien stammen. Das entspräche nur ca. 16 % des derzeit technisch möglichen Potenzials erneuerbarer Energien im Lande, das gegenwärtig bei identifizierten 221 PJ liegt. Mit anderen Worten: 84 % werden derzeit noch nicht genutzt! 2. Das Bilanzjahr 2004 zeigt, dass Strom aus regenerativen Energiequellen zu 9,3 % zur Bruttostromerzeugung des Landes beitrug und damit (zieht man die 60 % Stromexport ab) der Stromverbrauch der Endenergienutzer im Lande bereits zu 28,7 % gedeckt werden konnte. Der gewissermaßen „brachliegende Schatz erneuerbarer Energien des Landes“ muss endlich gehoben werden! Erst kürzlich hat sich die Regionale Planungsgemeinschaft „Lausitz-Spreewald“ zur „Innovativen Energieregion“ erklärt und erwartet von der Landesregierung endlich die dazu erforderlichen politischen Rahmenseetzungen. Denn eines kann man heute nicht mehr ignorieren: Der Klimawandel und die zunehmende Knappheit fossiler Ressourcen gehören zu den zentralen politischen Herausforderungen dieses Jahrhunderts. Wird jetzt in der Klima- und vor allem in der Energiepolitik nicht sofort umgesteuert, werden viele Millionen Menschen in den Entwicklungsländern, aber auch vor allem die weniger Bemittelten in Industriestaaten wie Deutschland für den Raubbau an Natur und Umwelt teuer bezahlen müssen. Gleichzeitig und nicht zuletzt birgt ein Umsteuern auf ressourcensparendes Wirtschaften, auf erneuerbare Energien und die damit unmittelbar verbundenen regionalen Wirtschaftskreisläufe Chancen für nachhaltige Beschäftigung. Wir befinden uns also mittendrin in einem notwendigen und wahrhaft historischen Umbruch: Weg von der fossilen Energiewirtschaft, hinein in ein solares Zeitalter!

Diesem Ziel stehen keine technischen und wirtschaftlichen Hindernisse entgegen, sondern vor allem Blockaden des menschlichen Denkens und des politischen Handelns: Diese müssen überwunden werden - rasch und radikal! Laufzeitverlängerungen von Atomanlagen und Neubauten fossiler Großkraftwerke in Deutschland sind Scheinlösungen unseres Energieproblems und behindern zudem die notwendige Neuorientierung und dringend erforderliche Umstrukturierung der Energiewirtschaft. Gleichzeitig müssen alle Effizienz- und Sparpotenziale konsequent genutzt werden. Der dafür notwendige Strukturwandel in der Energiewirtschaft erfordert aber auch harte Brüche: Jede - und damit auch linke Politik - befindet sich hier nicht selten im Widerstreit verschiedener Interessen. Regenerative Energien - und zwar regional bzw. lokal erzeugt - sind die bereits heute zur Verfügung stehende und einzige Alternative für eine zukunftsfähige Energiewirtschaft: Sie garantieren zukünftig sowohl Versorgungssicherheit als auch Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit. Sie schaffen vor allem auch zukunfts-sichere Arbeitsplätze. Das bedeutet aber gleichzeitig, jetzt zu beginnen, den Ausstieg aus der Verstromung von Braunkohle zu organisieren. Das Hoffen auf ein Wunder, z. B. mittels „clean coal“-Technologien die Braunkohleverstromung, wie von der Vattenfall-Vorstandsebene und ihrer Unterstützer

in der IG BCE und leider auch in der Landesregierung erhofft, weiterhin „hoffähig“ zu machen, kann sich mit hoher Wahrscheinlichkeit in einen das Klima gefährdenden „Bumerang“ verwandeln. So ist CO<sub>2</sub> im gelagerten Zustand ein dauerhaftes Zukunftsrisiko - ähnlich dem Atommüll.

Die großen Energiekonzerne sind - verständlicherweise - weiterhin an fossilen Großkraftwerken interessiert, das sichert ihre Marktmacht und hohe Gewinnmargen, wie die Jahre 2006 und 2005 für Vattenfall gezeigt haben. Zugleich reden deren Vorstandsebenen von Klimaschutz - das ist mehr als widersinnig. Die von allen Menschen aktuell spürbaren Gefahren für das Klima und die Energiesicherheit verlangen hier und heute vor allem zusätzliche politische Anstrengungen für den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien. Wenn wir denn diesen Weg einschlagen, ist eine kostengünstige und umweltschonende Energieversorgung für die Zukunft möglich. Wenn wir von der Notwendigkeit des Umbaus überzeugt sind, werden wir es schaffen. Wenn nicht jetzt - wann dann? Ich hoffe, dass für die Brandenburger Regierung nicht das Wort von Robert Jungk gilt: „Sie tun nicht, was sie wissen!“

*Wolfgang Thiel ist MdL, energiepolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE Brandenburg*

## **Linke Energiekonferenz mit vielen Anregungen**

**Karlheinz Walther**

### **Zur Energiekonferenz der Suhler Linken am 09. Februar 2008**

Auch wenn dieser oder jener Diskussionsredner eine kritische Anmerkung parat hatte, die ca. 50 Anwesenden folgten den Referaten und der Diskussion der ersten Energiekonferenz der Suhler LINKEN mit großem Interesse. So kann man sicher die Einschätzung bekräftigen, dass die Konferenz erfolgreich war. Im Abseits steht Brigitte Günkel (Freie Wähler Suhl), deren Urteil bereits zwei Tage vor dem Beginn der Konferenz feststand: Alles populistisch und unbezahlbar („Freies Wort“ vom 7.2.2008, Leserbrief im Suhler Lokalteil). Diese Ignoranz gegenüber der Konferenz selbst, den Referenten und Diskussionsrednern ist sicher keine gute Basis für eine gemeinsame Klimaschutz- und Energiepolitik aller Fraktionen des Suhler Stadtrates.

Die Konferenz brachte mehr Licht in kommunalpolitische Sach- und Fachfragen und vermittelte praktische Erfahrungen aus anderen Städten und Ge-

meinden, die bereits mehrere Jahre sehr konzentriert an der Lösung energiepolitischer Fragen arbeiten.

Thilo Kummer, Abgeordneter der LINKEN im Thüringer Landtag, konnte ziemlich am Schluss der Veranstaltung sagen, er sei stolz darauf, dass sich die LINKE, also die neu gegründete, nun gesamtdeutsch agierende Partei, sich auch in den Gebietsverbänden fundiert mit kommunaler Klimaschutz- und Energiepolitik beschäftigt. In den Referaten und Beiträgen wurde eine Vielzahl von konkreten Vorschlägen unterbreitet, von denen kein einziger ungeprüft beiseite gelegt werden dürfte. So versicherte Dr. Koch (Geschäftsführer der SWSZ) die Bereitschaft des Unternehmens zur Mitarbeit bei der Erhöhung der gegenwärtig 13,7 % Energieerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen. Rolf Wagner (Holzunternehmer aus Suhl/Mäbendorf) erwies sich als Streiter für die mutige Nutzung alternativer Energieträger in Suhler Unternehmen und als Verfechter regionaler Netzwerke in der wirtschaftlichen Entwicklung. Manfred Hellmann (Bürgermeister Viernau) warnte auf Grund eigener Erfahrungen vor dem Störfaktor der großen Energiekonzerne gegen kommunale und dezentrale Anlagen zur Energieherstellung. Herr Busch („Ökologisches Bauen“) forderte konkrete Basisdaten als Ausgangspunkt aller energiepolitischen Überlegungen. Z. B: Wie viel CO<sub>2</sub> wird in Suhl von wem produziert? Was hat sich verändert und welche konkreten Ziele müssen erreicht werden? Er bot 500 Freistunden für die Erstellung einer Energiekonzeption der Stadt an. Wenn es in Suhl einen Wettbewerb für den schönsten Balkon gäbe, so könne er sich auch einen Wettstreit um den energetisch effizientesten Haushalt vorstellen. Arnd Hopp (Gewo Suhl) bot die Unterstützung der Gewo beim Erstellen von Energiepässen für öffentliche Gebäude an. Er stellte die Frage, ob die Abrechnung von Wohnungsbaubetrieben nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten (d. h. unter Ausschluss ökologischer Kennziffern) noch zeitgemäß sei und ob hier die Politik nicht etwas ändern könne. Steffen Harzer (Bürgermeister von Hildburghausen) zeigte am Beispiel seiner Stadt und des Landkreises, welchen energetischen Nutzen Biogas und stadteigener Wald zu bringen vermögen. Markus Krisch (Stadt Bad Dübener) erläuterte Ergebnisse kommunaler Klimaschutzpolitik nach einer städtischen Energiekonzeption, die sich maßgeblich am CO<sub>2</sub>-Ausstoß orientiert. Bei Wohngebäuden konnte der CO<sub>2</sub>-Ausstoß seit 2003 um 43 % und im Verkehr um 16 % verringert werden. Für jedes öffentliche Gebäude der Stadt Bad Dübener gibt es einen Maßnahmenkatalog mit einem konkreten Einsparpotenzial.

Ina Leukefeld (MdL und Stadträtin) betonte die dringende Notwendigkeit der Vernetzung der vielfältigen Akteure der Stadt, die von der Stadtverwaltung moderiert werden müsse. Eine bedeutendere Rolle in der Energiepolitik komme auch der Agenda 21 zu. Die Linkspolitikerin verwies auf den großen Widerhall auf die Position der LINKEN zur Erhaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand und verwies dabei auf die Ergebnisse einer Bürgerbefragung in Leipzig. Für die Stadt Suhl forderte sie eine

Energieinventur. Sie schlug die Schaffung von Anreizen (Auslobung eines städtischen Energiepreises) für eine Erhöhung der Energieeffizienz vor. Mindestens einmal jährlich sollte in Suhl eine öffentlich wirksame Veranstaltung zur Klimaschutz- und Energiepolitik stattfinden. Sie hält die Gebäudesanierung in Suhl für außerordentlich wichtig, mahnt aber auch an, dass dafür Geld in den Kommunen ankommen müsse. Anhand einer wissenschaftlichen Studie verwies sie darauf, dass eine neue Energiepolitik auch neue Arbeitsplätze schafft.

Thilo Kummer (MdL der LINKEN) hob hervor, dass heute bei allen kommunalen Problemen energiepolitische Fragen und Klimaschutz mitgedacht werden müssen. Er forderte eine Standortkarte mit Orten der Energieerzeugung und des Energiebedarfs, damit regionale Kooperationseffekte nutzbar gemacht werden können. Thilo Kummer wies auf die Notwendigkeit der Mitarbeit der Banken an Klimaschutz- und Energiepolitik hin und bedauerte das Fehlen der Sparkasse bei der Konferenz. Er machte zu Recht darauf aufmerksam, dass die Klimaschutz- und Energiepolitik der Linken keine Wiederholung politischer Leitsätze der Grünen ist, sondern eine untrennbare Einheit von ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Aspekten.

Die Suhler Linken, insbesondere die Leitungsgremien haben sich deshalb sehr ernsthaft vorgenommen, die Konferenz gründlich auszuwerten und Schlussfolgerungen für ihre politische Arbeit im Stadtverband und die Vorbereitung des Wahlkampfes im Jahre 2009 zu ziehen.

## **Die Folgen der Tschernobyl-Katastrophe**

### **IPPNW-Pressemeldung vom 26.11.2007**

#### **IPPNW widerspricht SPIEGEL-Artikel**

Nach Auffassung der IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung) ist der Artikel „Legenden vom bösen Atom“ im Magazin „Der Spiegel“ vom 19.11.2007 nicht seriös. Der Autor des Beitrages stützt sich unter anderem auf alte und längst widerlegte Zahlen sowie auf Aussagen des Münchner Strahlenbiologen Professor Albrecht Kellerer. Dieser hat als ausgewiesener Befürworter der Atomenergie die gesundheitlichen Folgen von Tschernobyl schon 1990 und somit zu einem Zeitpunkt pauschal bestritten, als dies wissenschaftlich überhaupt noch nicht abschätzbar war.

Der Spiegel behauptet, die sibirische Atomwaffenschmiede Majak habe weniger Strahlenopfer zur

Folge als erwartet. Das Gegenteil dessen ist der Fall: Das EU-Forschungsprojekt „Soul“ hat nicht geringere, sondern nach seinem Leiter Dr. Peter Jacob (GSF Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit) etwa 4-mal höhere Strahlenschäden in der Umgebung der russischen Atomwaffenschmiede Majak festgestellt als nach dem Risikomodell, das der deutschen Strahlenschutzverordnung zugrunde liegt, zu erwarten wären. Das bedeutet nicht Entwarnung für Majak, sondern anstehendes Nachdenken über erneut zu verschärfende deutsche Strahlengrenzwerte.

Der Spiegel behauptet auf der Grundlage einer Pressemitteilung der Internationalen Atomenergie Organisation (IAEO) vom September 2005, dass in der Tschernobyl-Region mit höchstens 4 000 zusätzlichen Krebs- und Leukämietoten gerechnet werden müsse. „Diese Zahl ist völlig unsinnig“, so der Präsident der Gesellschaft für Strahlenschutz, Dr. Sebastian Pflugbeil. „Die IAEO hat diese Zahl im April Jahr 2006, 20 Jahre nach Tschernobyl, auch nicht aufrechterhalten, nachdem wir öffentlich darauf hingewiesen haben, dass die Atomenergie Organisation ihre eigene Quelle tendenziös und unvollständig wiedergegeben hat.“ Denn dem zugrunde liegenden Bericht der Weltgesundheitsorganisation WHO ist tatsächlich eine Zahl von 8 930 Toten zu entnehmen. Studiert man die hierfür angegebene wissenschaftliche Originalquelle, findet man bei Elisabeth Cardis (International Agency for Research on Cancer, Lyon) 9 785 bis 22 160 zusätzliche Krebs- und Leukämietote. „Die IAEO musste die kompromittierende Presseerklärung mit den 4 000 Tschernobyl-Toten aus dem Internet zurückziehen, ein einmaliger Vorgang“, so Pflugbeil.

Die Wissenschaftlerin Cardis untersuchte nicht nur die Tschernobyl-Region, sondern auch die strahlenbedingten Tschernobyl-Folgen in Westeuropa. So wurde im Jahr 2006 eine internationale Gemeinschaftsstudie im „International Journal of Cancer“ veröffentlicht. Darin kommt Cardis zu dem Ergebnis, dass es in Westeuropa nach Tschernobyl 1 000 zusätzliche Schilddrüsenkrebsfälle und 4 000 andere Krebsfälle gab und dass es bis zum Jahre 2065 zusätzlich 3 400 bis 72 000 Schilddrüsenkrebserkrankungen und 11 000 bis 59 000 andere Krebsfälle geben wird.

Nach Tschernobyl hat zudem auch die Säuglingssterblichkeit (Perinatalsterblichkeit) in mehreren europäischen Ländern zugenommen. Das bestätigen ausgerechnet zwei Mitarbeiter des im Spiegel-Artikel zitierten GSF-Forschungszentrums in Neuherberg. Diese fanden im Jahr 1987 eine signifikante Zunahme der Perinatalsterblichkeit in Deutschland. Die vorliegenden Studien ergeben für Europa Tschernobyl bedingte Todesfälle unter Säuglingen in der Größenordnung von 5000.

Neben den Todesfällen sind auch die strahlenbedingten genetische Schäden wie Fehlbildungen (unter Bezug auf das UN-Strahlenkomitee UNSCEAR weltweit 42 000 bis 290 000 Opfer) sowie die nicht tödlich verlaufenden schweren Erkrankungen

gen nach Tschernobyl zu berücksichtigen. Der Gesundheitszustand der in Tschernobyl zu Aufräumarbeiten eingesetzten 600 000 bis 1 000 000 Liquidatoren ist fatal. Nach offiziellen ukrainischen Angaben sind mehr als 90 Prozent krank oder arbeitsunfähig. Laut WHO muss man mit rund 100 000 Schilddrüsenkrebsfällen allein in der Tschernobyl-Region rechnen. Viele andere Krankheiten stiegen nach Tschernobyl steil an.

Nicht haltbar ist auch die Spiegel-Darstellung bezüglich der strahlenbedingten Todesfälle durch das Zünden von Atomwaffen. Offiziellen Angaben zufolge starben durch den Atombombenabwurf über Hiroshima am ersten Tag 45 000 Menschen an den direkten Folgen von Hitze und Druck. „Jedes Schulkind kann erklären, dass die überwiegende Mehrzahl der Opfer verdampfte, verbrannte oder zerquetscht wurde, bevor sie an Strahlenkrankheit sterben konnte“, so Pflugbeil.

Die Strahlung mit hoher Dosis reichte in Hiroshima nicht so weit wie Druck- und Hitzewelle, so dass außerhalb dieser durch Druck und Hitze gestorbenen Menschen, nur noch relativ niedrige Strahlendosen die Menschen erreichten. Der Umstand, dass nach offiziellen Zahlen selbst durch die niedrigen Strahlendosen eine große Zahl weiterer Menschen durch die Radioaktivität zu Tode kamen, beweist, dass auch die Niedrigstrahlung zahlreiche Todesopfer fordert.

Obwohl die Daten von Hiroshima und Nagasaki erhebliche Mängel aufweisen (z. B. erst 5 Jahre nach der Bombardierung einsetzende Datenerfassung, Verwendung einer ebenfalls radioaktiv belasteten Kontrollgruppe), tragen sie bis heute wesentlich zur Ermittlung des Strahlenrisikos bei. In den letzten Jahrzehnten hat sich gezeigt, dass das Risiko, nach Strahlenbelastung an Krebs zu sterben, wieder und wieder nach oben korrigiert werden musste.

Millionen Menschen starben zudem - was der Spiegel vollständig unterschlägt - an den Folgen der Atomwaffentests. Nach UNSCEAR 1993 (S. 203, Tabelle 58) ist durch die atmosphärischen Nuklearwaffentests eine Kollektiv-Dosis (effektiv) von 22 300 000 Man-Sievert verursacht worden. Verknüpft mit dem Risikofaktor für tödliche Krebserkrankungen von UNSCEAR von 11 % pro Sievert kommt man rechnerisch auf knapp 2,5 Millionen Krebstote allein durch die Atomwaffentests. Würde man die neuen Erkenntnisse des EU-Forschungsprojekts „Soul“ über Majak berücksichtigen (20 % pro Sievert nach Dr. Jacob), käme man sogar auf rund 4,5 Millionen Krebstote. Hinzu kommen die zahlenmäßig weitaus größeren nichttödlichen Krebserkrankungen und die sonstigen strahlenbedingten Erkrankungen sowie die Totgeburten.

Die IPPNW warnt eindringlich vor einer leichtfertigen Legendenbildung vom „harmlosen Atom“, wie es im Spiegel-Artikel zum Ausdruck kommt. Dies dient weniger einer seriösen wissenschaftlichen Auseinandersetzung, als vielmehr den Interessen der Befürworter einer zivilen oder militärischen Nutzung der Atomenergie.

Weitere Informationen zu Langzeitfolgen in Hiroshima und Nagasaki: [http://www.ippnw.de/Atomwaffen/Gesundheitsfolgen/article/Langzeitfolgen\\_der\\_Atombomben.html](http://www.ippnw.de/Atomwaffen/Gesundheitsfolgen/article/Langzeitfolgen_der_Atombomben.html)

Studie der IPPNW und der Gesellschaft für Strahlenschutz zu Tschernobyl-Folgen: <http://www.ippnw.de/Atomenergie/Tschernobyl-Folgen>

Kontakt: Sebastian Pflugbeil (Tel. 030 4493736), Xanthe Hall (Tel. 030 698074-12), Henrik Paulitz (Tel. 0621 3972668)

Quelle: [http://www.ippnw.de/Presse/Presse\\_2007/article/20071126\\_IPPNW\\_widerspricht\\_SPIEGEL.html](http://www.ippnw.de/Presse/Presse_2007/article/20071126_IPPNW_widerspricht_SPIEGEL.html)

## **Fadenscheinige Rhetorik – Drei-Schluchten-Staudamm China**

**Oliver Nowak**

### **Fünf Millionen Vertriebene angeblich für den Umweltschutz - Alarmierende ökologische Folgen**

„Die ökologische Umgebung des Stausees ist äußerst anfällig, sie verträgt keine Überbevölkerung“, meint Yu Yuanmu, seines Zeichens Vizebürgermeister der nahen chinesischen Metropole Chongqing. Somit sei die „Umsiedlung“ von weiteren drei bis vier Millionen Anwohnern des Prestigeprojektes Drei-Schluchten-Staudamm gerechtfertigt. Die Regierung in Peking lobt den Beschluss als „großen Beitrag für den Umweltschutz“. Diese seltsame Logik erinnert fatal an den Zauberlehrling, der ein Übel beseitigen wollte, indem er mit einem neuen Übel gegensteuerte.

### **Megaprojekt begräbt zwölf Großstädte**

Was ist der Hintergrund dieser grünen Rhetorik der chinesischen Kommunisten? Nachdem bereits jahrzehntelang Pläne für eine Aufstauung des Jangtsekiang in den Schreibtischen der Regierung lagen, genehmigte der Volkskongress 1992 das Projekt. Die erheblichen Bedenken schon innerhalb der KP zeigte das Abstimmungsergebnis: Lediglich mit einer Zweidrittelmehrheit wurde der Antrag angenommen - für chinesische Verhältnisse eine geradezu eklatante Skepsis. Der Bau der Talsperre begann 1994, sie wurde früher als geplant schon 2003 fertig gestellt. Die veranschlagten Kosten von umgerechnet 25 Milliarden US-Dollar verdoppelten sich bald. Zahlen musste die chinesische Bevölkerung – durch eine Sondersteuer. Dies war der Regierung äußerst wich-

tig, ging es doch darum, zu zeigen, dass China dieses Mega-Projekt auch ohne Hilfe der „kapitalistischen“ Weltbank realisieren konnte. Im Jahr 2006 nahm das Kraftwerk dann den Betrieb auf. Die technischen Daten der Drei-Schluchten-Staumauer lesen sich in der Tat beeindruckend. Mit 2,3 Kilometern Länge und 185 Metern Höhe schlägt der Damm alle Rekorde. Der Stausee wird fast 640 Kilometer lang sein. Bis zu 85 Milliarden Kilowattstunden Strom sollen die 26 von Siemens gebauten Turbinen ab 2009 jährlich liefern. Das entspricht in etwa der Energie aus der Verbrennung von 50 Millionen Tonnen Kohle. Ökologische Aspekte oder das Schicksal der Anwohner interessierten die Verantwortlichen zunächst nicht. Bis zu 1,4 Millionen Bauern mussten bereits ihre Dörfer verlassen. Rund 25000 Hektar Ackerland gingen verloren. Bis 2009 soll der Wasserspiegel gut 65 Meter über dem bisherigen Jangtsekiang-Niveau liegen. Zwölf Großstädte, 140 Kleinstädte und über 3000 Dörfer werden letztendlich in den trüben Fluten des Stausees verschwinden. Das Überleben bedrohter Tierarten wie des Jangtse-Delphins oder des chinesischen Störs ist fraglich. Die Proteste lokaler Umwelt- und Menschenrechtsaktivisten wurden entweder totgeschwiegen und ignoriert oder wie im Falle Fu Xiancais brutal unterdrückt. Der Staudamm-Kritiker gab 2006 der ARD ein Interview, in dem er die Korruption und Ignoranz der Behörden anprangerte. Daraufhin wurde er zu einem Polizeiverhör geladen und auf dem Heimweg so schlimm zusammengeschlagen, dass er querschnittsgelähmt blieb. Die von Fus Familie erwirkten polizeilichen Ermittlungen verliefen im Sande – erwartungsgemäß, wie man zynisch bemerken könnte.

## **Erdbeben und Wasserverschmutzung**

Woher kommt also das plötzliche Interesse der Regierung für Umweltfragen? In der offiziellen Parteilinie der chinesischen Kommunisten war es in der Vergangenheit keinesfalls üblich, Fehler einzugestehen und den bestehenden Kurs zu revidieren. Der Grund für Umweltrhetorik dürfte hauptsächlich in den ersten dramatischen ökologischen Auswirkungen des Prestige-Projektes liegen. Das betrifft vor allem die enorme Bodenerosion an den Hängen des Jangtsekiang. Diese nahm stark zu, seit die vertriebenen umherirrenden Bauern, deren zugesagte Entschädigungszahlungen und Landzuweisungen in dunklen Kanälen versickerten, sich an den höher gelegenen Hängen des Flusstales ansiedelten. Unkontrollierte Abholzung und das Umwandeln der empfindlichen Waldgebiete in Ackerland führten daraufhin zu einem drastischen Anstieg der Abschwemmung der oberen Bodenschichten. Außerdem beeinträchtigen die ansteigenden Fluten die Stabilität der steilen Hänge des Flusstales. Gewaltige Erdbeben und bis zu 50 Meter hohe Flutwellen zerstören Dörfer, in denen die leidgeprüften Bauern wegen der angedrohten Deportation sowieso schon auf gepackten Koffern sitzen. Die Befürchtungen der Stauseekritiker, die

Talsperre könnte durch die ungeheuren Schwemmsände des Jangtsekiang blockiert werden, verstärkten sich durch die Hangabschwemmungen und Erdbeben noch. Außerdem steigt die Schadstoffbelastung im Flusswasser rapide an. Der Grund: Die eingeleiteten Fabrikabwässer können nicht mehr wie früher stromabwärts fließen, sondern werden durch den Damm zurückgehalten, sodass die schwereren Schadstoffpartikel im Stausee zurückbleiben. Auf lange Sicht droht dieser zu einer Kloake zu werden – eine Katastrophe für die Anwohner, die ihr Trinkwasser aus dem Jangtsekiang beziehen. Es gibt neben den offensichtlichen ökologischen Fehlentscheidungen der Staudamplaner möglicherweise noch einen weiteren Grund für das Umdenken der Regierung. Die Journalistin Antoaneta Bezlova von der Agentur IPS meint, dass die nun wohnungslosen Bauern in die Städte abgedrängt werden sollen. Damit würde die Konkurrenz um die raren Ackerflächen gelindert und das Image und Selbstverständnis der Führung von einem „modernen“ China mit einem hohen Anteil urbaner Bevölkerung gestärkt. Die Umsiedlungen wären demnach eiskaltes Kalkül und würden lediglich nachträglich der Öffentlichkeit und vor allem dem Ausland als „Umweltschutzmaßnahme“ verkauft. Bezlovas Ansicht wird durch Aussagen chinesischer Experten bestätigt, die sich allerdings nur anonym äußern wollen. In einem taz-Artikel zum Thema hieß es außerdem, dass sich möglicherweise korrupte lokale Kader bereichern wollen, indem sie die „mensenleer“ gewordenen Flächen am Stausee lukrativ an Tourismusunternehmen verschleudern.

## **Umweltargumente sollen Vertreibungen legitimieren**

Was bleibt also unterm Strich von der Ökorhetorik der chinesischen Kommunisten? Nicht viel. Sicher gibt es einige nicht von der Hand zu weisende Argumente für den Staudamm. Das betrifft in erster Linie die Möglichkeit, ohne die Verbrennung fossiler Rohstoffe und den damit verbundenen Ausstoß von CO<sub>2</sub> Strom zu produzieren. Damit verbunden ist außerdem die Möglichkeit, die maroden Bergwerke und Tagebaue in China aufzugeben, in denen unter furchtbaren Arbeitsbedingungen Kohle gewonnen wird. Außerdem soll durch den Drei-Schluchten-Damm die Hochwassergefahr flussabwärts gebannt werden, was für die Anwohner dort auf kurze Sicht sicher positiv ist. Längerfristig gesehen aber dürfte der Mangel an fruchtbaren Sedimenten, die bisher bei den regelmäßigen Überschwemmungen des Jangtsekiang die Felder natürlich düngten, der Landwirtschaft eher schaden. Außerdem bleibt natürlich immer die Gefahr eines Erdbebens oder Unfalls am Staudamm, der laut Aussagen führender chinesischer Militärs zu einer Katastrophe vergleichbar einem atomaren GAU führen würde. Darum gab es die größten Skeptiker gegen das Projekt auch bis 1992 immer auf Seiten der Armee, die in dem Damm



eine Achillesferse der chinesischen Landesverteidigung sah. Hinzu kommt das Problem der Wasserverschmutzung. Dies führte immerhin dazu, dass in den letzten Jahren 1500 Fabriken am Jangtsekiang geschlossen und bei rund 70 weiteren moderne Kläranlagen eingebaut wurden. Doch die enorme Bodenerosion und die Vernichtung des Lebensraumes bedrohter Tierarten machen deutlich, dass die Wasserschutzmaßnahmen bei weitem nicht ausreichen. Sie sind allenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein. Darum ist es um so zynischer, wenn die Menschenrechtsverletzungen, die Massenvertreibungen von Millionen Menschen und die brutale Unterdrückung jeder Kritik in der Bevölkerung durch einen Verweis auf den „Umweltschutz“ legitimiert werden. Es ist skandalös, wenn der horrende Raubbau an dem einmaligen Ökosystem Jangtsekiang nun durch angebliche „Ökomaßnahmen“ vertuscht und weggeredet werden soll. Die dort siedelnden Menschen wurden und werden rücksichtslos aus ihrer Heimat vertrieben und durch korrupte Kader um ihre ärmliche Entschädigung betrogen. Spätestens wenn diese Menschenrechtsverletzungen mit fadenscheinigen Umweltschutzargumenten begründet werden, müssen auch ökologisch interessierte Menschen hellhörig werden. An der Existenz des Staudammes lässt sich freilich nichts mehr ändern. Für den Bau einer Abfolge kleinerer Dämme mit einer höheren Leistung als der eine Mega-Damm ist es zu spät, obwohl diese Lösung für Mensch und Umwelt schonender gewesen wäre. Aber zumindest müssen die mit dem Drei-Schluchten-Staudamm verbundenen Probleme und Missstände im Bewusstsein der Öffentlichkeit – auch hier in Deutschland – gehalten werden. Die konkreten Auswirkungen von Protesten werden sich erfahrungsgemäß leider in Grenzen halten. Dennoch darf der Missbrauch des Arguments „Umweltschutz“ in den Parolen der Pekinger Führung zur Rechtfertigung von millionenfachen Vertreibungen nicht unwidersprochen bleiben.

*Quelle: Der Rabe Ralf (Grüne Liga. Netzwerk ökologischer Bewegungen . Landesverband Berlin e. V.) Dez. 2007/Jan. 2008: 18-19*

## Klimaveränderungen und die Ozeane

**Stefan Rahmstorf**

„... welche Rolle spielen die Ozeane im Klimasystem? Im Wesentlichen tun sie fünf entscheidende Dinge: Sie speichern Wärme, sie transportieren Wärme rund um den Globus, sie geben Wasser an die Atmosphäre ab, sie gefrieren, und sie speichern Gase wie Kohlendioxid und tauschen diese mit der

Atmosphäre aus. Die Ozeane sind daher integraler Bestandteil des Klimasystems und genau so wichtig wie die Atmosphäre. ... Weil der größte Teil der Erde von Meeren bedeckt und die Atmosphäre für Sonnenstrahlen durchlässig ist, wird der größte Teil der eingestrahlten Sonnenenergie zunächst von den Ozeanen absorbiert. Die Meere speichern die Wärme, transportieren sie mittels Strömungen rund um den Erdball und geben sie schließlich wieder an die Atmosphäre ab. Die Ozeane kontrollieren daher, wie die Sonnenenergie in das Klimasystem gelangt und dieses antreibt. Die große Speicherkapazität der Meere stellt einen Puffereffekt dar, der jede Veränderung des Klimas abmildert.“ ([1] S. 43)

„... die absolute Menge des im Meerwasser ... vorhandenen Kohlenstoffs ist fünfzigmal größer als die in der Atmosphäre. Bedenkt man nun den beständigen CO<sub>2</sub>-Austausch zwischen Ozeanen und Atmosphäre, wird deutlich, dass es für die Hochrechnung künftiger CO<sub>2</sub>-Konzentrationen nicht nur wichtig ist zu wissen, wie viel CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre freigesetzt wird, sondern auch, wie viel ins Meer gelangt – und wie viel dort verbleibt! Daher werden die Prozesse, die die Kohlenstoffaufnahme und Speicherung („Sequestration“) im Meer bestimmen, derzeit intensiv erforscht. ... Es lohnt sich, noch einen Blick auf die ungeheure Kohlenstoffmenge zu werfen, die sich auf dem Meeresboden befindet. Dieses Reservoir, das auf 30 Millionen Gigatonnen geschätzt wird, stellt die bei weitem größte Kohlenstoffanhäufung auf der Erde dar. ... Das meiste davon stammt natürlich aus herabgesunkenem organischem Material (größtenteils abgestorbene Pflanzen und Tiere)“ ([1] S. 87-88)

„Die Kohlendioxidkonzentration der Erdatmosphäre ist in den vergangenen 150 Jahren um ein Drittel gestiegen, von 280 ppm (parts per Million = Teile pro Million Teile) auf inzwischen 380 ppm im Jahr 2006. Damit hat die CO<sub>2</sub>-Konzentration den höchsten Wert seit mindestens 650 000 Jahren erreicht (so weit gehen die genauen CO<sub>2</sub>-Daten aus Eisbohrkernen zurück), wahrscheinlich aber sogar seit Millionen von Jahren. Dieser Anstieg ist vollständig vom Menschen verursacht worden: Die zusätzlichen 100 ppm in der Atmosphäre entsprechen sogar nur etwa der Hälfte der Menge, die wir emittiert haben. Hätten die Ozeane und die Wälder nicht einen Teil unserer Emissionen aus der Atmosphäre aufgenommen, dann hätten wir also bereits den nahezu doppelten Anstieg der atmosphärischen Konzentration verursacht. ... Die Konzentration von Methan hat sich mehr als verdoppelt, während die Stickoxidkonzentration um ein Fünftel gestiegen ist. Andere Gase kommen von Natur aus gar nicht in der Atmosphäre vor und sind überhaupt erst durch den Menschen dorthin gelangt: die Fluorkohlenwasserstoffe (FCKW).“ ([1] S. 105-106)

„Könnte es noch schlimmer kommen? Wenn auch nach gegenwärtigem Kenntnisstand nicht sehr wahrscheinlich, ist leider auch dies nicht ausgeschlossen – neuere Studien, die seit der Publikation des letzten IPCC-Berichtes (2001) durchgeführt wurden, deuten auf die Gefahr einer größeren Freisetzung von CO<sub>2</sub> aus der Biosphäre infolge der Erwärmung hin. Dadurch würde die Konzentration auf noch höhere Werte steigen, und sogar eine Erwärmung um 7 bis 8 °C wäre möglich. Könnte es auch glimpflicher ausgehen als 2 °C Erwärmung? Nichts spricht dafür, dass die Natur uns auf einmal einen noch größeren Anteil unserer Emissionen abnehmen wird als bislang.“

([2] S. 49-50)

„Tatsächlich beobachtet man in Teilen des Polarmeeres in den letzten Jahrzehnten eine Erwärmung von über 3 °C, also ein Mehrfaches des globalen Trends. Gleichzeitig schrumpft die Fläche des Eises immer mehr – bislang um 20 % seit Beginn der Satellitenbeobachtungen im Jahr 1979. Eine neue, 2006 veröffentlichte Studie kommt zum Ergebnis, dass bereits im Jahr 2040 das Polarmeer im Sommer weitgehend eisfrei sein könnte. Frühere Modellrechnungen sagten dies erst für das letzte Viertel des Jahrhunderts voraus.“ ([2] S. 114-115)

„Die Erde hat derzeit zwei große kontinentale Eisschilde, in Grönland und der Antarktis. Dies war nicht immer so – vor Jahrmillionen zu Zeiten höherer CO<sub>2</sub>-Konzentrationen und wesentlich wärmeren Klimas war die Erde praktisch eisfrei. Die derzeitigen Eisschilde sind 3 bis 4 km dick. Wie wird sich die aktuelle Erwärmung auf die Eismassen auswirken? Das Grönlandeis erhält in den zentralen Bereichen durch Schneefälle ständig Nachschub; an den Rändern schmilzt es hingegen. Normalerweise sind beide Prozesse im Gleichgewicht. Erwärmt sich das Klima, dehnt sich die Schmelzzone aus und das Abschmelzen beschleunigt sich; auch Niederschläge können zunehmen. Insgesamt verändert sich die Massenbilanz so, dass das Eis (ähnlich wie die ... Gebirgsgletscher) an Masse verliert. ... Modellrechnungen haben ergeben; das bei einer lokalen Erwärmung von 3 °C (die schon bei einer globalen Erwärmung um global weniger als 2 °C erreicht werden könnte) wahrscheinlich das gesamte Grönlandeis allmählich abschmelzen wird. Dabei spielt eine verstärkende Rückkopplung eine zentrale Rolle: Sobald der Eispanzer dünner wird, sinkt seine Oberfläche in niedrigere und damit wärmere Luftschichten ab, was das Abschmelzen noch beschleunigt. Das Grönlandeis war bisher deshalb so stabil, weil auf Grund seiner Dicke große Bereiche in mehreren tausend Metern Höhe und damit in sehr kalter Luft liegen. ... In den letzten Jahren beobachtet man in Grönland dynamische Prozesse, insbesondere ein schnelleres Fließen des Eises, die ein rascheres Abschmelzen ermöglichen als bislang erwartet.“ ([2] S. 61)

„Das Grönlandeis bindet eine Wassermenge, die bei seinem kompletten Abschmelzen einen weltweiten

Meeresspiegelanstieg von 7 m bedeuten würde. Im westantarktischen Eisschild sind 6 m Meeresspiegel gespeichert, im Ostantarktischen Eisschild (das bislang als weitgehend stabil gilt) sogar über 50 m. Die Stabilität der Eisschilde in Grönland und der Westantarktis ist daher die große Unbekannte bei Abschätzungen des künftigen Meeresspiegelanstiegs.“ ([2] S. 64)

„Neben den Treibhausgasen gibt es noch einen weiteren wichtigen Einfluss des Menschen auf das Klima zu berücksichtigen: Die Verschmutzung der Atmosphäre mit Partikeln (Staub, Ruß, Schwefelteilchen und so weiter), den sogenannten Aerosolen, die der Volksmund auch Smog nennt. Diese Teilchen reflektieren Sonnenlicht und haben dadurch eine abkühlende Wirkung auf das Klima. Sie lässt sich deutlich weniger leicht bestimmen als die Wirkungen der Treibhausgase – die Zahl ist daher unsicherer, doch liegt sie nach den besten Abschätzungen bei etwa 1,2 W/m<sup>2</sup>. Dadurch wird etwa ein Drittel der Treibhauswirkung kompensiert – allerdings nur, wenn man globale Mittelwerte betrachtet, denn im Unterschied zu den langlebigen und deshalb in der Atmosphäre gut durchmischten Treibhausgasen ist das Vorkommen von Smog regional sehr unterschiedlich – und damit auch seine Strahlungswirkung auf das Klima.“ ([1] S. 107-108)

„... das entstandene Ungleichgewicht führt zwangsläufig zu einer Erwärmung der Klimas. Das genaue Ausmaß der Erwärmung ist nicht einfach zu berechnen, da es von mehreren Rückkopplungseffekten abhängt, die es verstärken oder abschwächen können. Zu diesen zählen Veränderungen in der Wasserdampfkonzentration in der Atmosphäre, denn Wasserdampf ist das wichtigste Treibhausgas und seine Konzentration steigt bei wärmeren Temperaturen – jede Erwärmung (oder auch Abkühlung) des Klimas wird dadurch also verstärkt. Dazu zählen auch Veränderungen bei der Bewölkung – Wolken in unterschiedlicher Höhe und unterschiedlichen Typs können die Erwärmung sowohl abschwächen als auch verstärken. Und dazu zählen schließlich Veränderungen in der Schnee- und Eisbedeckung unseres Planeten. Da helle Eisflächen viel Sonnenstrahlung reflektieren, führt eine Abnahme der Eisbedeckung zur Aufnahme von mehr Sonnenwärme und verstärkt damit die Erwärmung, insbesondere natürlich in hohen Breitengraden. ... In der Summe wirken sich die Rückkopplungen verstärkend auf den Klimawandel aus. Dies sagen einerseits alle Modellrechnungen. Vor allem wird dies aber durch die Klimageschichte belegt, in der es immer wieder drastische Klimaveränderungen gab (zum Beispiel die bekannten Eiszeiten). Wirkten die Rückkopplungen im Klimasystem insgesamt abschwächend und nicht verstärkend, dann wären auch diese natürlichen Klimaveränderungen in der Vergangenheit wesentlich schwächer und unspektakulärer ausgefallen.“

([1] S. 108-109)

„Wenn der Kohlendioxidgehalt in der Luft weiter unkontrolliert zunimmt, wird es voraussichtlich bis 2065 in den Weltmeeren keine Regionen mehr geben, wo die chemischen Verhältnisse noch die Bildung von Calciumcarbonat durch Korallen zulassen. ... Als Folge der höheren atmosphärischen  $\text{CO}_2$ -Konzentration wird ein abnehmender pH-Wert (das heißt zunehmende Versauerung) der Oberflächenwasser des Ozeans vorhergesagt, und in einigen Gegenden ist dies in der Tat auch schon gemessen worden. ... Je niedriger der pH-Wert des Ozeans wird, desto weniger Kohlenstoff in Form von  $\text{CO}_3^{2-}$  ist vorhanden. ...  $\text{CO}_3^{2-}$  ist ein notwendiger „Baustein“ des Calciumcarbonats, und es gibt sehr viel Meeresorganismen, die Calciumcarbonat produzieren. Dazu zählen Muscheln, einige Seegrassarten, Seesterne, Korallen und – wohl am wichtigsten – die winzigen Lebewesen wie Coccolithophoriden, Pteropoden und Foraminiferen, die die Carbonatpumpe antreiben ..., mit denen Kohlenstoff in Form von Calciumcarbonat von der Oberfläche in das Bodenwasser transportiert wird. Wenn der pH-Wert sinkt und weniger  $\text{CO}_3^{2-}$  zur Verfügung steht, fällt es solchen Organismen immer schwerer, ihr Calciumkarbonat herzustellen und auch zu behalten, denn unter sauren Bedingungen wird Calciumcarbonat aufgelöst.“ ([1] S. 162-164)

„Wie sehen die Langzeittrends bei den Tropischen Wirbelstürmen aus? In der Gesamtzahl dieser Stürme weltweit lässt sich bislang keine eindeutige Entwicklung erkennen, auch wenn die Häufigkeit im Atlantik in den letzten 10 Jahren deutlich über dem Durchschnitt lag. Auswertungen von Satellitendaten und Flugzeugmessungen zeigen jedoch eine deutliche Zunahme der Stärke von tropischen Wirbelstürmen seit 1970. Eine amerikanische Forschergruppe um Peter Webster fand, dass die Zahl der Tropenstürme der beiden stärksten Kategorien (4 und 5) sich nahezu verdoppelt hat, von 10 pro Jahr in den 1970er Jahren auf 18 pro Jahr im vergangenen Jahrzehnt. Die Anzahl der schwächsten Hurrikane (Kategorie 1) hat dagegen deutlich abgenommen ...“ ([1] S. 141)

„Auf Stürme in den mittleren Breiten wirken widerstreitende Trends ein. So vermindert die besonders starke Erwärmung der Pole das Temperaturgefälle zwischen Äquator und hohen Breiten, was die Sturmstärke verringern sollte. Andererseits kühlt sich die Stratosphäre ab, was den vertikalen Temperaturgradienten erhöht und die Stürme verstärken könnte. Dies sind nur zwei von mehreren Faktoren. Klimamodelle und selbst die höher auflösenden Wettermodelle geben gerade die Windgeschwindigkeiten der stärksten Stürme bislang nur mangelhaft wieder. Ob außertropische Stürme weltweit eher zu- oder abnehmen werden, ist daher bislang unklar. Schaut man eine bestimmte Region an, kommt es darüber hinaus weniger auf eine mögliche globale Zu- oder Abnahme an, sondern darauf, wie sich die Zugbahnen von Stürmen verlagern. Für Europa ist damit zu rechnen, dass die Wege der atlantischen Tiefdruck-

gebiete sich eher nach Norden verlagern, so dass in Nordeuropa mehr, in Südeuropa dagegen eher weniger Stürme auftreten.“ ([1] S. 145)

„... der Golfstrom wird überwiegend vom Wind angetrieben und ist ein Teil des großen Subtropenwirbels. Er kann daher niemals versiegen, solange die Winde weiter wehen (was außer Frage steht). Die Medienberichte über sein Versiegen sind einfach auf eine begriffliche Unschärfe zurückzuführen. Ozeanographen unterscheiden zwischen dem Golfstrom im westlichen Atlantik und seinem verlängerten Arm, dem Nordatlantikstrom, der im Nordatlantik bis an die europäischen Küsten strömt. Der Nordatlantikstrom könnte tatsächlich versiegen ...“ ([1] S. 146)

„Die globale Erwärmung könnte das Absinken von Tiefenwasser und damit das ganze thermohaline Zirkulationssystem auf zwei Arten stören. Erstens erschwert die Erwärmung ein Absinken, weil wärmeres Wasser leichter ist als kaltes. Zweitens bringt die Erwärmung mehr Niederschläge in die hohen Breiten, der Abfluss von Flüssen erhöht sich (ein bereits gemessener Trend), und durch Abschmelzen von Eis gelangt zusätzliches Süßwasser ins Meer. Dadurch nimmt im nördlichen Atlantik der Salzgehalt ab – auch dies ist ein seit Jahrzehnten anhaltender, beobachteter Trend. Allerdings ist diese Salzgehaltsabnahme bislang nach Simulationsrechnungen noch zu gering, um einen Einfluss auf die Strömung zu haben.

Die entscheidenden Fragen sind: Wie viel Süßwassereintrag ist erforderlich, um die Strömung zum Erliegen zu bringen? Und wie viel Süßwassereintrag können wir – bei ungebremster globaler Erwärmung – künftig erwarten? Leider sind beide Fragen nur sehr unsicher zu beantworten. Modelle und Daten aus der Klimageschichte deuten darauf hin, dass ein Süßwassereintrag von 100 000 Kubikmetern pro Sekunde wohl eine kritische Menge darstellt – aber dies ist nur eine grobe Größenordnung. Und der künftig zu erwartende Süßwassereintrag hängt vor allem vom Schmelzen des Grönlandeises ab, über dessen Zukunft man ... keine gesicherten Aussagen machen kann. Ein Abschmelzen über 1 000 Jahre hinweg wäre gerade mit einem mittleren Abfluss von Schmelzwasser von 100 000 Kubikmetern pro Sekunde verbunden. In den heutigen Klimamodellen ist dies in der Regel gar nicht enthalten, so dass diese Modelle kaum für Prognosen über das Verhalten der Strömung geeignet sind. Angesichts dieser Unsicherheiten muss man von einem schwer kalkulierbaren Risiko sprechen. ... Wir haben bereits Mitte der 1990er Jahre in Publikationen darauf hingewiesen, dass die globale Erwärmung (die ja Voraussetzung dieser Szenarien ist) eine Abkühlung durch die ausbleibende Strömungswärme mehr als kompensieren würde. Nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen könnte es in Teilen Europas kälter werden als heute: Zum einen, wenn die Strömung wider Erwarten sich rasch verändert, etwa um die Mitte des 21. Jahrhunderts – wie in einer holländischen Modellsimulation, bei der es dadurch zu einer deutlichen Abkühlung

über Skandinavien kam – , oder wenn die Atlantikströmung dauerhaft versiegt, die Treibhausgase in der Atmosphäre aber in den kommenden Jahrhunderten wieder abnehmen (ein durchaus realistisches Szenario). So könnte nach Abklingen des Treibhauszeitalters Europa besonders im Nordwesten um mehrere Grad kälter zurückbleiben als zuvor.“

([1] S. 147-149)

„Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß ist die Globalisierung negativer Folgen par excellence: Wer im Auto, Heizung oder Kraftwerk fossile Brennstoffe verbrennt, hat den Nutzen hier und heute. Die Folgen sind dagegen über den ganzen Erdball und über viele Jahre in die Zukunft verteilt. Denn CO<sub>2</sub> ist ein langlebiges, in der Atmosphäre global gut vermisches Treibhausgas. Das meiste heute emittierte CO<sub>2</sub> wird auch in Jahrzehnten noch in der Atmosphäre sein – 7 % davon sogar noch in 100 000 Jahren.“ ([3] S. 313)

„Die EU hat sich die Begrenzung der globalen Erwärmung auf maximal 2 °C über dem vorindustriellen Niveau zum Ziel gesetzt – ein meines Erachtens gerade noch vertretbares und gerade noch erreichbares Ziel. Angesichts der bereits erfolgten Erwärmung um 0,7 °C bedeutet dies eine weitere Erwärmung um 1,3 °C. Fast die Hälfte dieser weiteren Erwärmung wird auch dann stattfinden, wenn wir sofort die Konzentration der Treibhausgase stabilisieren (also die Emissionen weltweit um 50 – 60 % vermindern, weil das Klimasystem träge ist und noch verzögert auf den bereits erfolgten Anstieg der Konzentration reagiert. Daher muss rasch und entschieden gehandelt werden, um das EU-Klimaziel noch zu erreichen.“ ([3] S. 316)

„Bisher haben wir ... allerdings die Klimarechnung ohne den Wirt, sprich: die vermiedenen/vermeidbaren Klimafolgen gemacht. Und dieser Wirt dürfte darauf bestehen, dass die Zeche bezahlt wird – in Form von wirtschaftlichen Schäden, sozialen Verwerfungen und großen Verlusten an Menschenleben. ... Es ist ausgesprochen schwierig, diese Auswirkungen präzise als Funktion der Erderwärmung zu beziffern. ... Nach einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung können bei einem Anstieg der globalen Mitteltemperatur um 3,5 °C ökonomische Verluste im Wert von 150 Billionen Dollar entstehen, bei einem Anstieg um 4,5 °C können sich diese Verluste sogar noch verdoppeln. Damit würden die volkswirtschaftlichen Einbußen rund zwanzigmal so hoch liegen wie die Kosten der Klimastabilisierung auf akzeptablem Niveau! Von praktisch unersetzlichen Werten wie menschlicher Gesundheit, kulturelle Heimat oder Naturerbe ist bei diesem Kalkül noch nicht mal die Rede.“ ([2] S. 120-121)

„Das wahre Ausmaß des sich unerbittlich aufbauenden Anpassungsdrucks ist leider kaum jemandem bewusst ... Um die drohende klimabedingte Völker-

wanderung im planetarischen Maßstab gewaltfrei zu „verarbeiten“, bedarf es einer grundsätzlichen Reform und Fortschreibung der UN-Charta und der Ausstattung mit höchsten politischen Kompetenzen. In ähnlicher Weise ist die WHO an die Bedürfnisse der Zukunft anzupassen. Beispielsweise kann man sich schwer vorstellen, dass das heutige ... internationale Quarantänensystem dafür taugt, die Herausforderungen einer hochmobilen Welt im Klimawandel zu bestehen. ... Eine der größten Bewährungsproben für die institutionelle Elastizität der Menschheit wird im Übrigen die Neuregelung der nationalen Fischfangquoten darstellen. Das jetzige System der Hochseefischerei steht auch ohne massive Klima- und Meeresveränderungen (Versauerung!) vor dem Kollaps. ([2] S. 122-123)

„Im Grunde müssten sämtliche Planungsmaßnahmen zu Raumordnung, Stadtentwicklung, Küstenschutz und Landschaftspflege unter einen obligatorischen Klimavorbehalt gestellt und durch geeignete Anhörungsverfahren („Climate Audits“) zukunftsfähig gestaltet werden. Das Gleiche gilt für alle privaten und öffentlichen Infrastrukturprojekte (wie Talsperren und Hafenanlagen), für die Fortschreibung von Verkehrswegeplänen, für regionale Industriepolitik (welche künftige Standortbedingungen antizipieren muss), für die Überarbeitung nationaler Tourismuskonzepte etc. Eine riesige Aufgabe türmt sich beispielsweise vor der EU auf, welche ihr sündteures und ohnehin reformbedürftiges Herzstück – die gemeinsame Agrarpolitik – mit den klimabedingten Veränderungen in Europa und Übersee kompatibel machen muss. Die zuständigen Regierungen und Behörden haben noch gar nicht erfasst, dass da eine gewaltige Lawine auf sie zukommt, bzw. beschlossen, den fernen Donner zu überhören. ... Die oft geführte Diskussion um „Anpassung statt Vermeidung“ erweist sich bei näherem Hinsehen rasch als Scheinalternative. In Wahrheit ist beides unerlässlich: Erhebliche Anpassung an den Klimawandel wird auch bei einer Erwärmung von „nur“ 2 °C notwendig sein. Und ohne eine Begrenzung des Klimawandels auf 2 °C wäre eine erfolgreiche Anpassung an den Klimawandel kaum möglich. Würde es global 3, 4 oder gar 5 °C wärmer, würden wir Temperaturen erreichen, wie es sie seit mehreren Jahrmillionen auf der Erde nicht gegeben hat. Die Grenzen der Anpassungsfähigkeit würden nicht nur für viele Ökosysteme überschritten.“ ([2] S.123-124)

*Einzelne Anteile der Auszüge können auch von Katherine Richardson und Hans Joachim Schnellhuber stammen.*

*Quellen:*

[1] Rahmstorf, Stefan; Richardson, Katerine (2007): *Wie bedroht sind die Ozeane. Biologische und physikalische Aspekte.* - Fischer Taschenbuch. - 9,95 €  
(Im Band wird nicht nur ein Überblick zu den Ozeanen und seinen Lebewesen vermittelt und wie sich alles mit dem Klimawandel verändert, sondern auch zu Umweltgefährdungen wie Ölverschmutzungen

und anderen Belastungen Stellung genommen. Resümiert wird, wie eine günstige und eine zerstörerische Perspektive für die Welt der Ozeane aussehen könnten.)

[2] Rahmstorf, Stefan; Schellnhuber, Hans Joachim (2006): *Der Klimawandel. Diagnose, Prognose, Therapie*. - C. H. Beck. -7,90 €

[3] *Treibhaus Erde*. – Buchbeitrag zum Kirchentag 2005

Webseiten:

<http://www.pik-potsdam.de/~stefan> (Stefan Rahmstorf)

<http://www.pik-potsdam.de> (Potsdam-Institut für Klimaforschung)

Stephan Rahmstorf, Professor für Physik der Ozeane an der Universität Potsdam, ist Mitglied im wissenschaftlichen Beirat Globale Umweltveränderungen (WBGU) und im amerikanischen „Panel on Abrupt Climate Change“. Er ist zudem einer der Leitautoren des 4. IPCC-Berichtes.

(Zusammenstellung: Marko Ferst)

## Gesellschaftlicher Umbau und Lebensweise

### Sozialökologischer Umbau

Judith Dellheim

Wenngleich mit den politischen Strategien „ökologische Modernisierung“, „grüne Marktwirtschaft“ und „New Deal von Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung“ unterstützenswerte Maßnahmen zum Naturschutz, zur Reduzierung von klimaschädigenden Emissionen, von Stoff- und Energieumsätzen, von Flächenverbrauch und Lärm verbunden sind, greifen sie im Unterschied zur Politik eines sozialökologischen Umbaus die Verursacher sozialer, ökologischer und globaler Probleme nicht an.

Der Begriff „sozialökologischer Umbau“, wie er sich in Dokumenten der PDS bzw. der Linkspartei.PDS findet, ist Mitte der 90er Jahre in Kritik am „ökologischen Umbau“ der Grünen entstanden. Sie hat in doppeltem Sinne mit dem Sozialen zu tun:

Mit „sozial“ als gesellschaftlich – im „grünen Verständnis“ von ökologischem Umbau sind die Macht-, Eigentums- und Produktionsverhältnisse marginalisiert bzw. ausgeblendet. Zum anderen mit „sozial“ wie Sozialpolitik – zahlreiche Grüne ordneten die Lebensbedingungen der Bevölkerung konsequenter

Umweltpolitik unter. Die PDS hingegen wollte, dass Politik, die ökologischen Erfordernissen entspricht, mit Gewinn an Lebensqualität einhergeht, vor allem für die am meisten sozial Benachteiligten. Zugleich wollte sie deutlich machen: Umweltpolitik soll demokratisch erfolgen; die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen ist asozial; der Kampf für individuelle Freiheit in sozialer Gleichheit muss zwingend ein Kampf um den Erhalt, die Gesundung und fortwährende Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen sein.

Für dieses Anliegen ist auch der Begriff „nachhaltige Entwicklung“ nicht ausreichend. Nicht deshalb, weil er vielfach neoliberal umgedeutet wurde, sondern weil er auf ein Ausbalancieren sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Interessen auf globaler Ebene zielt. Es geht um die Reproduktion der Weltgesellschaft, aber nicht unbedingt um ihre ganzheitliche Reproduktion, die die soziale Gleichheit all ihrer Mitglieder anstreben muss.

Nunmehr erfährt „ökologische Modernisierung“ zunehmend Verbreitung. Durch Umwelttechnologien und Ressourcenökonomie sollen Vorteile in der globalen Konkurrenz erzielt und zugleich Produzenten- und Konsumentenverhalten vernünftig beeinflusst werden.

„Wer Zukunftsverantwortung und Generationengerechtigkeit ernst nimmt, muss den von Rot-Grün eingeschlagenen Weg der ökologischen Modernisierung fortsetzen. ‚Made in Germany‘ muss in Zukunft ein Label für ökologische Produktion sein. Deutschland als ökologisches Musterland kann zum Anziehungspunkt werden für besonders innovative Betriebe.“ ([3] S. 162)

Die Denkweise ist „weiter so, aber bitte ökologischer“. Im Januar 2006 hieß es dann aus Kuhns Bundestagsfraktion: „Grüne Wirtschaftspolitik hat das Ziel, die Energie- und Rohstoffkosten in den Mittelpunkt der Standortdebatte zu rücken.“ ([2] S. 4)

Diese Logik folgt auch Bundesumweltminister Gabriel mit seinem „New Deal von Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung“: „Dreh- und Angelpunkt eines Modells nachhaltiger Entwicklung muss eine ‚dritte industrielle Revolution‘ werden, in deren Zentrum die Energie- und Ressourceneffizienz steht.“ ([1] S. 9)

Die Kritik richtet sich nicht gegen einen Kurs auf Ökoinnovationen, sondern dagegen, dass die „Interessen der Wirtschaft“ weiterhin dominieren sollen. Sie sollen nur intelligenter werden, vor allem im eigenen Interesse: Mittelfristig geht es um den Gewinn neuer Märkte durch deutsche und EU-europäische Unternehmen und langfristig um die Sicherung hoher Kapitalverwertung. Weil Umbrüche in den gesellschaftlichen Strukturen ausbleiben sollen, geht es zwar um Energieeffizienz, aber nicht um die Orientierung auf die vor allem lokale und regionale Erschließung und Nutzung erneuerbarer Energien. Keineswegs geht es um eine Abkehr von weltmarktgetriebener internationaler Arbeitsteilung: „Wenn China zur ‚Werkbank der Welt‘ wird, Indien sich zum ‚globalen Dienstleister‘ mausert, Russland sich zur ‚Zapfsäule der Welt‘ entwickelt und Brasilien als ‚Rohstofflager‘ und

und ‚globaler Farmer‘ die Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften Asiens mit Eisenerz, Kupfer, Nickel und Sojabohnen versorgt, sollte Deutschland als verantwortungsvoller ‚Energieeffizienz- und Umwelttechniker‘ seinen Platz in der globalen Arbeitsteilung behaupten und ausbauen.“ ([1] S. 9-10)

Weltmarktgetriebene internationale Arbeitsteilung richtet sich nicht nach den Erfordernissen gesunder Ernährung und Bevölkerungsreproduktion.

Während in Brasilien zahlreiche Menschen gegen eine sozial und ökologisch zerstörerische Plantagenwirtschaft zur Produktion von Biokraftstoffen kämpfen und die internationale Unterstützung demokratischer Globalisierungskritiker/innen erfahren, fordert der deutsche Umweltminister, synthetische Kraftstoffe auf der Basis nachwachsender Rohstoffe zu entwickeln (Bundesumweltministerium 2006, S. 5). Schließlich würde die Mobilität weiterhin erheblich wachsen. „Der Verkehr zwischen den Regionen wird sich im Rahmen der neuen internationalen Arbeitsteilung intensivieren. Allein der Luftverkehr wird sich im Vergleich zum Jahr 2003 bis 2020 mehr als verdoppeln.“ ([1] S. 8)

Wer zulässt, dass sich der Luftverkehr verdoppelt, will die Energiemonopole nicht bekämpfen. Wer konsequent gegen globale Erwärmung vorgehen will, kann nicht nur auf neue Antriebstechnologien und Kraftstoffe im Flugwesen setzen, sondern muss Verkehrsreduzierung und -vermeidung anstreben. Damit würde die bestehende globale Arbeitsteilung in Frage gestellt.

Hier setzt „sozialökologischer Umbau“ an. Der Begriff sozialökologischer Umbau beschreibt einen reflexiven, fortwährenden Such- und Transformationsprozess, in dem sowohl die gesellschaftspolitischen Macht- und Eigentumsverhältnisse sowie die gesellschaftlichen Strukturen so verändert werden, dass die sozialen Lebensbedingungen der Menschen erhalten und verbessert werden. Zugleich verändern die Menschen ihre Lebensweisen, insbesondere ihr wirtschaftliches Handeln, so dass ihre natürlichen Lebensbedingungen und die ökologische Mitwelt (Biosphäre) bewahrt werden, gesund und gesund bleiben.

Damit gehen Umbrüche in den Wechselverhältnissen von Wirtschaft und Gesellschaft einher, von Gesellschaft und Natur, der Individuen untereinander – auch und insbesondere in ihren pluralen Geschlechterverhältnissen –, der Individuen zu ihren Körpern und zur Natur. Dabei erfahren die handelnden Akteure, ihr Denken, ihr Instrumentarium und ihr Agieren, ihr Politikverständnis und ihre Politikkonzepte tief greifende Wandlungen. Die Produktions-, Reproduktions- und Regulierungsweisen der Gesellschaft werden bei Anerkennung der Reproduktionserfordernisse der Biosphäre und gesunder menschlicher Individuen so umgebaut, dass die einzelnen Menschen schrittweise selbstbestimmt in Würde und solidarischem Miteinander leben können.

Bei sich weiter zuspitzender dramatischer Problemdimension wachsen der Handlungsdruck der Akteure und die Macht des Zeitfaktors. Grundbedingung für

den erfolgreichen Einstieg und Fortschritt des sozial-ökologischen Umbaus ist die Demokratisierung von Entscheidungsprozessen, wobei sich die Anforderungen an kritische Wissenschaft verändern. ([4])

Quellen:

[1] Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2006): *Ökologische Industriepolitik. Memorandum für einen „New Deal“ von Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung.* - Berlin

[2] Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag (2006): *Grüne Marktwirtschaft. - Diskussionspapier, Wörlitz*

[3] Kuhn, Fritz (2003): *Nachrichten für Optimisten. Ein Buch vom Verändern und Bewahren.* - München

[4] Rosa-Luxemburg-Stiftung (2007): *Internationaler Workshop. - Unveröffentlichte Arbeitsmaterialien, Berlin*

## Was ist Tiefenökologie?

Diana Voigt

Die „tiefe“ Ökologie (Deep Ecology) wurde Anfang der 70er Jahre vom norwegischen Philosophen Arne Naess entwickelt. Er sieht sie als eine Olko-Sophia, als eine weise Art, mit der Erde umzugehen. Sie ist eine ganzheitliche Umweltethik und Umweltphilosophie, mithilfe derer die großen ökologischen, sozialen, politischen und spirituellen Probleme unserer Zeit angegangen werden können.

Arne Naess positioniert die Deep Ecology dabei im Gegensatz zur „shallow“ ecology, der herkömmlichen, naturwissenschaftlich ausgerichteten Ökologie. Diese beschäftigt sich – als außen stehende wissenschaftliche Betrachterin – mit der Organisation und den Lebensmustern von natürlichen Organismen bzw. mit „Reparaturmaßnahmen“, wenn diese ge- oder zerstört sind. Dies ist ein wichtiger Ansatz, trifft aber nicht die Ursache von Störung und Zerstörung in diesen Systemen bzw. in unserer gesamten Mitwelt.

Naess meint, wir müssen das ökologische Denken ausweiten und „tiefe Fragen“ stellen, die bis an die Wurzeln und wahren Ursachen der Weltprobleme gehen. Mit einem ganzheitlichen Blick müssen wir in die Tiefe von sozialen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, ökologischen, seelischen und spirituellen Problemen schauen und die konventionellen Sichtweisen und Antworten auf diese hinterfragen.

Die Deep Ecology möchte damit einen tief greifenden Bewusstseinswechsel, einen Paradigmenwechsel anregen und zu einer ökologischen Lebensweise, einer ganzheitlichen, lebensfördernden Art zu leben beitragen.

Die Ursache für Störung und Zerstörung der Umwelt (eigentlich Mitwelt) liegt für die Tiefenökologie in der Entfremdung und im Bruch der menschlichen Beziehung zur Erde.

Dieser Bruch ist tiefgehend und hat eine lange Geschichte, der sich tief in unser Bewusstsein eingegraben hat und unser Handeln steuert:

## Entfremdung und Kontrolle

Mit dem Einsetzen der Ackerbaukulturen begannen Menschen die Erde zu besitzen, zu kontrollieren und manipulieren – sie war nicht mehr Ort einer selbstverständlichen Fülle, mit der wir eins sind, sondern wird zum Objekt, das wir (be)nutzen. Außerdem hören wir von den patriarchalischen Religionen seit 2000 Jahren, dass Menschen die Krone der Schöpfung seien, aus etwas anderem und Besserem gemacht als alle andere Existenz, und sich diese untertan machen sollten (in einer fehlübersetzten Auslegung der Bibel). Und das 17. Jahrhundert brachte das hierarchisch mechanistische Weltbild, das den zentraleuropäischen Menschen als einziges vom Geist durchdrungenes Wesen postuliert, das mächtig, aber einsam an der Spitze einer maschinenartigen Welt steht.

Denn die nichtmenschlichen Wesen und die Natur sind nicht von Geist durchdrungen, daher unlebendig, tote Materie, ohne eigene Empfindungsfähigkeit, eigenen Wert und Rechtsstatus.

Und schließlich kam noch Darwin, der von den Sozialdarwinisten so interpretiert wurde, dass in einer Welt des Mangels nur der Stärkste, der alle anderen, Schwächeren, erfolgreich verdrängt, überlebt.

So entstand eine Ideologie, die auf Macht, Beherrschung und Unterwerfung fußt. Das anthropozentrische Weltbild der industriellen Wachstumsgesellschaft und die totale Abspaltung von (unserer eigenen) Natur mit ihren katastrophalen Folgen für soziale, wirtschaftliche und ökologische Systeme hatte sich konsolidiert.

## Verbundenheit und „Der große Wandel“

Arne Naess und nach ihm viele andere TiefenökologInnen wie John Seed, Joanna Macy, Fritjof Capra, Vandana Shiva oder Geseko von Lüpke propagieren ein biozentrisches Weltbild, das die Erde als einen Zusammenschluss von Milliarden von lebenden Systemen sieht, die miteinander verbunden und voneinander abhängig sind und von denen die Spezies Mensch eine von vielen ist.

Naess formulierte, um diese Prinzipien klar zu machen, die acht Punkte der Tiefenökologie:

1.) Das Wohlbefinden und Sich-entfalten-Können des menschlichen und des nichtmenschlichen Lebens auf der Erde haben einen Wert in sich selbst. Dieser

Eigenwert ist unabhängig von der Nützlichkeit der Natur für menschliche Zwecke.

2.) Der Reichtum und die Vielfalt der Lebensformen tragen zur Verwirklichung dieser Werte bei und sind ebenfalls als Wert in sich anzusehen.

3.) Menschen haben kein Recht, diesen Reichtum und diese Vielfalt zu verringern, außer um ihre überlebensnotwendigen Bedürfnisse zu befriedigen.

4.) Die gegenwärtigen Eingriffe in die nichtmenschliche Welt durch den Menschen sind übermächtig schädigend, und die Situation verschlechtert sich zunehmend und immer schneller.

5.) Das Wohlbefinden des Menschen und seiner Kulturen und das Überleben der nichtmenschlichen Daseinsformen setzt einen deutlichen Rückgang der Weltbevölkerung voraus.

6.) Für eine tiefgreifende Verbesserung der Überlebensbedingungen sind politische Änderungen nötig. Die bevölkerungspolitischen Instrumente müssen sich ändern. Änderungen beziehen sich ferner auf grundlegende ökonomische, technische und ideelle Strukturen. Der sich daraus ergebende Zustand gesellschaftlichen Zusammenlebens wird sich fundamental vom gegenwärtigen unterscheiden.

7.) Der geistige Wandel bezieht sich hauptsächlich auf die Wertschätzung von Lebensqualität und nicht länger mehr auf steigenden Lebensstandard. Es wird ein sich tragendes Bewusstsein des Unterschieds zwischen Menge und Güte entwickelt.

8.) Diejenigen, die die genannten Punkte befürworten, gehen damit gleichzeitig eine direkte oder indirekte Verpflichtung ein, an diesem Versuch teilzunehmen, die nötigen Veränderungen durchzusetzen.

Die Tiefenökologie spricht also von nicht weniger als einem Paradigmenwechsel, oder wie Joanna Macy es nennt, vom „Großen Wandel“, der nötig ist, um eine zukunftsfähige Welt zu gestalten. Der zentrale Begriff und das zentrale Werkzeug dafür lautet WIEDERVERBINDEN mit allem, was ist.

In dem Moment, in dem sich Menschen wieder als Teil eines lebendigen Planeten sehen, als involvierte/n und auch abhängige/n TeilhaberIn, beginnt ein vor allem emotionaler Prozess des tiefen Verstehens, des Mitfühlens und des Wunsches nach Veränderung. In diesem Augenblick erhalten unangenehme, ängstliche oder schmerzhaft gefühlte Angesichts von „Umweltproblemen“ (deren Verdrängung sehr viel Kraft braucht) eine wertvolle Wächterfunktion. Wie der Schmerz, wenn wir den Finger über eine Kerzenflamme halten, uns warnt, zeigt uns „der Schmerz für die Welt“, dass etwas in bestimmten Bereichen nicht in Ordnung ist, und kann uns in Bewegung bringen. Die Erlaubnis, (für) die Welt zu fühlen, öffnet in uns (wieder) eine Lebendigkeit, Kraft und Liebe, die Ressource für positive Aktionen der Veränderung und Verbesserung werden kann.

## Die Welt lieben lernen

Die zentrale Frage, die Arne Naess dabei stellte, lautet: „Wie kann ich auf eine Weise leben, die gut für mich, für andere und den Planeten ist?“ Diese Frage ist eine ökologische, eine politisch-soziale, im Kern aber eine emotionale, vielleicht eine Frage der Liebe zum und für das Leben.

Um sie zu beantworten und jene Prozesse verstehen zu lernen, bietet die Tiefenökologie eine Reihe von bewusstseinsbildenden Übungen und Praktiken, die persönliches Wachstum, Verbindung mit (aller) Lebendigkeit und persönlicher Verantwortung fördern und stärken.

Zusammen mit den angeborenen menschlichen Eigenschaften von Kopf (unseren intellektuellen Fähigkeiten, Probleme zu erkennen und Lösungsansätze zu finden), Hand (unsere körperlichen Fähigkeiten, an Veränderung mitzuarbeiten), Herz (unsere emotionalen Fähigkeiten, uns einzufühlen und für Gerechtigkeit zu engagieren) und Spirit (eine spirituelle Anbindung, mit der wir uns als Teil eines größeren Ganzen erkennen) können wir eine überlebensfähige, nachhaltige, gerechte und freudige Welt schaffen. Damit ist die Tiefe Ökologie Teil einer immer größer werdenden internationalen Bewegung, in der Menschen auf unterschiedlichste Art im ökologischen, sozialen, politischen, wirtschaftlichen, seelischen und spirituellen Bereich für diese Ziele kämpfen.

### Tipps zum Weiterlesen:

Gottwald, Franz-Theo, Andrea Klepsch: Tiefenökologie. Wie wir in Zukunft leben wollen. Diederichs, 1995

Harding, Stephan: Animate Earth Science, Intuition and Gaia Green Books, 2006

Luepke, Geseko von (HG.): Politik des Herzens. Nachhaltige Konzepte für das 21. Jahrhundert. Arun Verlag, 2003

Macy, Joanna, Molly Young-Brown: Die Reise ins Lebendige Leben. Strategien zum aufbau einer zukunftsfähigen Welt. Junfermann, 2003

Naess, Arne: Ecology, Community and Lifestyle. Cambridge University Press, 1989

Weber, Andreas: Alles Fühlt. Mensch, Natur und die Revolution der Lebenswissenschaften. Berlin Verlag, 2007

*Quelle: Lieger, Nicole; Schuster, Klaus; Voigt, Diana (Zusammenstellung, 2007): Tiefenökologie. – Sustainable Austria Nr. 41 (Dez. 2007): 2-4. - In: sol. Menschen für Solidarität . Ökologie . Lebensstil 130 (Dez. 2007): 2-4*

## Das Ökodorf Sieben Linden

Dieter Halbach

### Selbstverständnis

Das Ökodorf Sieben Linden ist eine Lebens- und Dorfgemeinschaft für bis zu 300 Menschen, in der unterschiedliche Wege einer zukunftsfähigen und solidarischen Lebensweise erprobt werden. Es entsteht als eine neue und eigenständige genossenschaftliche Siedlung in der Nähe des Dorfes Poppau in der Altmark/Sachsen-Anhalt (zwischen Salzwedel und Wolfsburg). Alle BewohnerInnen sind Miteigentümer des Geländes und der gemeinsamen Infrastruktur und bestimmen über die Entwicklung des Dorfes mit. Zur Zeit leben dort 120 Menschen, davon über 30 Kinder. Es ist ein Ort des Lernens und des persönlichen Wachstums, offen für Suchende, die keine fertigen Antworten brauchen. Die gemeinsamen Ziele einer ökologisch, sozial und global gerechten Lebensweise stellen radikale Fragen an jeden Einzelnen von uns. Wie in einem gesellschaftlichen Mikrokosmos spiegeln sich die grundlegenden Themen der Welt in unserer Gemeinschaft realitätsnah und praxisbezogen wieder. Da wir keine für alle verbindliche Weltanschauung oder geistige Führung haben, die uns den Weg weisen könnten, erleben wir öfter einen Mangel an Einigkeit und Klarheit. Doch aus diesem Mangel entsteht auch unsere große Stärke: das Aushalten und das freudige Spiel der Fragen und der Widersprüche in uns und zwischen uns. Wir entwickeln immer mehr eine Kultur der „Einheit in der Vielfalt“. Hinter den Gegensätzen lernen wir das Verbindende und die gegenseitige Ergänzung zu sehen. In dieser Lebensschule braucht es vor allem eine ehrliche Kommunikation mit sich selbst und den anderen.

### Gemeinschaftsleben

Wir sind eine Gemeinschaft von kleinen Gemeinschaften und vielen feingliedrigen Vernetzungen untereinander. Aber wir pflegen auch das Gefühl für die große Gemeinschaft, z. B. in unseren gemeinsamen Intensivzeiten, im Großforum, in Festen oder in der Vollversammlung. Es braucht bei aller Vielfalt immer wieder auch einen gemeinsamen Rahmen, vor allem eine Bereitschaft zur Verständigung und zur eigenen Entwicklung. Im Film scheinen die einzelnen Stimmen oft eher unverbunden nebeneinander zu stehen. Was aber verbindet uns in Sieben Linden? Was ist das Herz einer Gemeinschaft? Es ist die Kommunikation, der Raum zwischen den Personen und Meinungen. Erst durch seine Pflege können Unterschiede statt zu Trennung und Konflikt zu Kooperation und Entwicklung neuer Lösungen führen. Eine



Entwicklung war z. B. nach über 10 Jahren Auseinandersetzung ein friedensstiftender Kompromiss in der Frage der Tierhaltung. Die Gemeinschaft als Ganzes verzichtet jetzt auf Schlachtungen und nicht artgerechte Haltung. Das bedeutet aber nicht die Aufgabe der eigenen inhaltlichen Position und den Verzicht auf den persönlichen Verbrauch tierischer Produkte. Es ist eine Einigung im gegenseitigen Respekt vor den weiterhin bestehenden Unterschieden. Eine grundlegende dezentrale Organisationsform sind unsere zzt. 8 Nachbarschaften, die unterschiedlich intensive Formen des miteinander Wohnens oder auch Arbeitens und Teilens erproben. Silke und Martin, die beiden Hauptdarsteller des Films, haben mit dem Club 99 die radikalste Nachbarschaft gegründet (zur Zeit mit 5 festen Mitgliedern). Hier gelten eigene Werte und Regeln, wie z. B. vegane Ernährung, gemeinsame Ökonomie, stromfreie Zone, offene Beziehungen usw. Doch auch diese Regeln sind im Rahmen des Experiments und der Zielsetzung einer 10 % Reduktionsvorgabe im Ressourcenverbrauch immer der Veränderung ausgesetzt. Das neue Haus des Clubs 99 wurde bewusst an der Grenze zur nächsten Nachbarschaft geplant, es wird mit Maschinen gebaut und die BewohnerInnen sind zur Hälfte keine Clubmitglieder, sondern Freunde und Partner, die auch andere Werte leben.

Allgemein werden die Grenzen und Unterschiede im Zusammenleben immer durchlässiger, je ehrlicher wir kommunizieren und die Menschen hinter den Ideen kennenlernen. Auf diese Kommunikation und gegenseitige Wahrnehmung verwenden wir viel Zeit und Aufmerksamkeit. Eine Methode, die wir oft praktizieren, ist das im Film gezeigte „Forum“. Hier geht es darum, dass ein Mensch sich vor dem Kreis der Gemeinschaft zeigen und öffnen kann, damit alle ihn sehen können „so wie er ist.“ Es ist ein Raum des Vertrauensaufbaus, denn einen Menschen ganz sehen zu können, bewirkt fast immer Verständnis und Mitgefühl. Das Forum ist also ein geschützter und respektvoller Raum der Wahrnehmung. Es dient nicht der Konfliktbewältigung oder der direkten Kommunikation, wie durch die Bemerkungen im Film der Eindruck entstehen könnte. Dafür verwenden wir andere ergänzende Methoden wie z. B. gewaltfreie Kommunikation, Dialoggespräche, Meditation, Redestab-Runden, systemische Aufstellungen, Tiefenökologie, Wahrnehmungsübungen und suchen darüber hinaus immer wieder das direkte Gespräch von Du zu Du.

Alle diese Methoden haben eine gemeinsame Ausrichtung: Uns gegenseitig wahrnehmen und respektieren zu können. So entsteht ein neues Bild von Gemeinschaft jenseits von Kollektivismus und Individualismus: Wir begleiten und unterstützen uns auf unserem individuellen Weg. Eine Gemeinschaft ist dann stark und lebendig, wenn jeder Einzelne sein volles Potenzial einbringen kann - und darin Unterstützung findet, statt Neid und Konkurrenz. Erst wenn jeder seinen Platz in der Gemeinschaft finden kann, wird „das Ganze mehr als die Summe seiner Teile.“

## Leben mit Kindern

In den afrikanischen Stammeskulturen wird gesagt „Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind groß zu ziehen.“ In Sieben Linden können wir erleben, was damit gemeint ist. Es ist ein großes Glück miterleben zu können, wie frei und lebendig sich unsere Kinder hier entfalten können. Im Film gibt es viele harmonische Bilder von Kindern, aber es überwiegen die negativen Kommentare (von Nichteltern) zur Kindersituation. Natürlich ist das Ökodorf keine heile Kinderwelt. Es gibt auch hier Langeweile und Unglück, es gibt grenzüberschreitende Kinder und überforderte Erwachsene. Es gibt Konflikte in den Familien und in der Gemeinschaft zu Erziehungsfragen und natürlich jede Menge Entwicklungspotenzial und Bedarf. Aber das alles ändert nicht die folgende grundlegende Situation:

- Die Kinder finden hier einen sozialen und natürlichen Ort vor, in dem sie sich geschützt vor Gewalt, Autos, Werbung und Stress durch ständige Alltagsorganisation und Verbote bewegen können. Sie können ihre eigenen Erfahrungen sammeln und sich überallhin frei bewegen. Ihr Wissen z. B. über die Natur, die Pflanzen und Tiere hier ist faszinierend. Sie erfinden ihr eigenes Leben und erhalten Unterstützung, wenn sie es brauchen. Ansprechpersonen gibt es dafür im Alltag der Gemeinschaft zahlreich.
- Die Kinder wachsen in einer großen Gemeinschaft auf, in der sie vielfältige Anregungen erhalten. Sie suchen sich ihre Bezugspersonen, ihre Lieblingsoma, ihre Lehrer oder ihre jugendlichen Freunde. Sie entwickeln so eine starke soziale Kompetenz und ein Vertrauen in andere Menschen und in die Kraft von Gemeinschaft. Sie lernen ständig über alle grundlegenden Themen der Zukunftsfähigkeit, die in der Gemeinschaft besprochen werden. Sie lernen auch von den vielen Gäste aus nah und fern, nehmen an deren Vorträgen teil und stellen Fragen.
- Die Kinder leben zwar bei ihren Eltern und sind dennoch eingebettet in die Gemeinschaft als ihrer Großfamilie. Besonders bei Trennung der Eltern können sie sich weiter auf beide Eltern, ihr gewohntes Umfeld und ihre Freunde beziehen. Auch die Eltern erhalten Unterstützung in ihren inneren Prozessen und in praktischer Nachbarschaftshilfe. Mein Eindruck ist immer eine Kooperation der Eltern auch nach den Trennungen und ein relativ leichtes Teilen von alltäglichen Situationen. Diese bleibende Verbundenheit hat eine große heilende Wirkung auf die Kinder und unser gesamtes Zusammenleben, da die neuen Partner ja oft auch am Ort leben. Immer wieder sehen die Kinder, wie sich Menschen aufeinander beziehen können, die - wie z. B. der verlassene und der neue Partner - Konflikte miteinander haben oder hatten.

Diese Punkte haben in meinen Augen – und verglichen mit der gesellschaftlichen Situation von Familien und Kindern - einen unschätzbaren Wert. Darüber

hinaus gibt es vielfältige Initiativen des Ökodorfes im Bereich Bildung und Erziehung:

- Es wurde eine Freie Grundschule und eine Ganztagschule mit gegründet.
- Ein Waldkindergarten ist vor Ort angesiedelt und bietet seine Dienste an.
- Jedes Jahr werden hier mehrere (dieses Jahr 12) Stellen für ein Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) angeboten. Auch Schulklassen kommen regelmäßig für Projektwochen her.
- Es gibt hier viele eigene Lernangebote für Kinder wie Tanz, Musik, Reiten, Werken usw.

Eine besondere Freude ist es für uns, dass immer mehr junge Menschen hierher ziehen. Mittlerweile haben sie eine eigene Nachbarschaft gegründet, die auch die jährlich wechselnden FÖJ-Kräfte betreut. Die Vision ist es, eine eigene Lebensschule mit Internat für junge Leute zu gründen. Also auch hier schließt sich langsam eine Lücke zwischen unseren ältesten Kindern (12 Jahre) und den jüngeren Jugendlichen (17 Jahre). Beide Seiten sind schon jetzt sehr aneinander interessiert und vor allem unsere Kinder blicken neugierig zu den Jugendlichen auf und suchen ihre Freundschaft. Das Ökodorf ist ein guter Ort für Kinder und Jugendliche. Sie suchen und brauchen Gemeinschaft!

## Gesellschaftliches Engagement

Das Ökodorf bildet als eine neu gebaute Modellsiedlung den Rahmen für die Erprobung innovativer sozialer, ökologischer und spiritueller Ansätze. Die Idee war es, einen Ort zu schaffen, an dem diese Lösungsansätze gebündelt und praktisch und menschlich erforscht werden können. Es sollten nicht andere Menschen mit anderen Werten überzeugt oder gar unfreiwillig einbezogen werden. Daraus ergibt sich ein gewisser „Inselcharakter“ des Modells. Manchmal vergessen wir auch bei allen internen Prozessen die Welt „da draußen“. Im Film erscheinen diese Verbindungen mit der Welt kaum vorhanden. In Wirklichkeit ist es eine starke wechselseitige Verbindung.

Schon die Entstehungsgeschichte zeigt die vielfältige Zusammenarbeit mit der Gesellschaft. Entstanden aus den sozialen Bewegungen im Westen seit den 60er Jahren, wäre die Verwirklichung eines eigenen Dorfes nie alleine möglich gewesen. Insbesondere die Mitwirkung der Gemeinde, der Region, der Verwaltung und der Politik war schon planungsrechtlich die Voraussetzung einer Realisierung. Aber auch ohne die Maueröffnung und die globale Anerkennung der Nachhaltigkeitsstrategie wäre unser Dorf nie entstanden. Konkret war es 1996 die Verleihung des TATorte Preises der Deutschen Bundesstiftung Umwelt für „nachhaltige Gemeindeinitiativen in den neuen Bundesländern“ die uns das Startsignal zur erfolgreichen Standortsuche gab. Indem wir in den strukturschwachen Gebieten Themen sowohl der sozialen, ökonomischen und ökologischen Nachhal-

tigkeit aufgriffen, konnten wir mit offizieller Unterstützung auf einer gesellschaftlichen Welle reiten. Die Gemeinde Bandau/Poppau als Ort unserer Wahl wurde dann letztendlich unsere „erweiterte Gemeinschaft“, die uns einlud, unser Dorf in respektvoller Nachbarschaft aufzubauen, und mit der wir bis jetzt den Weg immer kooperativ gehen konnten. Zwei Mitglieder unserer Gemeinschaft sind mittlerweile (nicht nur von uns) in den Gemeinderat gewählt worden.

Seit der Dorfgründung 1997 liegt der Schwerpunkt unseres gesellschaftlichen Engagements in der Vermittlung unseres Beispiels an eine interessierte Öffentlichkeit und unsere vielen Besucher und Gäste. Wir sind ein sehr offener Ort, in dem ständig Führungen unterschiedlichster Gruppen stattfinden, Fernseheteams umherziehen und Gäste zu allen Themen in unserem Seminarbetrieb lernen oder in Mitmachprojekten sich beteiligen können. Für die Arbeit sind wir als offizielles Projekt der UN-Dekade „Bildung für Nachhaltigkeit“ anerkannt ([www.dekade.org](http://www.dekade.org)).

Diese sehr lebendige und effektive Bildungsarbeit wird ergänzt von vielen gesellschaftlichen Initiativen, die wir teilweise selbst gegründet haben. Unser Bild der Gesellschaftsveränderung ist nämlich nicht, wie der Film bzw. einzelne Statements darin nahe legen könnten, dass alle Menschen in solchen Gemeinschaften und Ökodörfern leben sollen und dann das „alte System“ von alleine zusammenbricht. Im Gegenteil halten wir breite Bündnisse und eine Vielfalt von Aktionen und Veränderungsstrategien für notwendig. Wir beteiligen uns deshalb an folgenden Initiativen:

- Netzwerke für ein anderes Leben. Wir arbeiten in der Vernetzung der deutschen Gemeinschaften und im Global Ecovillage Network ([www.gen-europe.org](http://www.gen-europe.org)) mit. Dort wurde mit unserer Beteiligung auch das erste weltweite Curriculum zum Aufbau von Gemeinschaftsprojekten „Ecovillage Design Education“ (EDE) entwickelt und im Ökodorf und in anderen Gemeinschaften mit Erfolg angeboten. Mit unserem eurotopia-Verzeichnis über Gemeinschaften und Ökodörfer in Europa ([www.eurotopia.de](http://www.eurotopia.de)) und in unserer Zeitschrift Kurs-kontakte/eurotopia ([www.kurskontakte.de](http://www.kurskontakte.de)) kann man sich aktuell über Gemeinschaftsprojekte informieren. Die bundesweite Aufbruchinitiative zur persönlichen und politischen Entwicklung einer zukunftsfähigen Lebensweise wurde von uns mit gegründet ([www.anders-besser-leben.de](http://www.anders-besser-leben.de)). Wir haben uns mit unseren Pilothäusern für die Legalisierung der Strohballenbauweise eingesetzt und den „Fachverband Strohballenbau Deutschland“ mit gegründet ([www.fasba.de](http://www.fasba.de)). Wir haben an der empirischen Studie der Uni Kassel zur Erforschung der Nachhaltigkeit in Gemeinschaften teilgenommen und im Vergleich die besten Werte erhalten ([www.usf.uni-kassel.de](http://www.usf.uni-kassel.de)). Wir sind im Vorstand der „Gesellschaft für angewandte Tiefenökologie“ ([www.tiefenökologie.de](http://www.tiefenökologie.de)) und im Ku-

ratorium der Stiftung TRIAS ([www.stiftung-trias.de](http://www.stiftung-trias.de)) vertreten. Dort setzten wir uns für die breite gesellschaftliche Umsetzung von Mehrgenerationenprojekten und gemeinschaftlichen Wohnprojekten ([www.wohnprojekte-portal.de](http://www.wohnprojekte-portal.de)) ein. Für das gesamte Spektrum kooperativer Projekte bieten wir Beratung an ([www.gemeinschaftsberatung.de](http://www.gemeinschaftsberatung.de)).

- Politisches Engagement. Neben gesellschaftlichen Alternativen braucht es aber auch die Entwicklung von Gegenmacht und zivilgesellschaftlichen Bewegungen. Wir nehmen teil an den deutschen und europäischen Sozialforen, den McPlanet-Kongressen, den globalisierungskritischen Protesten z. B. beim G8-Gipfel und den Anti-Castor-Aktionen und sind Mitglied bei ATTAC.
- Regionales Engagement. Wir sind Mitglied im „Bundesverband der Regionalinitiativen“ und beteiligen uns am jährlichen „Tag der Regionen“ unter dem Motto „Wurzeln in einer globalisierten Welt“ ([www.Tag-der-Regionen.de](http://www.Tag-der-Regionen.de)). In unserer Region haben wir die Bürgerinitiativen „Die Bahn bleibt“, „Keine Putenmastanlage“ und die Initiative für eine gentechnikfrei Zone mit entwickelt. Über das Programm „Regionen aktiv“ haben wir die regionalwirtschaftlichen Ansätze der Strohballenbauweise und neuer Techniken für die Pferdearbeit entwickelt. Ein Forschungsprojekt zur besseren Koordinierung und Vermarktung regionaler Bioprodukte wurde von uns durchgeführt.

Diese Beispiele sollten deutlich machen, dass es uns nicht nur um ein gutes Leben für uns selbst geht und dass zu den persönlichen Veränderungen unserer Lebensweise immer auch das gesellschaftliche Engagement gehört. Solche offenen und innovativen Gemeinschaftsprojekte könnten als eine Art neuer NGO gesehen werden, die verbunden mit ihrem Engagement nach außen auch die besondere Ausstrahlungskraft eines gelebten Beispiels bietet. Eine neue Form der politischen Organisation also, die lebt, was sie verkündet. Und die offen ist für immer neue Entwürfe und Träume.

Wir sind deshalb froh, an der Initiative des Gesellschaftsprojekts und des Festivals „uebermorgen“ teilnehmen zu können, und hoffen, viele Menschen auf ihrem Weg inspirieren zu können.

*Dieter Halbach (Ökodorf 7 Linden) - Netzwerkkoodinator von „Menschen Träume Taten“*  
[www.oekodorf7linden.de](http://www.oekodorf7linden.de),

*Email: [d.halbach@siebenlinden.de](mailto:d.halbach@siebenlinden.de)*

## **Menschen, Träume, Taten**

### **Das Ökodorf Sieben Linden**

**von Andy Stiglmayr (Film, 90 Minuten, März 2008)**

Auf der Suche nach einem zukunftsorientierten Gesellschaftsentwurf stieß Filmemacher Andi Stiglmayr in der Altmark - 150km westlich von Berlin - auf die vor 10 Jahren gegründete Modellsiedlung "Sieben Linden". 120 Menschen haben sich zu unterschiedlichen Nachbarschaften zusammengefunden und versuchen dort, die verschiedenen Bereiche des Lebens - wie Arbeit, Freizeit, Kommunikation, Heilung, Bildung, Ökonomie, Ökologie und Kultur - miteinander zu verbinden.

Einfühlsam, aber nicht beschönigend erzählt der Film anhand des Alltags und der Gedanken zweier Mitgründer des Dorfes von den Herausforderungen des Gemeinschaftslebens mit seinen persönlichen, ethischen und ökologischen Ansprüchen, sowie von Zwiespälten, Erfolgen, Verirrungen und den täglichen Begegnungen von Menschen, die einen anderen Weg gehen als den üblichen.

Nach dem bundesweit erfolgreichen Kinofilm "Der bayerische Rebell" über den eigenwilligen Liedermacher Hans Söllner stellt Stiglmayr nun ein Projekt vor, in dem die Sehnsüchte einzelner Menschen praktikable, nachhaltige Lösungen für ein gelungenes Lebensmodell hervorbringen.

Bestellung: [www.fechnermedia.de](http://www.fechnermedia.de),

Tel. 07462 9239220

## **Feldbefreiung**

### **Monika Jarju**

Hier, zwischen gleichgültigen Winden sichten  
Schmetterlinge Einzelheiten verschwundener Gene  
Das ganze unsichere Terrain alter Erde & Erbe

im Oderbruch beschrifteten Bauern Felder neu  
bestimmen nachhaltige Distanzen  
Eins, zwei, drei -

ritt die Sonntagspolizei über giftgelben Feldrand  
knisterten Schlagstöcke, schlugen Pollensaat windig  
jagten Anrainer, Reiniger & Feldherren barfüssig

über verfluchte Furchen und Pfüthen  
sperrten grüne Bauern hinter Gitter & Schmetterlinge  
- bald eine getilgte Erinnerung

*Quelle: Wolken im Wandel. Gedichte  
(Anthologie mit verschiedenen Autoren)*

# Zur Programmdiskussion

## In 50 Jahren ist alles vorbei

**Götz Brandt**

### Ein Beitrag zur Programmdiskussion

Was Otto Reutter für ein Einzelschicksal besang, gilt heute für die Menschheit, zumindest für die Bevölkerung der Industrienationen. Zukunftsforscher haben die Höllenszenarien aufgelistet, die unsere Enkel erwarten: Klimaveränderung und damit Wärmetod, Übervölkerung und damit Hungertod, Umweltverschmutzung und damit Ökotox, Rohstoffkriege und damit Atomtod, Kollaps des neoliberalen Kapitalismus durch Rohstoffmangel.

Niemand kann sagen, welche Katastrophe zuerst eintritt. Es gibt aber wissenschaftliche Berechnungen, wann die Rohstoffe, ohne die die Industrie nicht produzieren kann, zu Ende gehen. In 50 Jahren wird es erhebliche Probleme bei der Versorgung mit Rohstoffen geben. Wahrscheinlich ist aber, dass in 50 - 70 Jahren fast gleichzeitig drei existenzielle Grenzen erreicht werden: die Umweltgrenze, die Rohstoffgrenze und die Energiegrenze, die der Entwicklung der Menschheit gesetzt werden.

Den ersten Warnschuss erhielten die Industriegesellschaften durch den Bericht des Club of Rome 1972 „Die Grenzen des Wachstums“. In diesem Bericht wurde auf die Endlichkeit der Rohstoffe hingewiesen. Als nach 20 Jahren noch kein Unternehmer und keine Regierung diesen Bericht ernstgenommen hatten und nach wie vor Wachstum gepredigt wurde, hat der Club of Rome einen neuen Bericht 1992 „Die neuen Grenzen des Wachstums“ veröffentlicht. Angesichts der Tatsache, dass Politik und Wirtschaft voll damit beschäftigt sind, die Krise noch zu verschärfen und 80 % aller Produkte nach einmaliger Benutzung weggeworfen werden, war im zweiten Bericht eine Effizienzrevolution vorgeschlagen worden.

Die Ressourcenproduktivität sollte vervierfacht werden, um den Naturverbrauch zu halbieren und den Wohlstand zu verdoppeln. Schmachhaft wurde die vorgeschlagene „Effizienzrevolution“ den Unternehmern damit gemacht, dass sie trotzdem rentabel wäre. Es wurden 50 Beispiele gebracht, wie das möglich wäre, aber gleichzeitig eingeschätzt, dass „viele der Ideen und Produkte, die wir in diesem Buch vorstellen, ... auf den Weltmärkten unter heutigen Bedingungen noch nicht so rentabel sind, dass sich massive Kapitaleinsätze sofort auszahlen würden“. „Das Kapital sucht Plätze höchster Gewinnspannen“, und die bieten sich nach dem Club of Rome in „den

fantastischen Möglichkeiten im Bereich der Ressourcenausbeutung“.

E. U. von Weizsäcker, einer der Verfasser des Berichts, kommt zu dem Schluss: „Leider treten wir damit allen auf die Füße.“ und weiter: „Selbst objektiv verfügbare Potenziale von Ressourceneffizienz werden von den Kapitaleignern links liegengelassen, wenn sie noch die Chance haben, ihre Investitionen gewinnbringend abzuschreiben.“

Von den Kapitaleignern ist also nicht zu erwarten, dass ein Kurswechsel erfolgt und der Rohstoffverbrauch auf ein Zehntel gesenkt wird, was notwendig ist, um auch späteren Generationen wenigstens etwas von den Rohstoffen übrig zu lassen. „Der begrenzte Zeithorizont der Wirtschaft – Zeit, in der sich Kapital rentiert – ist identisch mit ihrer Gewisslosigkeit im Umgang mit der Natur und den Nachkommen. Dabei ist zu beachten, dass heute 10 Jahre für ein Jahrhundert in früheren Epochen stehen. Die Horrorszenarien gelten vor allem für die Nordamerikaner und Europäer. Sie verbrauchen 80 % der Weltressourcen und haben nur 20 % der Weltbevölkerung. Im Jahre 2000 verfügten nur 16 % der Weltbevölkerung über 67 % aller in der Welt produzierten Güter und Dienstleistungen. Die reichsten Länder mit lediglich 15 % der Weltbevölkerung kontrollieren 80 % des Welteinkommens. 50 % der Weltbevölkerung erhalten lediglich 5 % des Welteinkommens. In unserer heutigen Welt müssen 85 % der Menschheit in Armut oder absolutem Elend leben, damit 12 % in guten Verhältnissen leben (wozu auch wir gehören) und 2 – 3 % ihren Reichtum genießen können (Fonseca, R.).

Die Katastrophen, die auf uns zukommen, treffen vor allem die Industrienationen, die ihren Besitzstand durch weitere Ausbeutung der Dritten Welt wahren wollen. „Es wird geschätzt, dass die ländliche Bevölkerung der Dritten Welt 90 % ihrer Bedürfnisse durch die in ihrer Region befindlichen biologischen Vorkommen abdeckt und 60 % der Weltbevölkerung von Selbstversorgung abhängt, sowie 80 % von ihnen Heilpflanzen zur Gesundheitsvorsorge nutzen“ (Jörg, C.).

Die Industriegesellschaften produzieren dagegen fast vollständig auf der Grundlage von nicht erneuerbaren Rohstoffen, zumeist Importe. Die Rohstoffkatastrophe wird zuallererst die USA-Industrie treffen, weil sie den größten Anteil am Rohstoffverbrauch hat. In Prozent am Gesamtverbrauch auf der Welt hatten die USA bereits 1977 folgenden prozentualen Anteil: Erdgas 63, Kohle 44, Aluminium 42, Molybdän 40, Nickel 38, Erdöl und Kupfer 33, Kobalt 32, Platingruppe 31, Eisen 28, Silber Gold und Zink 26, Blei 25, Zinn und Quecksilber 24. Bei nur wenigen Rohstoffen reicht die eigene Produktion zur Befriedigung dieses Bedarfes aus (Schuhmacher, E. F.). Diese Situation, die sich in den vergangenen 25 Jahren noch verschärft hat, erklärt die militärische Invasion in „Terroristenländern“, die diese Rohstoffe besitzen.

Das wesentliche Rohstoffproblem ist die Energieversorgung. Das jährlich nachwachsende Holz als er-

neuerbare Energiequelle reicht beim heutigen Lebensstandard für etwa 1 Mrd. Erdenbewohner aus. Es sind bekanntlich sechsmal so viel.

Wie lange reichen noch die fossilen Brennstoffe? In der historischen Perspektive wuchs der Energieverbrauch erst um 1850 merkbar. Innerhalb von 90 Jahren vervierfachte er sich bis 1940. Erst nach dem 2. Weltkrieg begann der Energieverbrauch an Kohle, Erdöl und Erdgas exponentiell zu wachsen und verfünffachte sich in nur 35 Jahren. Die fossilen Brennstoffe reichen beim gegenwärtigen Verbrauch noch etwa 150 Jahre, wobei Erdöl und Erdgas in etwa 60 Jahren zur Neige gehen. Letztere decken zurzeit etwa  $\frac{2}{3}$  des Energiebedarfs.

Die Kohlevorräte reichen zwar noch länger, etwa 400 Jahre beim gegenwärtigen Verbrauch. Aber sie werden nach dem Ende der Ölausbeute verstärkt genutzt und mit ihrer Kohlendioxidproduktion die Atmosphäre überlasten und so den Klimasturz herbeiführen.

Seit 1945 hat sich der Brennstoffverbrauch verdreifacht und in den nächsten 30 Jahren wird er sich von jährlich 7 Mrd. t Steinkohleeinheiten wiederum verdreifachen auf 21 Mrd. t (Schuhmacher, E. F.)

Nur 5 % der weltweit erzeugten Energie ist nuklearen Ursprungs. Selbst wenn sie in den nächsten 40 Jahren verdreifacht würde, dann wären es nur 7,5 % Anteil an der Weltenergieproduktion. Uran wird gleichzeitig wie die fossilen Brennstoffe erschöpft sein und noch etwa 50 Jahre zur Verfügung stehen. Also auch diese Energiequelle ist nicht unerschöpflich. Außerdem hat noch keine Nation das Problem der Endlagerung der nuklearen Abfälle gelöst, die noch mindestens 25 000 Jahre strahlen werden.

Nun gibt es Kritiker der Berichte des Clubs of Rome, die sagen, dass es in der Erdrinde noch Mineralien für Tausende Jahre gibt, und man solle die Situation nicht so dramatisieren. Sie vergessen aber, dass die Rohstoffe immer schwerer zugänglich werden, ihr Konzentrationsgrad abnimmt und deshalb höhere Ausbeutungskosten entstehen und damit höhere Rohstoffpreise. „Erschöpft“ ist eine Ressource auch dann, wenn sie „unzugänglich oder unerschwinglich teuer“ geworden ist (Sakar, S.). Jedenfalls werden die reichsten Vorkommen mit hohem Konzentrationsgrad in 50 Jahren aufgebraucht sein. Es kommt der Zeitpunkt, an dem es mehr Energieaufwand erfordert wird, Erdöl und Erdgas zu fördern, als im geförderten Rohstoff Energie enthalten sein wird. Selbst wenn die Rohstoffvorräte doppelt so groß sind, wie zurzeit angenommen, dann könnte die Industrieproduktion eben noch 20 Jahre länger „wachsen“ und der Rohstoffmangel würde sich dann um so deutlicher und schneller einstellen.

Nun wird eingewendet, dass uns ja die unerschöpfliche Sonnenenergie zur Verfügung steht und die ersten Solaranlagen schon produzieren. Aber man muss hier nach Georgescu-Roegen zwischen „machbaren“ und „lebensfähigen“ Technologien unterscheiden. Lebensfähig ist eine Technologie, die sich selbst reproduzieren kann. Wenn eine Techno-

logie mehr Energie einer anderen Form verbraucht, als sie direkt produziert, dann ist sie zwar machbar, aber nicht lebensfähig, d. h. „parasitär“.

Erst wenn ein Solarkraftwerk die Fabrikanlagen betreiben kann, die die gesamte Ausrüstung eines Solarkraftwerkes der gleichen Kapazität und den Ersatz für die eigenen verschlissenen Produktionsmittel herstellt, dann ist es lebensfähig. Dafür wurde bisher der Beweis noch nicht erbracht. Die Energierücklaufzeiten (energy-payback-time) müssen unter Einbeziehung aller Aufwendungen „von der Wiege bis zur Bahre“ errechnet werden (Schmidt-Bleck). Zum Beispiel lassen die Kosten für die Erzeugung von Atomstrom einschließlich Abbau der verschlissenen Werke und die mindestens 25 000 Jahre langen Lagerung der strahlenden Abfälle diese Energiegewinnung völlig unrentabel erscheinen. Am ehesten wird noch die Biogasgewinnung aus biologischen Abfallstoffen „lebensfähig“ sein, weil hier die Sonnenenergie durch die Pflanzen gesammelt wird und nicht durch Kollektoren.

Auch die Landwirtschaft verbraucht endliche Naturschätze. Besonders nach dem 2. Weltkrieg stieg der Mineraldünger- und Pestizidverbrauch stark an, er verdreifachte sich. Die 4 wichtigen Düngemittel sind Kali, Phosphor, Stickstoff und Kalk. Die Kalivorräte reichen noch etwa 50 Jahre, wohingegen Rohphosphat noch etwa 400 Jahre zur Verfügung steht. Eine Tonne Stickstoff benötigt 1 Tonne Erdöl und 300 kWh Strom. Wenn dann noch etwa die Hälfte des Stickstoffdüngers verloren geht und sich im Grundwasser wieder findet, wird auch hier die Endlichkeit dieses aus der Luft gewonnenen Rohstoffes durch die künftige Energieknappheit deutlich.

Die Energiezufuhr zur Landwirtschaft ist gegenwärtig 1 cal Energie für 1 cal Nahrung. Die moderne Landwirtschaft verbraucht viel mehr Energie, als wir nachher in Kalorienform zu uns nehmen. Für fleischreiche Kost liegt die Energieproduktivität bei etwa einem Zehntel, d. h., für 1 cal auf dem Teller werden 10 cal investiert.

Ohne industrielle Landwirtschaft könnten nur etwa 1,5 Mrd. Menschen auf der Erde ernährt werden, soviel wie um 1850 (1,262 Mrd.), als es noch keine Mineraldünger und Pestizide gab und Pferde und Ochsen die Ackerarbeit verrichteten.

Es besteht auch kaum Hoffnung, die auf der Erde noch vorhandenen Bodenreserven in Nutzung zu nehmen. Es sind 3–4 Mrd. ha „bebaubar“, davon aber nur 1,5 Mrd. ha bebaut. Aber was jährlich urbar gemacht wird, geht anderenorts durch Erosion, Versalzung und Wüstenbildung wieder verloren.

Aus dem vorgelegten Zahlenmaterial geht eindeutig hervor, dass auf industrielles Wachstum nicht nur verzichtet werden, sondern dass der Ressourcenverbrauch sogar um 90 % zurückgefahren werden muss. Zurzeit gehen wir den Weg der Selbstvernichtung. „Die Menschheit ist bereits in der Lage eines Abgestürzten, es geht nur noch darum, den Aufprall sanfter zu gestalten“ (Meadows). „Es ist bereits zu spät“, sagt Töpfer im UNO-Bericht über den Zustand der Umwelt. Eine bewusste wirtschaftliche Schrump-

fung ist unausweichlich, ohne aber jemand in Armut zu stoßen. Wir müssen uns auf eine neue Definition von „Wohlstand“ bei viel weniger Verbrauch von materiellen Gütern einstellen.

Dem steht die kapitalistische Produktionsweise entgegen. Engels sagte: „Die kapitalistische Produktion kann nicht stabil werden, sie muss wachsen und sich ausdehnen oder sie muss sterben.“ „Aber Maßnahmen, das bestehende System in Frage zu stellen, sind nicht durchsetzbar“ (Brunnengräber). Alle Parteien, auch die Mehrzahl der Mitglieder der LINKEN, sind sich einig, dass nur endloses Wachstum Stabilität bringt. Dabei müsste heute jedem klar sein, dass nur sorgfältiges Haushalten der Schlüssel zum Überleben ist.

Gruhl sieht das Ende der Menschheit so: „Hat die Industrie keine Rohstoffe und keine Energie mehr, kann sie nicht mehr produzieren. Für die Arbeiter gibt es keine Verwendung mehr. Sie werden kein Leben in Armut führen, sondern sie werden umkommen.“ Das ist eine sehr düstere Prognose. Sie entspricht aber im Prinzip den Tatsachen, denn wir können nur das in Zukunft verbrauchen, was jährlich wächst oder sich sonst irgendwie erneuert. Raubbau ist nur ein einziges Mal möglich. Entweder wir geben jetzt schon etwas von unserem Besitzstand auf, oder wir überlassen unsere Enkel dem Chaos.

Viele Autoren, die den Ressourcenverbrauch untersucht haben, sind der Meinung, dass Industrialisierung und Kapitalismus - zwei Erfindungen Europas - Fehlentwicklungen sind, die den Untergang der gesamten Menschheit zur Folge haben können. Dem Wohlstand für einen sehr kleinen Teil der Menschheit für die Dauer von etwa hundert Jahren, einer historisch gesehen sehr kurzen Zeit, folgt der Katzenjammer: Umwelt zerstört, Rohstoffe verbraucht, zu wenig Nahrungsmittel. Der Aufprall wird hart.

Ein Ausweg wäre, das Wirtschaftswachstum einzustellen und die Produktion und den Verbrauch schrittweise zurückzufahren. Dafür tritt die Ökologische Plattform bei der LINKEN ein. Für Oskar Lafontaine ist klar, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht in der Lage ist, unsere Zivilisation zu bewahren, weil es nicht nachhaltig ist. Es muss einen Systemwechsel geben. (Freitag, 30.11.2007).

In der Diskussion um ein neues Parteiprogramm hat die Ökologische Plattform bei der LINKEN Textbausteine ausgearbeitet. Zum dargelegten Problembereich lautet er:

„Der Mensch ist Bestandteil der Natur und kann sich auch mit noch so spektakulären wissenschaftlichen Erkenntnissen und noch so hervorragenden technischen Entwicklungen nicht von ihr trennen, kann sie sich nicht untertan machen, muss auf sie Rücksicht nehmen und als Existenzgrundlage anerkennen, oder er wird durch das zerstörerische Wirken der kapitalistischen Industriegesellschaft als Gattung untergehen. Das kapitalistische Wirtschaftssystem unterliegt einem inhärentem Zwang zu ständigem Wachstum aufgrund des Konkurrenzmechanismus. Dies stellt einen unauflösbaren Widerspruch zum Ziel der Ressourcenschonung und zur Erhaltung un-

serer natürlichen Lebensgrundlagen dar. Eine zukünftige Gesellschaft muss ökologisch wirtschaften.“

*Dieser Beitrag war für die Veröffentlichung im Neuen Deutschland vorgesehen, wurde bisher aber nicht berücksichtigt.*

## Nachrichten

### Neues Gentechnikgesetz nützt Gentechnikkonzernen

Pressemitteilung des BUND vom 25.01.2008

#### BUND begrüßt Label „Ohne Gentechnik“

Berlin: Anlässlich der Verabschiedung des neuen Gentechnikgesetzes durch den Deutschen Bundestag erneuerte der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) seinen Vorwurf, Bundesregierung und Parlament hätten sich auf die Seite der Gentechnik-Industrie geschlagen. Landwirte, die weiterhin gentechnikfrei wirtschaften wollten, würden es nun schwerer haben. Zugleich begrüßte der Umweltverband die künftig mögliche Kennzeichnung tierischer Produkte mit dem Label „Ohne Gentechnik“, die SPD und Bundesagrarminister Horst Seehofer gegen den Widerstand großer Teile von CDU/CSU durchsetzen konnten. Diese Kennzeichnung werde aller Voraussicht nach dazu führen, dass für Verbraucher auch bei konventionell erzeugten Milch- und Fleischprodukten und bei Eiern klar erkennbar werde, dass sie von Tieren stammten, die mit gentechnikfreien Futterpflanzen gefüttert wurden.

Hubert Weiger, BUND-Vorsitzender: „Die große Koalition hat leider die Chance vertan, die gentechnikfreie Landwirtschaft dauerhaft zu sichern. Damit hat sie sich gegen die Mehrheit der Menschen in Deutschland gestellt. Zur Resignation besteht jedoch kein Grund. Im Gegenteil, jetzt sind die Landwirte und Verbraucher am Zuge. Sie können den Gentechnik-Konzernen die Rote Karte zeigen, indem Landwirte gentechnikfreie Regionen gründen und die Konsumenten nach Produkten mit der Kennzeichnung - Ohne Gentechnik - fragen.“

Das Label „Ohne Gentechnik“ sei ein großer Fortschritt. Während die Verbraucher bei tierischen Produkten wie Milch, Fleisch und Eiern bisher vollkommen im Dunkeln tappten, ob die Tiere gentechnisch verändertes Futter bekommen hatten oder nicht, werde die neue Kennzeichnung hier endlich für Klarheit sorgen.

BUND-Gentechnikexpertin Heike Moldenhauer: „Mit ihrer Kaufentscheidung können Verbraucher ab sofort aktiv beeinflussen, ob gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut werden oder nicht. Mit jedem gekauften Produkt, das die „Ohne Gentechnik“-Kennzeichnung trägt, drängen sie den Anbau ein wenig zurück. Noch verhalten sich Molkereien, Eierproduzenten und Fleischerzeuger abwartend. Da sie aber wissen, dass die Mehrheit der Menschen keine Gentechnik im Essen will, werden sie am Ende diese Nachfrage ihrer Kunden auch bedienen.“

*Pressekontakt: Heike Moldenhauer, BUND-Gentechnikexpertin, Tel. 0 30 7 2 75 86-456 bzw. Rüdiger Rosenthal, BUND-Pressestelle, Tel. 0 30 / 2 75 86-425/-489, Fax: -449*

## Leserbriefe

### Brief an das ARD-Magazin „Kontraste“ zum Bericht über die LINKE am 07.02.2008

**Marko Ferst**

Liebe Silke Böschen,  
gewiss, auch die Linke muss sich an ihren eigenen Versprechen messen lassen und dies sollte kritisch in der Presse reflektiert werden. Dass es zahlreichen westorientierten Journalisten nicht passt, dass die Linke in immer mehr westdeutsche Landtage einzieht, kann ich verstehen. Freilich so stiefmütterlich wie die SPD soziale Themen behandelt, darf dies nicht wirklich verwundern. Dennoch hätte ich mir gewünscht, etwas konkreter zu erfahren, warum die Arbeit in Bremen so schwierig ist. Ich kenne den ND-Artikel und habe mich nur gefragt, ob es ausschließlich Unvermögen von Einzelnen ist, und ob es das ist, was die Konflikte hervorruft, oder ob es schon wieder Parteilinien gibt, die aus Berlin kommen, sagen wir „rechtsreformerischen“ Einfluss vereinfacht, der konfliktverstärkend wirkt. Ich weiß es nicht, aber ich weiß, was vielen Mitgliedern an der Berliner Landespolitik der Ex-PDS nicht passt. Allein ich konnte durch Ihren Beitrag über die Bremer Verhältnisse leider keinen Erkenntnisgewinn verbuchen und ich wäre mir nicht sicher, ob ich die Parlamentsroutine schon vom ersten Tag an verinnerlicht haben würde.

Aber im Klartext: Ich fand den Beitrag von Kontraste am 7.2. zur Linken nicht überzeugend, weil eine deutliche Ideologielastigkeit kehrseitig virulent war.

Ich meine, den Bescheidwissern in der SED stehen nicht zuletzt heute Bescheidwisser auf der anderen Seite gegenüber. Auch Journalisten. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, als ich 18 war, meine Aufrufe als kleine Papieranschläge für eine Perestroika in der DDR wurden gut bewacht von DDR-Volkspolizisten. Man mag mir heute abnehmen, dass ich die westliche Plutokratie nicht für eine ökologische-soziale Zukunftsordnung halte und wohl James Lovelock (kein Linker) leicht recht behalten kann, dass diese Ordnungen auf einen völligen Bankrott zusteuern (Gaias Rache. Warum sich die Erde wehrt). Ich halte Staatseigentum an Produktionsmitteln, wie der zitierte linke Kollege in Hamburg, nicht für die Lösung, was nicht heißt, dass große gesellschaftliche Anteile an Produktionseigentum falsch wären. Streckenweise gab es das immer auch in der Bundesrepublik.

Dass Westdeutschland die technisch besseren Autos baute, trifft sicher zu, nur glaube ich kaum, dass diese Art von autodominanter Gesellschaft ökologisch zukunftsfähig ist, sondern vielmehr das stärker auf die Bahn zentrierte Transportsystem der DDR, ohne Mängel im Detail zu negieren. Bei uns war man jedenfalls nicht so dumm und hat einen Bahnhof nach dem anderen geschlossen und öffentliche Verkehrsmittel so teuer gemacht, dass sie sich viele nicht mehr leisten können. Mitunter funktioniert eben gesellschaftliches Eigentum sinnvoller als der Börsenwahn von Mehdorn. Und nebenbei: in Hamburg gab es vor kurzem eine große Bundeskonferenz der Linkspartei zur Klima- und Energiepolitik. Wenn sich „Kontraste“ dafür interessiert hätte, wäre es auch möglich gewesen, über Kompetenzen zu berichten, und für meinen Eindruck, die Hamburger Beiträge von Wahlkandidaten dazu fand ich sehr überzeugend.

Gerade vor dem Hintergrund der drohenden Klimakatastrophe muss man noch mal ganz neu über die Eigentumsfrage im Bereich der Wirtschaft nachdenken. Die kapitalgetriebene Reise ins Nimmersatt muss ganz zwingend begrenzt werden. Das hatte auch der DDR-Dissident Robert Havemann schon in seinem Buch „Morgen“ gesehen, ohne politökonomische Vorschläge jedoch zu unterbreiten, wie man die verfahrenere Lage der DDR diesbezüglich ändern könnte, was das System im inneren Kern betrifft.

Begrenzte Ressourcen und ökologische Destabilisierung im globalen Maßstab zwingen geradezu Instrumente zu entwickeln, die dazu führen, Einkommen stärker zu egalisieren durch eine entsprechende Steuerpolitik z. B., immer gedacht in langfristiger Dimension. Eine Kombination aus gesellschaftlichen Eigentum und Eigentum der Beschäftigten selbst erscheint mir im ökologischen Kontext zielführender als unkontrollierbare Finanzmärkte und pervers hohe Einkünfte von Managern. Zugleich, etwa auch Erich Fromm verweist darauf, wäre es notwendig, über die zentralen wirtschaftlichen Entwicklungen in einem Land in einem eigenen Wirtschaftsparlament zu bestimmen, delegiert aus den Betrieben. Das ist na-

türlich ein anderes Wirtschaftssystem, auch eine Marktwirtschaft, aber mit anderen Spielregeln. Ausführlich habe ich das dargestellt in dem Band „Wege zur ökologischen Zeitenwende“ (zusammen mit Franz Alt und Rudolf Bahro).

Ich würde mir wünschen, dass auch Kontraste eine sachlichere Berichterstattung über die Linke erwägt und sich nicht in den vorgefertigten Feindbildern ergeht. Dass so ein Bericht auch dazu beitragen mag, dass in Hamburg, Hessen usw. konstruktivere linke Landespolitik erfolgt, will ich nicht ausschließen. Der beigelegte Beitrag von mir zur rot-roten Umweltpolitik in Mecklenburg-Vorpommern mag Ihnen belegen, dass es sehr wohl konstruktive politische Arbeit durch die Linke gibt, nur wird darüber nicht berichtet. Statt dessen kann man immer wieder Beiträge sehen, die polarisieren und so teilweise zu sehr an der Vergangenheit hängenden Genossen auf der einen und reformerisch-angepassten auf der anderen Seite Aufmerksamkeit zukommen lassen, die sie vielleicht gar nicht verdient haben. Dass auch viele konstruktive Sacharbeit in den Kommunen und vielen anderen Stellen der Partei geleistet wird, bleibt außen vor, ist halt der Schaden, den man vielleicht auch gerne medial erzielen möchte. Nicht Aufklärung, sondern Verklärung scheint das Ziel. Der Brief ist öffentlich. Über eine Antwort würde ich mich freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Marko Ferst

## **Ursachenerforschung in Richtung Wissenschaft**

**Stefan Bleecken**

### **Die ökologische Weltkrise erfordert nicht nur Symptombekämpfung**

„Die ökologische Krise ist vor allem eine Krankheit des menschlichen Geistes, besser gesagt unserer gesamten Psychodynamik.“ (Rudolf Bahro: Logik der Rettung, S. 104)

Die vorjährigen Berichte des Weltklimarats, die Vergabe des Friedensnobelpreises an Al Gore und den Weltklimarat sowie die von den Medien veröffentlichten Berichte und Bilder von den dramatischen Auswirkungen des weltweiten Klimawandels haben die Menschen in allen Erdteilen erschüttert und endlich auch eine breite Öffentlichkeit erreicht. Jedoch erwecken alle genannten Bemühungen den Eindruck, dass sich die existenziellen Bedrohungen, denen die Menschheit heute gegenübersteht, auf die menschengemachte Klimakatastrophe reduzieren lassen. Dabei ist die eigentliche Verursacherin und letztlich Verantwortliche für diese Bedrohungen nicht erkannt

und benannt worden: die moderne (Natur-)Wissenschaft, eine Wissenschaft, deren Denkweise das geistige Fundament unseres modernen wissenschaftlichen Zeitalters darstellt.

Meine Kritik am Umgang mit der existentiellen Krise, in welche die Menschheit insgesamt geraten ist, habe ich bereits vor 16 Jahren in einer von einer Lokalzeitung abgedruckten Stellungnahme zum 1992 stattgefundenen Umweltgipfel in Rio de Janeiro formuliert, der Beitrag hatte die Überschrift: „Sind wir noch zu retten?“. Da die damaligen Gedankengänge auch heute noch gültig und die sich daraus ergebenden Konsequenzen noch weitaus dringlicher sind als damals, möchte ich die Kernaussagen des damaligen Beitrags als Kommentar zu den aktuellen Bemühungen zur Krisenbekämpfung zusammenfassen.

Einleitend heißt es in dem damaligen Beitrag: „Für die existentielle Krise, in der sich die Menschheit befindet, gibt es viele Anzeichen: Bevölkerungsexplosion, drohende Klimakatastrophe, Umwelterstörung und -vergiftung, hemmungsloser Verbrauch natürlicher Ressourcen; auf geistig-kulturellem Gebiet: blinder Fortschrittsglaube und Wachstumsfetischismus, Aushöhlung der Kulturfähigkeit und des Selbsterhaltungstriebes der Gattung Mensch usw. Die Untätigkeit bzw. Hilflosigkeit der Herrschenden zeigt, dass alle Bemühungen, diese Bedrohungen abzuwenden, letztlich scheitern werden, wenn es nicht gelingt, die gemeinsame Ursache, die hinter diesen Bedrohungen steht, zu erkennen und auszuschalten.“

„Da menschlichem Tun menschliches Denken vorausgeht, muss irgend etwas in unserem Denken grundsätzlich falsch sein. Nun besitzt die menschliche Gesellschaft eine Institution, die unwidersprochen von sich behauptet, Wahres von Falschem unterscheiden zu können: die moderne (Natur-)Wissenschaft. Merkwürdigerweise stellt sich die Frage des falschen Denkens für die moderne Wissenschaft gar nicht, geschweige, dass diese Wissenschaft eine Antwort auf die Frage wüsste. Die Erklärung für dieses Phänomen ist sehr einfach: die heutige Wissenschaft selbst ist dieses falsche Denken. „Falsch“ bedeutet in diesem Zusammenhang nicht, dass die (moderne) wissenschaftliche Denkmethode an irgend einer Stelle unlogisch wäre, es bedeutet, dass diese Methode in ihrer Einseitigkeit (als eine von einem materialistischen Weltbild ausgehende Erkenntnissuche) falsch ist.“ ... „Die Wissenschaft vermittelt ein (materialistisches) Weltbild, aus dem ganzheitliche Zusammenhänge ausgespart sind, so dass die Langzeitwirkungen der von der Wissenschaft bewirkten Veränderungen gar nicht erkannt werden können. Die Folge ist, dass dem Menschen die von ihm umgestaltete Welt immer unverständlicher wird.“

Die Schlussätze des damaligen Beitrags lauten: „Eine ganzheitliche Wissenschaft muss sich der Wahrheit und nicht ausschließlich dem Nutzen verpflichten und dem Anspruch: "Wissen um vorher zu wissen" gerecht werden. Eine solche Wissenschaft wird den Menschen befähigen, eine eigenverantwortliche



liche Regulation seiner Population und ihrer Wirkungen auf die Natur vorzunehmen und zum Schlüssel für eine überlebensfähige Kultur des Menschen werden.“ „Die entscheidende Frage, die bleibt: Wird der Menschheit die Zeit vergönnt sein, den gewaltigen Umdenkprozess weg von einem einseitig materialistischen Denken und hin zu einem ganzheitlichen Denken zu vollziehen mit allen Konsequenzen, die sich daraus für das menschliche Tun ergeben?“

PS: Die Fehlentwicklungen, die letztlich zum heutigen Umweltdilemma geführt haben, sind in einer im Aufbau befindlichen Webseite „Mit Goethe und Aristoteles zurück zur Vernunft“ ([www.stefanbleecken.de](http://www.stefanbleecken.de)) ausführlich dargestellt.

## BÜCHERECKE

### Empfehlungen

#### Zusammenstellung Marko Ferst

##### **Jahrbuch Ökologie 2008**

Im neuen Jahrbuch werden die Folgen des Klimawandels betrachtet. Neu unter die Lupe genommen wird die Wachstumsfrage durch Reinhard Loske. Michael Sailer führt aus, warum ein schwerer Störfall in einem KKW wie in Forsmark immer wieder passieren kann, und er analysiert ihn im Detail. Wolfgang Methling schrieb einige Nachgedanken zur rot-roten Umweltpolitik in Mecklenburg-Vorpommern auf. Man kann zudem erfahren, wie der Nationalpark Wattenmeer entstand. Mehrere Beiträge befassen sich mit Kultur und Lebensstil. So wird das Ökopjekt Pommritz vorgestellt. Zahlreiche weitere Themen sind enthalten.

Verlag C.H. Beck, 2007, 320 S., 14,95 €

##### **Winfried Wolf**

##### **Verkehr. Umwelt. Klima. Die Globalisierung des Tempowahns**

Ein Mensch legt heute im Jahr mit 12 000 Kilometern eine doppelt so lange Wegstrecke zurück wie vor 30 Jahren. In einem Joghurtbecher stecken 2007 rund 50 Prozent mehr Transportkilometer als im Jahr 1987. Die Verfügbarkeit von Waren aus aller Welt an jedem Ort zu Dumpingpreisen wird als persönliche Bereicherung und kultureller Fortschritt empfunden. Nicht der Verkehr an sich wächst. Der Schienenverkehr, der Verkehr mit öffentlichen städtischen Verkehrsmitteln, die Verkehrsarten Gehen und Radfahren sind weltweit rückläufig. Ein massives Wachstum gibt es im Straßen-, Luft- und Seeverkehr, also bei

denjenigen Verkehrs- und Transportformen, die auf Öl und seinen Derivaten (Benzin, Diesel, Kerosin und Bunkeröl) basieren. Es handelt sich um Verkehrsarten, die Umwelt und Klima stark belasten. Die Struktur der globalisierten Ökonomie ist die Grundlage für diese Verkehrsentwicklung.

Promedia Wien, 2007, 495 S., 34,90 €

##### **Marko Ferst**

##### **Täuschungsmanöver Atomausstieg? Über die GAU-Gefahr, Terrorrisiken und die Endlagerung**

Die Beinahe-Katastrophe im schwedischen Forsmark 2006 zeigte erneut: Auch westliche Atomkraftwerke sind keineswegs sicher. Bei einem Atomunfall in Deutschland müssten fünf bis sechs Bundesländer komplett umgesiedelt werden, wollte man die Fehler nach dem Tschernobylunglück nicht hier wiederholen. Wegen der geringeren Hitzeentwicklung würden sich die Nuklide je nach Windrichtung in einem Umkreis von 400 Kilometern konzentrieren. Wir müssten sofort aus der Atomkraft aussteigen, denn die überalterten deutschen Reaktoren werden immer mehr zum Risiko. AKW sind auch potente Anschlagziele für Terroristen, die zur Kernschmelze gebracht, wirksamer als die meisten anderen Möglichkeiten einem Land maximal schaden könnten. Völlig unmöglich ist eine sichere Endlagerung der hochradioaktiven Stoffe über mehrere Millionen Jahre. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Stoffe austreten.

Edition Zeitsprung, 2007, 136 S., 9,95 €

Bestellung einer Leseprobe: [www.umweltdebatte.de](http://www.umweltdebatte.de)

##### **Kurt Biedenkopf, Ralf Dahrendorf, Erich Fromm, Maik Hosang (Hrsg.), Petra Kelly u. a.**

##### **Klimawandel und Grundeinkommen. Die nicht zufällige Gleichzeitigkeit beider Themen und ein sozialökologisches Experiment**

Zwei Themen finden immer mehr Aufmerksamkeit: Einerseits der Klimawandel, andererseits das Grundeinkommen bzw. Bürgergeld. Auf den ersten Blick oft berührungslos zueinander, sind sie näher betrachtet ökologischer und sozialer Ausdruck einer existenziellen Entwicklungskrise moderner Gesellschaften.

Der Klimawandel hat naturwissenschaftlich beobachtbare Folgen, seine Ursachen liegen jedoch in Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Um ökologische Katastrophen möglichst einzuschränken braucht es technische, zugleich jedoch soziale Innovationen. Es braucht neue soziale Ordnungen, die eine Synthese von Freiheit und Effektivität mit Solidarität und ganzheitlicher Lebensqualität ermöglichen.

Namhafte Denker und mutige Akteure setzen mit diesem Buch ein Zeichen. Die Verschiedenheit der Argumentationen ist kein Manko, sondern Zeichen der Hoffnung. Daran zeigt sich, dass jenseits von alten Ideologien übergreifende Koalitionen zu existenziellen Zukunftsfragen denkbar sind - denn durch zu engstirnigem Festhalten an überholten Positionen

könnten wir mitschuldig daran werden, dass die Menschheit die gewaltigen Herausforderungen und Chancen der Zukunft nicht meistert, sondern in barbarische Kämpfe um letzte Ressourcen und Überlebensinseln zurückfällt.

Verlag Andreas Mascha Gauting, 2007. ISBN 3-924-404734, 220 S., 16,90 €, Bestellung: [www.homo-integralis.de](http://www.homo-integralis.de), Tel./Fax: 089 89357965

**Ulrich Maurer, Hans Modrow (Hrsg.)**

### **Links oder lahm? Die neue Partei zwischen Auftrag und Anpassung**

Wie sieht linke Politik heute tatsächlich aus? Was kann, was muss sie bewirken? Welche Ziele sollte sie verfolgen in den Parlamenten und auf den Straßen? Das Klima in Deutschland wird kälter – sozial, wirtschaftlich, politisch. Die herrschende Klasse geht in die Offensive. Die suchen aber jene, die die Verhältnisse im Interesse der Mehrheit verändern wollen. Texte von Klaus Belesing, Tobias Pflüger, Erhard Crome, Dieter Klein, Ursula Schröter, Jürgen Elsässer, Harry Nick u. v. a.

edition ost, 2007, ISBN 3-360-01079-5, 256 S.

### **CD Kranichflug: Vogelstimmen und Musik**

Mir persönlich gefällt von der CD „Cantus Terrae Kranichflug“ der Titel „In den Sturm getrommelt“ sehr gut, ein exotisch instrumentales Stück; aber auch die Kranichschreie, eingebettet in besinnliche Liedgedanken (achter Titel) sind hörensenswert. Die Texte selbst stammen von dem 2001 verstorbenen Reimar Gilsenbach. So regt er an, der nächtlichen Stille in der Natur zuzuhören und im Schweigen zu sich selbst zu kommen, von dem üblichen Getöse des Alltags etwas Abstand zu halten.

Man erlebt drei Musiker in Zwiesprache mit der Natur. Musik und Gesang verbinden sich mit den Stimmen von Nachtigall, Lerchen; selbst Amazonasfrösche geben ein Zwischenkonzert. Die Lieder selbst werden durch Hannelore Gilsenbach vorgetragen. Weitere Interpreten sind Nikola Ratzmer und Stephan Rutscher. Wer Naturstimmen liebt, wird auch diese CD mögen. Aufgenommen wurden sie zumeist in Brodowin – im Garten, auf den Wiesen und Feldern rings um das Gilsenbachsches Haus. Die Lieder sind ein Dialog des Menschen in und mit der Natur. Auf der Webseite erfährt man, dass auch eine neue CD entstehen wird unter dem Titel „Schwarze Schmetterlinge“. Davor brachte Hannelore Gilsenbach die Musikkassetten „Herbstzeitlose“ und „Trostlied für Mäuse“ heraus. (Marko Ferst

Gilsenbach & Gilsenbach, 12,10 € (ohne Versand), Bestellung: Tel. 033362-278, [H-RGilsenbach@t-online.de](mailto:H-RGilsenbach@t-online.de), [www.gilsenbach-gilsenbach.de](http://www.gilsenbach-gilsenbach.de)

## **Welches Auto in der Zukunft: „Grün“ oder solar?**

**Manfred Wolf**

„Es gibt Wichtigeres im Leben, als beständig dessen Geschwindigkeit zu erhöhen.“ (Mahatma Gandhi)

Nun, Gandhi hatte sicher nicht nur Verkehr und Mobilität, sondern die Lebensart im umfassenden Sinne gemeint. Und auch heute sollten wir seinen Hinweis angesichts der sich ständig steigenden Hektik unseres Lebens in diesem Sinne bedenken. Da nun aber im Verkehr und in unserer Mobilitätsentwicklung, in dem Bestreben, diese neben der Produktion immer schneller zu machen, die Hektik unserer Lebensart am offensichtlichsten zum Ausdruck kommt, kann der ökologisch Denkende angesichts des engen Zusammenhangs von Verkehrsentwicklung und drohender Klimakatastrophe nicht umhin, die Umkehr zur Langsamkeit als Minimum zu fordern.

Verständlicherweise hat Götz Brandt in seiner Schrift „Grünes Auto“ oder „Solarauto“?, die erst kürzlich im Rahmen der Reihe „Beiträge zur Umweltpolitik“ der Ökologischen Plattform und der BAG Umwelt, Energie, Verkehr erschien, die Forderung von Ökologen für eine Verkehrszukunft: „Vorrang der Langsamen vor den Schnellen“ neben anderen vorangestellt.

Die Schrift will sich zwar, wie es im Vorwort von Wolfgang Methling heißt, nicht vorrangig mit der unzureichenden Verkehrspolitik der Bundesregierung auseinandersetzen, sondern sie stellt die Frage, „was muss denn nach dem Hubkolbenmotor und nach dem „Renn-Reise-Limousinenkonzept“ der Autoindustrie kommen, um auch individuelle Mobilität mit dem Auto, da wo auf sie nicht verzichtet werden kann, zukünftig noch zu ermöglichen.“

Dennoch stellt sich Götz Brandt anfangs erstmal grundsätzlich auf die Seite derer, die das Automobil mit seinem jetzigen Antrieb und das ganze Automobilkonzept als verfassungswidrig erklären, weil damit verfassungsmäßig garantierte Rechte der Bürger, ihre körperliche Unversehrtheit, verletzt werden, die Würde des Menschen nicht mehr geachtet wird. „Das Auto ist gegenwärtig zumindest zu einem Fünftel an der Vernichtung eines Teiles der Menschheit beteiligt, die durch den Klimawandel in ihren angestammten Wohngebieten keine Überlebenschancen mehr haben werden.“

In den Kapiteln der Broschüre, die bündig auf die Beantwortung der Titelfrage hinführen, die übrigens zugunsten des Elektroautos ausfällt, wird immer wieder zwingend Kritik am Verkehrskonzept der Regierung deutlich. Und dennoch fühlt sich ein Ökologe beim Lesen des Textes nicht immer ganz wohl. Die Ausrichtung auf die Frage „grünes“ Auto oder Solarauto – unter „grünes“ Auto wird hier das Autokonzept der Bündnis-Grünen verstanden – rückt halt immer wieder auch die Frage in den Blickpunkt, brauchen

wir in diesen Ausmaßen, deren Spitze offensichtlich längst nicht erreicht ist, sondern sich vielleicht gerade mal andeutet, überhaupt ein Auto? Der einzelne Autofahrer wird die Notwendigkeit in seinem konkreten Fall sicher immer nachweisen. Aber muss man nicht endlich die Frage an die Politik nur so stellen: nicht welches Auto, sondern alle Mittel und Kräfte auf die Umkehr gerichtet? Götz Brandt übersieht diese Fragestellung nicht und beantwortet sie auch im Sinne einer dringenden Verkehrswende. Man erkennt, dass seine Titelfrage so zu verstehen ist, wenn es denn schon das Auto sein muss, dann das am wenigsten umweltschädliche. Aber selbst wenn man eine „Null-Emissions-Antriebstechnik“ erreichen sollte, müssen die Millionen Autos erst mal mit Rohstoffen und Energie produziert werden. Kann das Null-Emissions-Konzept auch schon bei der Produktion und bei der Bereitstellung der Energie für den Antrieb der Elektroautos gesichert werden?

Und man findet im Text auch diesen Satz: „Der Wunsch des Bürgers nach einem eigenen Kfz ist ebenso wie der Wunsch nach einer lärmfreien sauberen Umwelt vernünftig und berechtigt.“ Und auch diesen Satz: „..es gibt kein Recht aufs Auto, sondern nur ein Recht auf Mobilität.“

Und so hangelt sich der Leser immer wieder am Widerspruch zwischen dem gerade politisch Machbaren und dem eigentlich ökologisch dringend Notwendigen entlang, einem Widerspruch, dem sich der Ökologe in der herrschenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung ständig stellen muss.

Götz Brandt geht natürlich zurecht vom politisch und zzt. technisch Machbaren aus und fügt aus dieser Sicht eine Vielzahl von Problemstellungen und Forderungen an die Politik zusammen. Er wertet eine riesige Masse an Literatur aus und ist mit dieser Broschüre auch deshalb eine große Hilfe und Informationsquelle für den interessierten Leser.

Die Broschüre ist wie auch die vorherigen dieser Reihe bei der Ökologischen Plattform gegen eine Spende von 2 € bestellbar oder auch im Internet zu finden.

## **Wirtschaftsweise um den Faktor 10 dematerialisieren**

**Marko Ferst**

### **Friedrich Schmidt-Bleek zeigt, wie wir Ressourcen zukunftsfähig nutzen können**

Als wichtigster Indikator für eine ökologische Perspektive gilt heute die Einsparung am Ausstoß von Treibhausgasen. Ob diese Zivilisation überlebt,

hängt davon ab, ob es ihr rechtzeitig gelingt, auf eine kohlenstofffreie Wirtschaftsweise umzustellen. Von diesem Ziel sind wir einstweilen meilenweit entfernt. Friedrich Schmidt-Bleek richtet in seinem aktuellen Buch den Fokus mehr auf die Stoffströme, die wir durch unsere Industriegesellschaft leiten und vernutzen. Jedes Kilogramm Industrieprodukt schleppt im Schnitt 30 Kilogramm an Natur mit sich. Jeder Deutsche verbraucht rund 70 Tonnen Natur im Jahr, dabei sind Wasser und Luft noch nicht mal berücksichtigt. Aber es lässt sich nicht mit geringerem Wohlstandsniveau begründen, warum in Japan dagegen der Einzelne mit nur 40 Tonnen auskommt, gleichwohl auch dies weit von ökologischen Erfordernissen entfernt liegt. Der Unterschied verdeutlicht, dass der ökologische Rucksack auch in den heutigen Industriegesellschaften bereits extrem unterschiedlich ausfällt. Darüber hinaus hätte der militärische Ressourcenaufwand im Irak ausgereicht, um für eine Milliarde Menschen Wohnungen zu bauen.

Will man den Ressourcenverbrauch global nur halbieren und dabei allen Erdenbürgern gleichen Verbrauch zubilligen, so müssen die Wirtschaften in den heutigen Industrieländern im Schnitt um den Faktor 10 dematerialisiert werden. Daraus resultiert zugleich eine Einsparung an Energie von ungefähr 80 %, die wir dann nicht mehr benötigen, so Schmidt-Bleek. Andere Länder dagegen wie China und Indien hätten noch Spielraum bei ihrem Verbrauch.

In vielen Fällen ist ein verändertes Konsumverhalten der schnellste Weg, um die Stoffströme zu reduzieren. Darüber hinaus sieht Schmidt-Bleek die größten Chancen für eine Dematerialisierung nicht bei der Veränderung von vorhandenen Produkten, sondern wie ein bestimmter Service auf ökologischere Weise in Anspruch genommen werden kann. Man muss nicht jedes Produkt besitzen, sondern kann es sich auch leihen und dadurch effizienter verwerten. Skeptisch beurteilt er die Begeisterung für Kreislaufwirtschaften. Man müsse berücksichtigen, wenn man ganze Sturzbäche von Materialströmen recyceln will, erfordert dies zusätzliche Transporte und Ressourcen für die Aufbereitung selbst. Zudem bleiben z. B. von Aluminium nach 15 Umläufen nur noch 3 % des Metalls übrig.

Auch bei der Nutzung verschiedener Ressourcen ergeben sich erhebliche Unterschiede beim ökologischen Rucksack. Für ein Gramm Gold müssen 540 Kilogramm Erde bewegt werden (ohne Wasser), während für ein Kilogramm Glas nur zwei Kilogramm Erde in Anspruch genommen werden müssen. Für einen Computer sind rund 14 Tonnen an Stoffen umgeschaufelt und verändert worden. Ein Kilogramm Raps führt heute zum Verlust von 4 Kilogramm Erde durch Erosion.

Schmidt-Bleek plädiert dafür, die Ressourcen zu steuern. Damit bestraft sich jede Verschwendung von selbst auf allen Stufen der Herstellung, im Handel, dem Transport, bei der Lagerung und dem Konsum. Zudem werden dadurch immer mehr Abfälle zu

echten Wertstoffen. Wir müssten unser Steuer- und Abgabensystem grundlegend umgestalten. Solange wir den Faktor Arbeit mit 70 % belasten und den Faktor Energie nur mit 5%, entlässt man eher Personal, als das man Kilowattstunden und Rohstoffe einspart. Arbeitsplatzabbau wird durch solch eine Politik stark gefördert.

Auch wenn die Rohstoffpreise in fast allen Bereichen in den letzten Jahren deutlich angestiegen sind, wäre eine Ressourcensteuer am Anfang des Produktionsprozesses ein entscheidendes umweltpolitisches Instrument, um eine ökologische Effizienzrevolution in Gang zu setzen. Wichtig ist, dass das Geld an anderer Stelle den Bürgern zurückgegeben wird, und dies muss sozial gerecht geschehen, damit nicht die geringverdienenden Haushalte das Nachsehen haben. Denkbar sind sowohl die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs als auch eine Reduzierung der Lohnsteuern im unteren Bereich. So konkret wird Schmidt-Bleek nicht, aber das sind die Konsequenzen. In jedem Fall ist ihm klar, auch Förderungen wie die Pendlerpauschale und analoge Subventionen sind ökologisch kontraproduktiv. Er schlägt vor, Anreize zu schaffen für sehr lange Garantiezeiten. Auch eine deutlich verlängerte Haltbarkeit von Produkten und ihre Reparaturfreundlichkeit erhöhen in gravierendem Ausmaß die Ressourcenproduktivität. Diese überall am Endprodukt auszuweisen, wie Schmidt-Bleek meint, wäre sicher wünschenswert, bietet allerdings viel Spielraum für falsche Angaben.

Als nationale Wirtschaftsstrategie ist der Faktor 10 in Japan 2001 beschlossen worden. Mitunter sind manche Umweltinstrumente dort sehr innovativ. Wenn jeweils das energieeffizienteste Gerät innerhalb von 3 Jahren den vorgeschriebenen Standard in Deutschland vorgeben würde, ließen sich schnell Erfolge erzielen. Wir produzieren zwar hierzulande bereits mehr als 14 % des Stroms erneuerbar, aber beim Energiesparen und effizienter Nutzung sind bisher nur geringe Fortschritte zu verbuchen. Würden wir in ein bis zwei Jahrzehnten den Strombedarf mehr als halbieren, könnten wir auf den Neubau von Kohlekraftwerken gänzlich verzichten und die bestehenden schneller schließen und so dazu beitragen, dass das Klima nicht gänzlich aus den Fugen gerät.

*Friedrich Schmidt Bleek (2007): Nutzen wir die Erde richtig? Die Leistungen der Natur und die Arbeit des Menschen. - Fischer Taschenbuch. - 9,95 €*

## **Umweltschutz in der DDR**

**Hermann Behrens, Jens Hoffmann**

Der Umweltschutz hatte Ende der 1980er Jahre in den Augen der Bevölkerung der Deutschen Demo-

kratischen Republik insbesondere in den Industrie- regionen in den Süd-Bezirken höchste Priorität. Auseinandersetzungen um Umweltprobleme wurden in diesen Regionen zunehmend öffentlich ausgetragen. Eine Bewegung „oppositioneller“ Umweltgruppen entstand. In der Bundesrepublik erfreute sich vor allem der Teil dieser „oppositionellen“ Umweltbewegung einer großen Aufmerksamkeit, der unter dem Dach der evangelischen Landeskirchen arbeitete. Der Umweltschutz war in der Zeit der „Wende“ auch einer der wichtigsten Diskussionspunkte am „Runden Tisch der DDR“. Erste Umweltbilanzen erschienen mit dem „Umweltbericht der DDR“, die auch eine empirische Grundlage für Urteile über die Umweltpolitik der DDR bildeten. Auch auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik erlebte das Interesse am Thema „Umweltschutz in der DDR“ in den ersten Jahren nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten einen kurzen Aufschwung. Dann ebte es deutlich ab und ist heute fast verschwunden. In vorliegenden Rückblicken herrscht in der Regel ein negatives Urteil über den Umweltschutz in der DDR vor: Für die einen gab es eine Umweltpolitik, die ihren Namen verdiente, nicht. Für die anderen war sie theoretisch vorbildlich, aber praktisch ebenfalls nicht vorhanden. Für Dritte zeigten nur die (oppositionellen) Umweltgruppen unter dem Dach der evangelischen Landeskirchen umweltpolitische Verantwortung.

Das vorliegende Werk bietet umfassende Grundlagen für ein differenzierteres Bild: Zahllose Expertinnen und Experten haben sich in unterschiedlichen Arbeitszusammenhängen engagiert für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen in der DDR eingesetzt, für Bodenschutz, Gewässerschutz und Schutz vor Lärm, für die Luftreinhaltung, für Naturschutz und Landschaftspflege.

Für die vorliegende Beitragssammlung in 3 Bänden konnten die Bearbeiter insgesamt 44 Autoren und 2 Autorinnen gewinnen, die zum großen Teil Zeitzeugen und Zeitzeuginnen sind und in vielen Fällen jahrzehntelang in der DDR in den Bereichen Umweltforschung, staatlicher Umweltschutz und Umweltgestaltung arbeiteten und in gesellschaftlichen Organisationen wie dem Kulturbund oder der Kammer der Technik wirkten. Auch Vertreter der nichtstaatlichen oppositionellen Umweltbewegung (z. T. unter dem Dach der Kirche) schildern ihre Erfahrungen, und einige westdeutsche Wissenschaftler tragen ihre Forschungsergebnisse bei. Insgesamt stellen die Beiträge, auch die der Zeitzeugen und Zeitzeuginnen, einen kritischen Rückblick dar. Viele bisher nicht oder nur wenig beachtete Themenstellungen werden bearbeitet und Chancen und Hemmnisse, Reichweite und Grenzen für eine erfolgreiche Umweltpolitik im zweiten deutschen Staat beschrieben.

Im Band 1 finden sich Analysen und Zeitzeugenberichte zu den Rahmenbedingungen der Umweltpolitik in der DDR. Im Sinne einer Einführung gibt Behrens eine Übersicht über seit 1990 erschienene Rückblicke auf den Umweltschutz in der DDR insgesamt oder auf einzelne Bereiche der Umweltpolitik. Auf dieser Grundlage werden einige Forschungsdefizite

benannt. Hoffmann und Behrens stellen daraufhin die Organisation des Umweltschutzes in der DDR dar. Danach wird die Entwicklung wichtiger Umweltschutzbegriffe wie dem der „sozialistischen Landeskultur“ (Krummsdorf) dargestellt. Es folgen Analysen zu den stofflich-energetischen Rahmenbedingungen der Umweltpolitik (Tammer), zum Umweltrecht (Oehler), zur sozialistischen „Reproduktionstheorie“ (Tjaden), zu Aspekten der Umweltphilosophie (Löther, Hörz) und zur Wahrnehmung der „Umweltfrage“ in der belletristischen Literatur (Knabe). Beispielfhaft werden schließlich Umweltprobleme und Umweltpolitik in den damaligen Bezirken Potsdam und Neubrandenburg dargestellt (Beiträge Herrmann und Behrens).

Im Band 2 folgen mediale und sektorale Betrachtungen der Umweltpolitik der DDR mit Beiträgen zu Problemen des Naturschutzes und der Landschaftspflege bzw. der Landeskultur in den Agrarlandschaften der DDR sowie zum Schutz und zur Entwicklung der Wälder (Wegener & Reichhoff, Gloger, Könker, Mohr, Joachim, Großer), zur Umweltrelevanz der Dorfplanung (Mittag), zum Gewässer- und Küstenschutz (Klapper, Simon, Bencard und Haase), zur Sekundärrohstoffwirtschaft (Kutzschbauch, Donner, Ramin, Hartard und Huhn), zum Lärmschutz (Schuschke, Brüdigam und Schirmer), zum Bodenschutz in Bergbaulandschaften (Mücke, Krummsdorf) und schließlich zum Ausstieg aus der Atomenergienutzung (Pflugbeil).

Im Band 3 widmen sich die Autoren und die Autorin dem Themenbereich „beruflicher, ehrenamtlicher und freiwilliger Umweltschutz“. Es werden von Zeitzeugen neben dem Beirat für Umweltschutz beim Ministerrat der DDR (Oehler) und dem Rat für Umweltforschung beim Präsidium der Akademie der Wissenschaften der DDR (Mundt) die Klasse Umweltschutz und Umweltgestaltung an der Akademie der Wissenschaften (Kroske) und die Sektion Landeskultur der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften – später Akademie der Landwirtschaftswissenschaften – (Bauer) vorgestellt. Behrens stellt das Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz (ILN) vor, Zuppke das Zentrum für Umweltgestaltung. Mohry gibt einen Überblick über die 290 000 „Expertenköpfe“ zählende Kammer der Technik. Der Umweltbewegung der DDR widmen sich Behrens, Gensichen und Beleites. Simon und Rogge stellen den Bezirksfachausschuss Wasser der Gesellschaft für Natur und Umwelt im Kulturbund der DDR im Bezirk Magdeburg als Beispiel für ehrenamtlichen und freiwilligen Gewässerschutz dar. Beispiele für die hochschulgebundene Umweltforschung und ein Bericht über eine frühe studentische Umweltschutzinitiative in Tharandt (Sachsen) folgen (Hänsel, Krummsdorf, Fritsche, Dobberkau, Stottmeister und W. Knabe). Ein Beitrag über Umweltplakate in der DDR beschließt den dritten Band (Behrens und Hoffmann).

Insgesamt zeigt sich, dass es in der Geschichte der DDR-Umweltpolitik mindestens vier Phasen gab, die jede für sich interessante Ansätze und Entwicklun-

gen bergen, deren weitere Untersuchung sich lohnen wird: Die Phase bis Anfang der 1960er Jahre, zu der als innovative Ansätze die „Landschaftsdiagnose der DDR“, das Naturschutzgesetz der DDR von 1954 oder die „landschaftsgebundenen Tagungen“ gehören, dann die Phase, in der als frühes modernes Umweltschutzgesetz das Landeskulturgesetz entstand, das 1970 verabschiedet wurde. Diese Phase endete mit der Einrichtung des Ministeriums für Wasserwirtschaft und Umweltschutz 1972. Danach begann allerdings bereits die widersprüchliche Phase der Stagnation – wesentlich mit hervorgerufen durch die Verschärfung der Rohstoff- und Energiesituation durch den „Ölschock“ Mitte der 1970er Jahre und die damit verbundene Renaissance der Braunkohle in der DDR mit ihren Umweltfolgen. Auch in dieser Phase gab es mit den Landschaftstagen noch interessante Ansätze einer modernen Umweltpolitik. Seit Mitte der 1980er Jahre führten zunehmende Stoff- und Energieprobleme zu wachsenden regionalen Umweltproblemen und auf dieser Grundlage zum Entstehen oppositioneller bzw. autonomer Umweltgruppen.

Kaum analysiert werden in den drei Bänden allerdings die internationalen Umweltbeziehungen der DDR und dabei die außenwirtschaftlichen Zwangsverhältnisse, denen sie ausgesetzt war (Einbindung in den RGW, Devisenproblem im Zuge der Weltmarktintegration, insbesondere stofflich-energetische Abhängigkeit). Dies bleibt weiteren Arbeiten vorbehalten, was auch der Einschätzung der Bearbeiter entspricht, dass die Aufarbeitung der DDR-Geschichte im Umweltpolitikbereich erst bevorsteht. Für alle, die an der Geschichte der DDR wirklich interessiert sind, ist das 3-bändige Werk zu empfehlen.

*Hermann Behrens und Jens Hoffmann (Bearbeiter), Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e.V. an der Hochschule Neubrandenburg (Hrsg.): Umweltschutz in der DDR*

*Band 1: Politische und umweltrechtliche Rahmenbedingungen*

*Band 2: Mediale und sektorale Aspekte*

*Band 3: Beruflicher, ehrenamtlicher und freiwilliger Umweltschutz*

*oekom verlag München, 2007 ISBN-10: 3-86581-059-4, ISBN-13: 978-3-86581-059-5, 1100 Seiten, zusammen: 54,80 €*

# Veranstaltungen

## Bundestreffen der Ökologischen Plattform bei der Partei DIE LINKE (Trier, 16.-18.05.2008)

### Veranstaltungsort:

Gaststätte „Postillion“, Herzogenbuscher Str. 1

### Ablauf:

Freitag, 16.05.

- Treffen des Koordinierungsrates

Samstag, 17.05.

- Das Gastgeberland stellt sich vor. Ökologische Herausforderungen und Friedenspolitik in der Region
- Exkursion: Weinanbaugebiet Grach
  - Besichtigung der durch den Moselbrückenbau betroffenen Weinberge
  - Diskussion mit einer BI und Freunden des BUND in einer Strausswirtschaft

Sonntag, 18.05.

Tagungsort: „Warsberger Hof“, Dietrichstr. 42

- Wahlen der Gremien der ÖPF
- Verabschiedung der neuen Satzung
- Diskussion zur Programmdebatte

### Unterkunft:

Zimmer im „Warsberger Hof“ Preis 30 € pro Person und Tag (für Geringverdiener, Studenten usw. 20 €, bitte bei der Anmeldung angeben)

### Anreise:

Bus aus Berlin geplant

### Anmeldung:

siehe vordere innere Umschlagseite

## Die LINKE in der Kommune – wie ökologisch kann sie sein! Ökologische Konferenz (Fürstenwalde, 31.05.2008)

### Veranstaltungsort:

Landeslehrstätte für Natur- und Umweltschutz Lebus

### Ablauf:

10.00 Uhr Eröffnung – Dr. Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin Bundestagsfraktion DIE LINKE (zugesagt)

10.15 Uhr Die LINKE in der Kommune – wie ökologisch kann sie sein – Prof. Dr. W. Methling, Fraktionsvorsitzender der Landtagsfraktion DIE LINKE in MVP und Minister a. D. (zugesagt)

10.45 Uhr Nachfragen zum Referat

10.55 Uhr Naturlandschaft, Bioenergie, regionale Kreisläufe. Chancen und Risiken für Märkisch-Oderland – Dr. Kirsten Tackmann, Frauen- und agrarpolitische Sprecherin Bundestagsfraktion DIE LINKE (zugesagt)

11.10 Uhr Nachfragen zum Referat

11.20 Uhr Zur Nutzung erneuerbarer Energien in Märkisch-Oderland – Herr Grienitz, Geschäftsführer des STIC (zugesagt)

11.35 Uhr Nachfragen zum Referat

11.45 Uhr Ökologisch und sozial – Mieterbund (angefragt)

12.00 Uhr Nachfragen zum Referat

12.10-12.40 Uhr Mittagspause

12.40-14.15 Uhr Workshops

1. Workshop: Neue Arbeit durch Landschaftsnutzung, Ökolandbau und Tourismus!  
Leiter: Christian Reimer, MA Bundestagsfraktion

2. Welche Zukunft hat Märkisch-Oderland als Energieexporteur?  
Leiterin: Dr. Angelika Schlutow (angefragt)

3. Daseinsvorsorge zwischen Solarstrom, Sozialtarif und Suppenküche  
Leiterin: Dr. Dagmar Enkelmann (zugesagt)

14.15-14.30 Uhr Pause

14.30-15.15 Uhr Auswertung der Workshops

15.15 Schlusswort durch den Kreisvorsitzenden des Kreisverbandes DIE LINKE in Märkisch-Oderland – Bernd Sachse

---

## Quellennachweis Abbildungen

### Abb. auf der Titelseite:

Autor: Hannes Grobe 2006-11-05

Lizenz:

Creative Common Attribution ShareAlike 2.5 License)

Quelle:

de.wikipedia.org/wiki/Bild:CO2-variation\_hg.png

### Abb. auf der Titelseite Tarantel Nr. 39 (Nachtrag):

Autor: Christiane Pfohlmann

Quelle: Neues Deutschland 30.08.2007

## Inhaltsverzeichnis

Klima- und Energiepolitik	1
Es ist unerlässlich, die Systemfrage zu stellen <i>Oskar Lafontaine</i>	1
Mit angezogener Handbremse <i>Bernd Brouns</i>	3
Ratsbeschluss zu Luftverkehr und Emissionshandel ist ein Skandal <i>Eva Bulling-Schröter</i>	5
Kohlekraft – nein, danke! <i>Heiko Basmeyer</i>	6
Energiewende – sozial, ökologisch friedlich <i>Beschluss 2008-61 des Parteivorstands DIE LINKE vom 28. Januar 2008</i>	8
Energiepolitische Leitlinien der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg <i>Wolfgang Thiel</i>	10
Linke Energiekonferenz mit vielen Anregungen <i>Karlheinz Walter</i>	11
Die Folgen der Tschernobyl-Katastrophe <i>IPPNW-Pressemeldung vom 26.11.2007</i>	12
Fadenscheinige Rhetorik – Drei-Schluchten-Staudamm China <i>Oliver Nowak</i>	13
Klimaveränderungen und die Ozeane <i>Stefan Rahmstorf</i>	15
Gesellschaftlicher Umbau und Lebensweise Sozialökologischer Umbau <i>Judith Dellheim</i>	19
Was ist Tiefenökologie <i>Diana Voigt</i>	20
Das Ökodorf Sieben Linden <i>Dieter Halbach</i>	22
Feldbefreiung <i>Gedicht von Monika Jarju</i>	25
Zur Programmdiskussion In 50 Jahren ist alles vorbei <i>Götz Brandt</i>	26
Nachrichten Neues Gentechnikgesetz nützt Gentechnikkonzernen <i>Pressemitteilung des BUND vom 25.01.2008</i>	28

Leserbriefe	29
Brief an das ARD-Magazin „Kontraste“ zum Bericht über die LINKE am 07.02.2008 <i>Marko Ferst</i>	29
Ursachenerforschung in Richtung Wissenschaft <i>Stefan Bleecken</i>	30
Bücherecke	31
Empfehlungen <i>Zusammenstellung von Marko Ferst</i>	31
Welches Auto in der Zukunft: „Grün“ oder solar? <i>Manfred Wolf</i>	32
Wirtschaftsweise um den Faktor 10 dematerialisieren <i>Marko Ferst</i>	33
Umweltschutz in der DDR <i>Hermann Behrens, Jens Hoffmann</i>	34
Veranstaltungen	36
Bundestreffen der Ökologischen Plattform bei der Partei DIE LINKE (Trier, 16.-18.05. 2008)	36
Die LINKE in der Kommune – wie ökologisch kann sie sein! Ökologische Konferenz (Fürstenwalde, 31.05.2008)	36

## Impressum

### Kontakt:

Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE  
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
oekoplattform@pds-online.de  
www.oekologische-plattform.de

### Herausgeber:

Sprecherrat der Ökologischen Plattform

### Redaktion und Layout:

Marko Ferst, Detlef Franek, Michael Hesz  
info@oekologische-plattform.de

Redaktionsschluss: 15.03.2008

Beiträge und Leserbriefe bitte möglichst in abdruckbarer Form per E-Mail einsenden. Über eine Veröffentlichung entscheidet der Sprecherrat. Veröffentlichte Beiträge spiegeln nicht in jedem Fall die Auffassung der Ökologischen Plattform wider.

### Spenden für die „Tarantel“ und ÖPF:

Berliner Bank AG, BLZ 10020000, Konto 4384840000, C.VWZ-831.141 Ökologische Plattform

## Kontaktadressen

### Bundesebene

#### Ökologische Plattform

Kleine Alexanderstr.28, 10178 Berlin,  
www.oekologische-plattform.de, oekoplattform@pds-online.de,

Manfred Wolf, Tel. 030/2411127, manfredwolfberlin@gmx.de

Petra Beck, pcbe@gmx.net

Marko Ferst, marko@ferst.de

Götz Brandt, Prof.Goetz.Brandt@t-online.de

#### BAG Umwelt,Energie,Verkehr

Sprecher: Prof. Dr. Wolfgang Methling, Lennestr. 1, 19053 Schwerin, w.methling@dielinke.landtag-mv.de

#### Bundestag

Eva Bulling-Schröter, MdB, umweltpolitische Sprecherin der LINKEN, Tel.030/22772485, Fax 030/222776485

eva-bulling-schroeter.ma01@bundestag.de

Lutz Heilmann, MdB, Tel.030/22770788, Fax 030/22776788, lutz.heilmann.ma01@bundestag.de

Hans-Kurt Hill, MdB, energiepolitischer Sprecher der LINKEN, Tel. 030/22772478,

Fax 030/22776476, hans-kurt.hill@bundestag.de

#### E-Mail für kurzfristige Informationen

Umweltverteiler der LINKEN, Ökologische Plattform und BAG Umwelt-Energie-Verkehr

Aufnahme über info@oekologische-plattform.de

#### Baden-Württemberg

LAG Ökologische Plattform, Wolfgang Kämmerer, Wilhelm-Röntgen-Str. 32, 73760 Ostfeldern,  
Mail@WolfgangKaemmerer.de

#### Brandenburg

LAG Umwelt Brandenburg

Peter Engert (Sprecher der AG Umwelt der LINKEN Brandenburg), K.-E.-Ziolkowski-Ring 1, 15517 Fürstenwalde, Tel. 03361/344351

Christian Rehmer (Sprecher der AG Umwelt der LINKEN Brandenburg, AG Umwelt bei der LINKEN Barnim), Tel. 03334/387628, Christian.Rehmer@web.de, www.dielinke-eberswalde.de

Carolin Steinmetzer, MdL, umweltpolitische Sprecherin der LINKEN, Am Havelblick 8, 14473 Potsdam, csteinmetzer@aol.com

#### Berlin

Marion Platta, MdA, umweltpolitische Sprecherin der LINKEN, Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin, Tel. 030/23252550, Fax 030/23252515, platta@linksfraktion-berlin.de

Helmut Horst, Duisburger Str. 17, 10707 Berlin, Tel./Fax: 030/8817851, adlerhorstberlin@web.de

#### Hamburg

LAG Umwelt

Gilbert Siegler, Braamwisch 41, 22175 Hamburg, g.siegler@web.de

#### Hessen

Ökologische Plattform Hessen

Hajo Zeller, Weidenhäuser Str. 78/80, 35037 Marburg, Tel. 06421/163873, Hajo.Zeller@web.de

#### Mecklenburg-Vorpommern

Birgit Schweps, MdL, umwelt-, verkehrs- und energiepolitische Sprecherin der LINKEN, Lennestr.1, 19053 Schwerin, Tel.038203/63519,

b.schweps@dielinke.landtag-mv.de

#### Niedersachsen

Heinz Preuß, Spittastr. 32, 31787 Hameln, Tel. 05151/409481, Hpborusso@aol.com (Mitglied des Koordinierungsrates der ÖPF)

#### Nordrhein-Westfalen

Ökologische Plattform Nordrhein-Westfalen, Wahlkreisbüro: Münsterstr. 141, 44145 Dortmund, Tel.: 0231/4759196, www.oepf-nrw.de, Ansprechpartner:

Utz Kowalewski, wasg\_kowalewski@yahoo.de

#### Rheinland-Pfalz

AG Natur- und Tierschutz, Kreisverband Ahrweiler, Angelika Jürgensonn-Korjenic, Wiesenstr. 5, 56656 Brohl-Lützing, angelika62de@yahoo.de

#### Sachsen

ADELE - Ökologische Plattform Sachsen

Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel. 035891/35290, an-sa-kunze@t-online.de

Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig, Tel.0341/9424882, Micha.lauter@web.de

Dr. Reinhard Natke, Mosenstr. 6, 01309 Dresden, Tel. 0174/98484127, drnatke@web.de

#### Sachsen-Anhalt

AG Umwelt Sachsen-Anhalt

Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Halle, Tel.0345/29418-63, Fax-64

#### Schleswig-Holstein

Dettmer Grünefeld, Bendixenweg 6, 24975 Ausackerholz b. Flensburg, Tel. 04633/966624, dettmergruenefeld@hotmail.com

#### Thüringen

Tilo Kummer, MdL, umweltpolitischer Sprecher der LINKEN, Arnstädter Str. 51, 99096 Erfurt, Tel. 0361/3772317, kummer@pds-fraktion-thueringen.de

Dr. Johanna Scheringer-Wright, MdL, agarpolitische Sprecherin der LINKEN, Steingraben 36, 37318 Hohenlandern, Tel. 0361/3772604, 0151/11723000, johanna@scheringer.de

#### linke und ökologische Medien

Dr. Steffen Schmidt (Wissenschafts- und Umweltdakteur Neues Deutschland), Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, s.schmidt@nd-online.de

Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel.030/44339147

(Veränderungen und Ergänzungen bei den Adressen bitte an den Bundeskontakt melden.)